

# Der Grundstein

## Offizielles Organ des Zentral-Verbandes der Maurer Deutschlands

sowie der

### Zentral-Krankenkasse der Maurer, Gipser (Weißbinder) und Stukkateure Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche.  
Abonnementspreis pro Quartal M. 1,50 (ohne Bestellgeld),  
bei Zusendung unter Kreuzband M. 1,90.

Herausgeber: Joh. Staningh, verantw. Redakteur: Aug. Winnig,  
beide in Hamburg.  
Redaktion und Expedition: Hamburg 1, Weisenbinderhof 56.

Schluss der Redaktion: Dienstag Morgen 8 Uhr.  
Verzins-Anzeigen  
für die dreispaltige Beiläufige oder deren Raum 30 A.

**Inhalt:** Arbeitslose und Staatsgewalt. — Die Wahlrechtsfrage im Reichstage. — Politische Umschau. — Maurerbewegung: Streiks, Ausbesserungen, Maßregelungen, Differenzen. Bekanntmachung des Verbandsvorstandes. Bekanntmachungen der Gewerkschaften. Jahresbericht der Gewerkschaften: Leipzig; Mannheim; Stuttgart. Berichte. Aus Ostpreußen. — Zentral-Krankenkasse. — Vom Bau: Unfälle, Arbeitererfolg, Subventionen usw. — Aus Unternehmertumskreisen. — Polizei und Gerichte. — Eingegangene Schriften. — Briefkasten. — Anzeigen.

## Arbeitslose und Staatsgewalt.

Die Berliner Gewerkschaftskommission hat auf Grund einer neuen Umfrage unter den ihr angeschlossenen Gewerkschaften festgestellt, daß von deren Mitgliedern am 15. Januar d. J. 24 826 arbeitslos waren gegen 16 422 am 15. Dezember 1907. Die Zahl der Arbeitslosen ist also binnen einem Monat um nahezu 8500 gestiegen. Die größten Zahlen der Arbeitslosen stellen: Metallarbeiter 6711, Holzarbeiter 4220, Bauhilfsarbeiter und Maler je 3000, Maurer einschl. Putzer, zirka 2600, Tapezierer zirka 1100.

Aber in der Zahl von 24 826 erschöpft sich bei weitem nicht der Umfang der Arbeitslosigkeit. Ein auf Grund der Feststellungen der Gewerkschaftskommission informierender Artikel gelangt zu der Annahme, daß gegenwärtig in Groß-Berlin 50 000 bis 60 000 Arbeitslose sind, was ohne Zweifel ein allgemeiner Notstand bedeutet. Bis jetzt haben die Behörden nichts unternommen, diesem Notstand entgegenzuwirken. Es ist nun von der sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktion folgender dringliche Antrag an die Stadtverordnetenversammlung gerichtet worden:

„Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen: den Magistrat aufzufordern, schleunigst Maßnahmen zu ergreifen, um die zur Zeit in Berlin herrschende Arbeitslosigkeit und ihre Folgen zu lindern.“

Inzwischen haben sich die arbeitslosen Proletarier Berlins selbst vernehmen lassen.

Zu überfüllten Versammlungen haben sie am 21. Januar zu vielen Tausenden ihre Stimmen erhoben und einstimmig folgende Resolution angenommen:

„Nach einigen Jahren der Prosperität leidet die wirtschaftliche Krise mit erneuter Kraft ein, eine steigende Notlage in den Reihen der Arbeiter hervorruft. Nur die starken gewerkschaftlichen Organisationen verbunden, daß die Löhne auf das Niveau von Hungerlöhnen herabgedrückt und die gesamte Arbeiterschaft dem größten Elend überantwortet wird.“

Die Versammlung ist sich bewußt, daß der jetzt wieder eintreffende wirtschaftliche Niedergang nicht eine zufällige Erscheinung, sondern untrennbar mit der heute bestehenden kapitalistischen Gesellschaftsordnung verbunden ist. Sie erachtet es deswegen nur als ein Gebot der Selbsterhaltung, daß die Arbeiterklasse ihre ganze Kraft für die Erringung der sozialistischen Gesellschaftsordnung einsetzt.

Die Versammlung richtet als Gegenwartsforderung an die öffentlichen Behörden die dringende Aufforderung, alles zu tun, um der augenblicklichen Katastrophe abzuwehren und zu verhindern, daß die Kraft tausender und aber tausender Staatsbürger verwehrt bleibt.

Die Versammlung verlangt deshalb:

### 1. vom Staat:

- a) Sofortige Inangriffnahme aller geplanten Bauten und sonstiger Unternehmungen in eigener Regie unter voller Finanzierung der von den Gewerkschaften festgesetzten Lohnsätze;
- b) Aufhebung aller Zölle und Abgaben auf Lebensmittel;
- c) Aufhebung aller Beschränkungen der Koalitionsfreiheit;
- d) Ausbau der sozialen Gesetzgebung unter Vermeidung aller Verwundung durch die Behörden.

### 2. von den Gemeinden:

- a) Sofortige Inangriffnahme der geplanten Bauten und sonstigen Unternehmungen wie oben unter a) geschiet;
- b) Sofortige Inangriffnahme von Notstandsarbeiten;
- c) Erleichterung der kommunalen Verpflichtungen den Arbeitslosen gegenüber.

Die Versammelten weisen aber jede Hilfe auf das entscheidende zurück, welche den Charakter der Armenunterstützung tragen würde.“

Diese Massenfundgebungen der Arbeitslosen gaben der Polizei wiederum Anlaß, im Interesse der öffentlichen Ordnung und „Sicherheit“ von der Waffe Gebrauch zu machen, äußerst gewaltsam vorzugehen, Blut zu vergießen. Sie unternahm Attaken auf friedlich die Straßen passierende Personen; sie keilte die Menschen ein, um dann auf die Befehle einzuhauen; sie drang in einen Neubau ein; in dem eine Anzahl Gehetzter Zutritt gesucht hatte, und gebrauchte auch hier noch die Waffe nicht nur gegen diese; auch die an der Affäre ganz unbeteiligten dort arbeitenden Stukkateure, Rohrleger und andere Arbeiter bearbeitete sie mit Säbelhieben, unter der Aufforderung, den Bau zu verlassen! Die Zahl der hier Verletzten wird auf dreißig bis vierzig angegeben. Auch Leute, die in andere Häuser flüchteten, wurden herausgeholt und geschlagen.

Das ärgste und empfindlichste war nach dem Bericht des „Vorwärts“ aber die Polizeiatacke im Verbandsbureau der Metallarbeiter, Charitéstraße 3. Dort warteten Arbeiter auf die Eröffnung des Bureaus. Und nun ereignete sich folgendes: Vom Karlsplatz her kam der Trupp Uniformierter mit blanker Waffe angeführt. Ein Reittener kam mit seinem Pferde durchs Tor auf den Hof und hielt dort Wacht. Die anderen sechs oder acht Mann stürzten mit einem Leutnant voran die Treppen hinauf, immer mit gezogenem Säbel. Der erste, den sie niederschlugen, war ein junger, aber erst zugereifter Metallarbeiter aus Posen, der gekommen war, um sich beim Verbandsbureau anzumelden. Der Verbandsbeamte Genosse Blumenthal machte dem Leutnant Vorschläge. „Wie können Sie den Mann so schlagen! Er hat ja nicht das geringste verbrochen!“ „Wenn Sie nicht ruhig sind, kriegen Sie auch noch Ihre Säge“, war die Antwort. Blumenthal gab jedoch den Versuch nicht auf, dem Polizeileutnant die Situation klar zu machen. Da wurde er plötzlich an der Gurgel gepackt, hingeworfen, geschlagen und schließlich zur Wache gebracht. Ein zweiter Verbandsbeamter, Genosse Wiede, der gesehen, wie sein Kollege mißhandelt wurde, versuchte nun seinerseits den Leutnant von der Torheit des polizeilichen Vorgehens zu überzeugen. Da stürzte der Leutnant den Degen auf ihn, zwei Schutzleute taten desgleichen, und man hätte ihn vielleicht niedergeschlagen, wenn er sich nicht ins Arbeitsnachweissbureau geflüchtet hätte. Die eiserne Tür, die sie schleunigst schlossen, schützten die Beamten und Arbeitslosen des Verbandes vor weiteren Angriffen! Andere Personen hatten sich wo anders hin geflüchtet. In den Seke-saal kamen zwei Arbeiter und eine Frau, die im Hause war, um für ihren Mann Beiträge zu zahlen, gestürzt. Die Frau war totenbleich vor Schreck. Die Seke schlossen natürlich ihren Saal ab. — Als die Polizei in der geschickten Weise eine Weile für Ordnung gefordert hatte, zog sie von dannen.

Gegen abend sah es im Arbeitsnachweissbureau aus wie in einem Lazarett. Vier junge Leute mit verbundenem Kopf, andere mit anderen Verwundungen saßen da herum und erhielten Kaffee und Butterbrot zu ihrer Stärkung. — Elf seien in der Charité verwundet worden waren.

Sollte man solch empörende „Ordnungs“-Praxis der Polizei in der Hauptstadt des Deutschen Reiches und des Rechts- und Kulturstaaes Preußen für möglich halten?

Auch in Hannover kam es zu Zusammenstößen der Polizei und etwa 600 Arbeitslosen, die auf der Straße vor dem Geschäftshaus einer Zeitung ver-

sammelt waren, um auf die dort erfolgende Ausgabe des Arbeitsmarktes zu warten.

In Mannheim zog nach einer starkbesetzten Arbeitslosenversammlung, teils geschlossen, teils in losen Gruppen, die allgemeine Aufmerksamkeit der erlauteten Straßenpassanten auf sich lenkend, die Masse der Arbeitslosen über den Markt durch die Breitestraße, in eiserner Ruhe und Disziplin am Kaufhause vorbei, wo Bürgermeister v. Hollander unfreiwillig die Parade abnahm, nach dem Tiefbauamt. Dort wurde sofort daran gegangen, den Eintrag in die Arbeitslosenlisten vorzunehmen. Das Tiefbauamt war aufscheinend auf den zu erwartenden Aufruhr gewappnet. Im Handumdrehen waren, statt eines, fünf Beamten zur Stelle, um das Angebot der allzu billigen Ware Arbeitskraft entgegenzunehmen.

Es geht also auch ohne den Polizeieißel!

Die Arbeitslosen von Speyer marschieren in geschlossenem Zuge nach Schluß einer Versammlung, die im „kleinen Storchkeller“ stattfand, nach dem Stadthaus, woselbst der Bürgermeister eine Deputation der Arbeiter empfing und deren Wünsche betreffs Arbeitsbeschaffung entgegennahm. Der Bürgermeister gab das Versprechen ab, soweit wie möglich für Arbeitslosigkeit zu sorgen. Die Versammlung ging hierauf befriedigt auseinander. Man denke, in Berlin seien die Arbeitslosen vor das Rathaus marschiert, — was wäre da wohl passiert?

Die Stadtverordnetenversammlung in Magdeburg bewilligte auf Antrag des Magistrats Gelder zur Vornahme von Notstandsarbeiten. Der Magistratsantrag war eine Folge des vor einer Woche beratenen sozialdemokratischen Antrages, zur Bänderung der Arbeitslosigkeit Notstandsarbeiten in Angriff zu nehmen. Bei der Beratung dieses Antrages, der dem Magistrat schließlich zur Erwägung überwiesen wurde, kam es zu lebhaften Szenen und der Nennung der Tribünen. Bei der Beratung wurde ein Antrag der Sozialdemokratie, die Unternehmer zu verpflichten, soweit Tarife beständen, die tariflichen Löhne, im übrigen aber mindestens den ortsüblichen Tagelohn zu zahlen, abgelehnt. Dagegen wurde der Magistrat beauftragt, die Unternehmer zu verpflichten, einen bestimmten Mindestlohn zu zahlen.

## Die Wahlrechtsfrage im Reichstage.

Selten wohl haben alle politischen Kreise mit größerer Spannung ein Reichstagsstadium entgegengeesehen, als der am 22. Januar, in der bereits in voriger Nummer unseres Blattes mitgeteilte Interpretation der sozialdemokratischen Fraktion, betreffend die Stellungnahme des Reichstages gegen die Übertragung des Reichstagswahlrechts auf Frauen und die von ihm am 12. Januar ergriffenen militärischen Maßregeln, zur Verhandlung kam. Schon die Art und Weise, wie die Polizei an diesem Tage glaubte, den Reichstag und die öffentliche Ordnung gegen etwaige Fundgebungen des Volkes schützen zu müssen, verlich der Verhandlung ein höchst eigenartiges Relief. In weitem Bogen hatten sich die Mannschaften das Parlamentsgebäude abge-sperrt und die auf dem Reichstagsplatz einmündenden Straßen besetzt. Jede, auch die geringste Menschenansammlung, das Stehenbleiben einzelner selbst, wurde verhindert. Die Abgeordneten, die Journalisten und die Tribünenbesitzer waren genötigt, sich auf Erfordern zu legitimieren. An den Eingängen des Hauses wurde strengste Kontrolle geübt durch die Bediensteten. Man hätte glauben können, es sei ein Sturm des Volkes auf das Parlament geplant. Es war das erste Mal seit seinem Bestehen, daß der Reichstag sich solchen politischen „Schwues“ errennte. Daß dieser völlig überflüssig war, braucht wohl kaum besonders betont zu werden. Aber die Welt erfuhr wenigstens mal wieder, was die Berliner Polizei im Interesse der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe und Ordnung zu leisten vermag. Sie demonstrierte am 22. Januar vor dem Reichstage, nicht das Volk, sie war es, die durch ein Massenaufgebot bewaffneter Mannschaft Erregung hervorrief.

Während sie draußen ihres obrigkeitlichen Schutzes waltete, vollzog sich im Innern des Parlaments-Palastes, in seinem Sitzungssaale, ein erster und wichtiger Akt politischer

preussisch-deutscher Geschichte. Der Reichskanzler war erdrosselt, aber nicht, um die sozialdemokratische Interpellation zu beantworten, nicht um sich gegen die in dieser Interpellation gegen ihn gerichteten Vorwürfe zu verteidigen. Auf die Frage des Reichspräsidenten, ob er zur Verantwortung bereit sei, erhob sich Fürst Bülow, um folgende Erklärung zu verlesen:

Zu 1 der Interpellation: Ich lehne es ab, auf die Verhandlungen über die Gestaltung des Landtagswahlrechts in Preußen einzugehen, da dieser Gegenstand eine zur Unabhängigkeit der gesetzgebenden Organe gehörende innere Angelegenheit des preussischen Staates darstellt.

Zu 2 der Interpellation: Auf Grund landesrechtlicher Befugnisse sind von der Berliner Polizei am 12. Januar diejenigen Wohnregeln erlassen worden, welche erforderlich waren, um Ausschreitungen auf den Straßen abzuwehren. Inwieweit Truppenstellen in den Kasernen zusammengehalten werden sollen, ist dies in Ausübung der militärischen Kommandogewalt geschehen, um jeder Anforderung zum Schutze der öffentlichen Ordnung ohne Verzug genügen zu können. Ich muß hiernach die Verantwortung der Interpellation ablehnen.

Dann legte der Reichskanzler sein Manuskript zur Seite und leistete sich etwas, das in der parlamentarischen Geschichte noch nicht dagewesen sein dürfte. Obwohl er sich die Verantwortung nicht an ihn gerichteten zweiten Frage, betreffend die politischen Wohnregeln gegen Ausschreitungen, mit dem Hinweis auf landesrechtliche Befugnisse abgelehnt hatte, ergriff er sich in heftigen Angriffen gegen die demonstrierende Menge, die das Eindringen der Polizei heraufschrie, so daß sie von der Waffe Gebrauch machen mußte. Wie es sich mit dem Gebote des eisernen „Muth“ vereinbaren läßt, wenn die Polizei auf von ihr zusammengebrängte Menschenmassen, die sich friedlich bewegen und keinerlei Ausschreitungen begehen, einhaut, das ist uns unerfindlich. Aber freilich, es ist in Preußen ein Unterschied, ob Arbeiter, Sozialdemokraten das Recht auf die Straße in Anspruch nehmen, um für ihre guten und berechtigten Ideen, Interessen und Forderungen zu demonstrieren, oder ob „gungelichte“ Herren und Damen der bürgerlichen Gesellschaft, „Patrioten“ und wüste Chaubinisten, Massenversammlungen in nächster Stunde vor dem Schloß des Kaisers und dem Palast des Reichskanzlers veranstalten, wie es am 25. Januar und 5. Februar v. J. anlässlich des „Mäherreitens“ der „Sozialdemokratie“ im Volkstempel der Fall war. Gegen diese Kundgebungen hat Fürst Bülow, hat die Staatsgewalt, hat die Polizei, hat die ganze „patriotische“ Polizei nicht einzuwenden gehabt. Im Gegenteil. Dieses Hin- und Her der Polizei auf die Straße war eine großartige patriotische Leistung. Sowohl dem Reichskanzler wie dem Kaiser hat sie sehr imponiert. Beide hielten in miternächtlicher Stunde sogar Anreden an die Demonstranten der Straße. Und die Polizei verhielt sich gegen diese Demonstrationen freundlich, zuvorkommend, wofür ihr Lobigung zu teil wurde.

Diese Taten liegen kaum ein Jahr zurück. Nichtsdestoweniger glaubte Fürst Bülow ein ordnungspolitisches Votum zu genügen, indem er, ohne nach der Geschäftsbearbeitung des Reichstages dazu berechtigt zu sein (der Präsident hätte die im Anhang an die Ablehnungserklärung gehaltenen Rede gar nicht geteilt dürfen!), eine erneute Mahnung in das Land zu senden, „die Politik nicht auf die Straße zu tragen und die Sozialdemokratie zu behuldigen, daß sie die Herrschaft über die Straße“ in Anspruch nehme, daß sie verantwortlich sei für die Demonstrationen einer irregulären Masse und deren Folgen. Fürst Bülow verkündete diese Mahnung, aus wohlmeinendem Herzen, und von den bürgerlichen Parteien forderter „Ermächtigung“ in der Beurteilung und Zurückweisung dieses gefährlichen „Anhangs“, im Verlauf der ganzen „Staatsgeschichte“, wenn das Volk „unter Gottes freiem Himmel“ bekunde, daß es gewillt ist, sich sein Menschenrecht, sein staatsbürgerliches Recht zu erkämpfen. Indigt den Mächtigen, den Gewalthabenden, den herrschenden Klassen, dem herrschenden Ordnungssystem „unter Gottes freiem Himmel“ zu dieb und zu maffenhait wie ihr könnt und wollt in slavischen Geist, ihr Entredeten und Wilschaden — ihr seid brave Menschen, wärdere Untertanen. Aber hütet euch in Massen zu demonstrieren für euer Recht, eure Würde, eure Wohlfahrt — ihr seid „Rebellen gegen die Ordnung.“ Mut Hurra einer Majestät oder einem reaktionären Staatsmann — das ist gut und groß und schön und der Ordnung förderlich. Aber wehe euch, wenn ihr auf der Straße kundgeb, daß ihr Brot und Recht und Freiheit fordert! Dann „muß“ der Polizeifabel haue und die militärische Macht stetig bereit, euch Massen beizubringen!

Die Mitglieder der sozialdemokratischen Fraktion hätten sich nicht haben müssen, wenn sie den Drohungs- und Verwahnungsermon Bülow's nicht mit stürmischen Klufen der Zustimmung und des Sarkasmus begleitet hätten, während die Konserwativen und Nationalliberalen dem Hochheros frenetischen Beifall spendeten. Für diese Herren gibt es eben keine gerechte Verurteilung der Sozialdemokratie und der bedenklichen politischen Situation, die durch die reaktionäre preussische Staatsgewalt, vornehmlich durch den Fürsten Bülow selbst, in der Wahlrechtsfrage herbeigeführt worden ist.

Bereits hatten sich die Blockpolitik bemüht, das Zentrum und die Freisinnigen dafür zu gewinnen, die Verprechung der sozialdemokratischen Interpellation unmöglich zu machen. Der Antrag auf Verprechung einer Interpellation bedarf geschäftsbürokratisch der Unterstützung von 50 Mitgliedern. Abgeordneter Einger stellte den Antrag. Mit den Stimmen der Sozialdemokraten, der Freisinnigen und des Zentrums gegen die der Konserwativen und Nationalliberalen wurde die Verprechung beschlossen. Das war für den Reichskanzler, die Staatssekretäre und die Bundesratsmitglieder das Signal, demonstrativ den Saal zu verlassen. Sarkastische Zurufe der Sozialdemokraten begleiteten diesen Akt der Würdigung des deutschen Reichsparlamentes.

Dann nahm, während auch die Konserwativen sich anstießen, dem Beispiel der Herren vom Regiment zu folgen, den Saal zu verlassen, der sozialdemokratische Abgeordnete Fischer das Wort. In nahezu zweihundertstündiger Rede hielt er gründliche Abrechnung mit dem Reichskanzler und der Polizeigewalt. Ein weiterer großer Teil seiner Aus-

führungen war der Kritik des preussischen Dreiklassenwahlrechts gewidmet. Auch das Verhalten der einzelnen bürgerlichen Parteien zu der Frage des Reichstagswahlrechts und der preussischen Wahlrechtsreform unterzog er scharfer kritischer Betrachtung.

Es ergriff nicht angebracht, Einzelheiten der Rede Fischers hier wiederzugeben. Wir müssen unsere Leser darauf besinnen, diese Rede in den Parlamentsberichten der sozialdemokratischen Presse nachzulesen, und wir bitten sie, die sozialdemokratische Zeitung, die die Rede in der sozialdemokratischen Parteivorstand für geboten, auch diese Rede durch eine billige Waffenschiff in allen Kreisen des Volkes bekannt zu machen.

Die der Begründung der Interpellation folgende Debatte brachte keinerlei Ueberzeugungen. Selbstverständlich traten die Redner der Konserwativen und der Nationalliberalen fanatisch und zum Teil unter erbärmlich ruppigen Ausfällen gegen die Sozialdemokratie für Bülow, seine Maßnahmen und sein System, gegen die Uebertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen ein. Das Zentrum fand sich, wie immer „groß in diplomatischer Routine“, mit der so überaus wichtigen Frage in der denkbar bestmöglichen und vorläufigen Weise ab. Es ließ durch den Abgeordneten Graf v. Dönhoff eine sehr kurz gefasste Erklärung verlesen, wonach es gewillt ist, nach wie vor für das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht einzutreten. Tugend welcher Angriffe auf die Sozialdemokratie — und einer Kritik der Wahlrechtsdemonstrationen enthielt sich der Zentrumsvertreter. Der Senior der Freisinnigen-Volkspartei, der Abgeordnete Träger, und auch der Abgeordnete Schrader von der Freisinnigen Vereinigung verbielten die Anerkennung, daß sie ernstlich und ehrlichen Willen befeholdeten, das Reichstagswahlrecht für Preußen zu erkämpfen. Der Abgeordnete Herr v. Bayer, der süddeutsche „Demokrat“, hingegen gestief sich unter Angriffen auf die Sozialdemokratie ganz und gar in der Rolle des Volkspolitikers, der weit davon entfernt ist, den maßgebenden Herren vom Regiment „erfolglose Opposition“ zu machen.

Abgesehen vom Grafen v. Hoppefeld, Träger und Schrader, waren die Redner der „laatsberhaltenden“ Parteien offensichtlich bemüht, dem vom Fürsten Bülow gegebenen Beispiel, „das Bürgerium gegen die Sozialdemokratie scharf zu machen, pflichtschuldigst“ im Geiste der Blockpolitik zu folgen. Soweit insbesondere die Freisinnigen dabei in Betracht kommen, ist zu sagen, daß sie die Masse ihrer Fraktionsleute im Punkte der „Vorsicht“ der Vorsicht“ und der Hege gegen die Sozialdemokratie hinter sich hatten.

Noch war nur ein einziger Redner gemeldet, der sozialdemokratische Abgeordnete Bebel, dessen Aufgabe es sein sollte, auf die frivolsten und dummen Angriffe gegen seine Partei zu antworten. Aber da bewährte sich die Blockharmorie. Um diese Antwort unmöglich zu machen, führten die Blockführer, die Nationalliberalen, die Konserwativen und die Freisinnigen, mit Ausnahme von jed's dieser letzteren — der Abgeordneten Neumann-Hofer, Gohelin, Potthoff, Dohrn, Manz und Wieland — die Vertagung, und damit den Schutz der Interpellationsdebatte herbei, gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, des Zentrums und der Polen.

Die blockpolitische Majorität hat damit den diesen Verhandlungen ihrer politischen Grämlichkeit eine neue Kinetik beigegeben. Aber sie hat damit nicht erreicht, daß ihr und dem Fürsten Bülow damit etwas gescheit wird. Die Wahlrechtsdebatte wird im Reichstage bei der zweiten Vertagung des Reichstages wiederkommen und zwar auf Grund eines Antrages der sozialdemokratischen Fraktion, wonach für die Parlamente, gleiche und direkte Wahlrecht einzuführen ist. Dann wird Bülow Rede und Antwort stehen müssen, ob er will oder nicht. Für uns genügt es vorläufig, überzeugt zu sein, daß die Wahlrechtsbewegung durch die Interpellationsdebatte einen gewaltigen Impuls erfahren hat. In dieser Frage gibt es für die Arbeiterklasse kein Zurück, keinen Stillstand, sondern nur ein immer mächtigeres Vorwärts.

**Politische Umschau.**

Und dem Reichstage. Ueber das Wichtigste und Interessanteste, was die letzte parlamentarische Woche brachte, die Verprechung der sozialdemokratischen Wahlrechtsinterpellation, berichten wir an anderer Stelle dieser Nummer unseres Blattes. Der Wichtigsten eingeleitet wurde, der erste Lesung passierte, ist eine abermalige erhebliche Konzession an den Agrarismus. Seine Tendenz ist darauf gerichtet, die Vieheinfuhr noch mehr zu erschweren. Die sozialdemokratische Fraktion ließ durch ihren Redner, Abgeordneten Scheidemann, den Standpunkt vertreten, daß es sich in erster Linie um die Frage der Vieheinfuhr, um die Beschaffung geunden Viehes und den Konsum geunden Viehes, handeln müsse. Nur unter diesem Gesichtspunkte läßt sich ein Vieheinfuhrer rechtfertigen, nicht aber daß es dazu diene, die Vieheinfuhr und den Viechhandel neuen lästigen Verwimmungen zu unterwerfen, unter dem Vorwande einer Bekämpfung des Seuchengefahrs. Bisher war die Frage der Entscheidung für verurteilt, und vernichtendes Viech landesgleichig geregelt. Aus den Staatskassen wurden die betreffenden Wägen entzückt. Der Gegenwurf sieht die Regelung der Entscheidungspflicht für das Viech vor. In dieser Frage hat die Sozialdemokratie stets den Standpunkt eingenommen, daß eine obligatorische Viechversicherung, zu der die Viechhalter entsprechend beizufügen haben, einzuführen ist. Der Entwurf wurde einer Kommission von 21 Mitgliedern überwiesen. Zur ersten Lesung gelangte sodann der Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Abänderung des Gesetzes über das Telegraphenwesen des Deutschen Reiches. Er ist darauf gerichtet, die neueste Errungenschaft auf dem Gebiete der elektrischen Telegraphie, die Funkentelegraphie (drahtlose Telegraphie) dem reichsbeherrschenden Autorität unterworfenen Nachrichtenvermittlungssystem anzuschließen. Daß diese Errungenschaft als ein außerordentlich Fortschritt im Verkehrsweesen zu begriffen ist, bedarf nicht näherer Darlegung. Und dagegen, ihre Anwendung gleichlich zu regeln, um Rahmen des bestehenden Gesetzes, ist an sich grundmäßig nichts einzuwenden. Aber der Regierungsentwurf läßt sich vorwiegend leiten von Rücksichten auf die Interessen, die Marine und Landbeher an der Funkentelegraphie haben. Die allgemeinen

Verkehrsinteressen berücksichtigt er nur so ganz nebenbei. Allerdings ist diese Art der elektrischen Telegraphie für die Kriegsmarine unentbehrlich geworden. Aber auch für die Handelsmarine ist sie außerordentlich wertvoll. Und nicht minder ihre Verallgemeinerung für den binnenschifflichen allgemeinen Verkehr. Uebrigens hat die Funkentelegraphie bereits ihre internationale Regelung durch den am 3. November 1906 zwischen allen Hauptstaaten der Welt abgeschlossenen Vertrag erfahren. Der jetzt vorliegende Entwurf ist eine Konzentration dieses Vertrages, nur hätte die Regierung das rein militärische Interesse nicht in den Vordergrund stellen sollen. Unter diesen Gesichtspunkten nahm der sozialdemokratische Abgeordnete Frank zu dem Entwurf Stellung. Er forderte u. a., daß die Gebührenssetzung nicht dem Reichskanzler überlassen, sondern im Gesetz selbst vorgenommen werde. Eine Kommission wird den Entwurf näherer Beratung unterziehen.

Der Gegenentwurf betreffend die Bestrafung der Majestätsbeleidigungen, wurde in zweiter und dritter Vertagung nach den Beschlüssen der Kommission gegen die entchiedene Opposition der Sozialdemokraten definitiv erledigt. Die sozialdemokratische Fraktion hatte beantragt: sämtliche Majestätsbeleidigungsparagrafen des Strafgesetzbuchs aufzuheben und so den Begriff Majestätsbeleidigung überhaupt aus dem Strafrecht ausmerzen. Nach dem Vorschlag der Kommission aber, beschloß die Blockführerschaft im Punkte mit dem Zentrum gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und eines einzigen Freisinnigen, des Abgeordneten Neumann-Hofer-Sippe, folgenden Entwurf „verbessernde“ Fassung:

Die Beleidigung ist nur dann auf Grund der §§ 95, 97, 99, 101 strafbar, wenn sie in der Absicht der Ehrverletzung, böswillig und mit Ueberlegung begangen wird. Sind in den Fällen der §§ 95, 97, 99 mildernde Umstände vorhanden, so kann die Gefängnisstrafe oder die Festungshaft bis auf eine Woche ermäßigt werden.

Im Falle des § 95 kann neben der Gefängnisstrafe auf Verlangen der beleidigten öffentlichen Aemter erkannt werden.

Damit hat die Mehrheit eine Bestimmung von höchster Bedenklichkeit geschaffen, — eine Art Ausnahme-gesetz gegen oppositionelle Elemente, vor allem gegen die Sozialdemokratie. Schon tiefer hat die Zustimmung Sozialdemokraten gegenüber, der Majestätsbeleidigung angefaßt worden, sehr oft, ja in den meisten Fällen angenommen, daß sie sich der „böswilligen“ Beleidigung schuldig gemacht haben und deshalb besonders hart zu bestrafen sind. Das Gesetz kannte bisher die faustfaßlichen Begriffe „Absicht der Ehrverletzung“, „Böswilligkeit“ und Ueberlegung nicht. Nur aber hat die Reichstagsmehrheit sie ausdrücklich in das Gesetz hineingebracht und damit der bevorstehenden rigorosen Praxis der Justiz Anerkennung und Hilfe verliehen. Und das nennt man eine Reform!

Am Freitag, den 24. Januar, verlagte sich das Haus bis zum 29. Januar. Es wird dann die zweite Lesung des Statik ihren Anfang nehmen.

Die Protestbewegung der Arbeiterchaft gegen den reaktionären Vereinigungsentwurf ist in Fluß gekommen. In Hamburger Stadt- und Landbezirk, in Altona, Wandsbeck, Ottenen u. nahmen stark beachtete Versammlungen folgende Resolution an:

„Der von der Reichsregierung dem Reichstage vorgelegte Entwurf eines Vereins- und Versammlungsrechts ist als durchaus reaktionäres Produkt zu verwerfen.“

Die im Entwurf vorgelegene Polizeiaufsicht über Vereine und Versammlungen ist ein Schritt auf die einfache Recht jedes Menschen, sich mit anderen über die gemeinsamen interessierenden Angelegenheiten zu besprechen, und gemeinsame Maßregeln zu beschließen.

Der Sprachenparagraf charakterisiert sich als ein Mittel gewalttätiger Unterdrückungspolitik und zugleich als ein Anschlag auf die Organisationsbestrebungen der Arbeiter.

Die Aufrechterhaltung der landesgesetzlichen Reaktionsverbote für bestimmte Arbeiterkategorien entspricht dem Bestreben, auch fernher in den Interesse der Ausbeuter, insbesondere der Agrarier, das ländliche Proletariat im Zustande reichloser Halb-Verelendung zu halten.

Die Verammlung fordert in Uebereinstimmung mit dem sozialdemokratischen Programm: Abschaffung aller Gesetze, welche die freie Meinungsäußerung und das Recht der Vereinigung und Verammlung einfränken oder unterdrücken.

Auch in Leipzig, Dresden und zahlreichen anderen Städten fanden imposante Protestversammlungen statt.

Vom Schlachtfeld der Arbeit. 914 Tote und 130 625 Schwerverletzte weisen die Rechnungsergebnisse der Berufsgenossenschaften für das Jahr 1906 nach. Diese Zahlen umfassen nur die Unfälle, für welche im Jahre 1906 zum ersten Male eine Entschädigung gezahlt ist. Die Gesamtjährl der im Jahre 1906 angemeldeten Unfälle beträgt 645 583. Grauenvolle Zahlen, die eine beredte Anklage gegen die herrschende Gesellschaftsordnung erheben, welche Leben und Gesundheit der Arbeiter mißachtet. Die furchtbaren Verluste an Menschenleben, Menschengelundheit und Menschenglück sind zum übergrößten Teile keineswegs notwendige Folgen der Beschäftigungsarten, sondern beruhen auf den Mängeln der vom Kampf für den Unternehmerprofit beherrschten Gesetzgebung, Verwaltung und Rechtspflege.

**Maurerbewegung.**

Streiks, Aussperrungen, Massregelungen, Differenzen. Zuzug von Maurern und Bauarbeitern ist fernzuhalten:

**Deutschland:**

**Maurer:**

Hansastädte: Spadenland (Sperrung über Neben), Ochsenwälder (Sperrung über A. Blecken), Travemünde (Sperrung über Schröder), Bremen (Sperrung über den Ziegelneubau in Hemelingen, Unternehmer Zehner);

Schleswig-Holstein:

Kellinghusen, Wrist, Wulfsmoor (Streiks), Apenrade (Sperrung über Callesen), Wedel (Sperrung über Hatje), Busum (Sperrung über Petersen), Itzehoe (Sperrung über die Alsenische Zementfabrik in Lagerdorf);

Mecklenburg:

Güstrow (Sperrung über Thielke), Brunschwaupten (Differenzen);

Brandenburg:

Guben (Aussperrung), Senftenberg (Sperrung über Ulrich, Margakolonie);

Pommern:

Pryitz (Sperrung über Friedrich Berg), Köslin (Sperrung über Schüttner), Neustettin (Sperrung über Duske);

Ost- und Westpreußen:

Konitz (Sperrung über Brozowski in Czerek);

Posen — Schlesien:

Muskau (Sperrung über Stälpnagel), Weisswasser (Sperrung über die Opolezwerke);

Königr. Sachsen:

Leipzig (es sind gesperrt: Marien & Kunze, Bahnhofsbauteam, Bernadt & Söhne, Berlinerstrasse, in L.-Gohlis H. Kögel und R. Thiele, Landsbergerstrasse, in L.-Leutzsch Eisengießerei E. Becker & Co., in L.-Möckern K. Edlich, Hühnerbeinerstrasse, und M. Steyskal, Sohrstrasse), Potschappel (Sperrung über das Baugeschäft von Heger), Döhlen (Sperrung über die Bauten der Gussstahlfabrik);

Provinz Sachsen und Anhalt:

Halle a. d. S. (Sperrung über den Fabrikneubau von Prinzler & Söhne und über die Hallische Zementfabrik);

Hannover, Braunschweig, Oldenburg und Lippe:

Celle, Norderney (Aussperrung), Braunschweig (Sperrung über Gröpler, die Arbeit ist in Wolfenbüttel);

Hessen und Waldeck:

Giessen (Sperrung über Bernhard in Kleinlinden), Schmalkalden (Sperrung über Peter);

Bayern:

Selb (Sperrung über Jäger & Werner), Diessen (Streik), Wasserburg (Sperrung über Näbauer), Ansbach (Sperrung über Reuter);

Fliessenleger:

Duisburg (Sperrung über Gebr. Bönnig), Barmen-Elberfeld (Aussperrung), Hamburg (Sperrung über das Geschäft Heidrich, Abendrothsweg 81).

Aufmarsch zur Lohnbewegung.

In Hessen-Nassau und im Großherzogtum Hessen haben in einer Reihe von Städten bezw. wirtschaftlichen Interessensgebieten unsere Kollegen nimmer ihre Vorbereitungen zu den demnächstigen Verhandlungen über die Lohn- und Arbeitsbedingungen abgeschlossen. In allen im Betrach kommenden Zweigvereinen sind in den letzten Tagen die Forderungen aufgestellt und formuliert worden; ihre Einreichung an die zuständigen Unternehmervereine und die einzelnen Unternehmer erfolgt Sonntag, den 31. Januar.

Hieran sind beteiligt das bisherige Vertragsgebiet: Frankfurt - Offenbach - Hanau - Höchst - Sommerburg v. d. S. - Friedberg - Raunheim - Darmstadt - Mainz - Wiesbaden; Vertragskontrakt: "Mitteldeutscher Arbeiterverband". Ferner als selbständige Vertragsorte: Cassel, Hersfeld, Marburg, Gießen, Wetzlar, Gumbach, Weilburg, Eltville - Müdesheim, Wehlar (Meinpro.) und Langen.

Wenn wir recht unterrichtet sind, werden auch die Zweigvereine des Zentralverbandes der baugewerblichen Hilfsarbeiter sowie des Verbandes christlicher Bauhandwerker und Bauhilfsarbeiter ihre Forderungen an demselben Tage ein.

Ueber die Forderungen selbst werden wir in der nächsten Nummer unseres Blattes berichten.

Wo soll das hinaus?

Wie aus dem Bericht des Gaues Bremen über den Streik in Norderney zu ersehen ist, wird von einigen Maurern unter der Firma "Zentralverband christlicher Bauhandwerker" dort wieder einmal offensündiger Streikbruch getrieben. Zur Aufklärung fragen wir noch hinzu, daß es vor dem Streik keine christlich organisierten Maurer in Norderney gab. Was jetzt dort an solchen vorhanden ist, sind Leute, die erst Streikbrecher wurden und sich dann dem christlichen Verbands angeschlossen. Jetzt erfahren wir, daß die Norderneyer Christlichen in einigen Zeitungen kundtun, daß auf der Insel für ihre Mitglieder kein Streik bestehe, daß infolgedessen Zureisende Arbeit erhalten könnten. Diese Inzertate, die wahrscheinlich von den Unternehmern bezahlt werden, müssen und sollen die Wirkung haben, daß sich alle in Norddeutschland herumtreibenden "müßigen Elemente" nach der Insel hingehen und den gerechten Kampf der heimischen Kollegen erschweren, wofür gar zum Verderben der Streikenden entscheiden. Wir können nicht glauben, daß der Hauptvorstand des christlichen Verbandes ein solches Verhalten billigt, wie es auch schon nach gewerkschaftlichen Grundfällen einfach unerhörte ist, daß der christliche Verband notorischen Streikbrechern seine Tore öffnet. Denn er muß sich doch darüber klar sein,

wie ein solches Vorgehen auf die Gesamtheit unserer Kollegen wirkt. Kann er sich in Zukunft darüber wundern, wenn seine Mitglieder in seiner norddeutschen Diaspora allgemein als Streikbrecher behandelt werden? Wir meinen: Nein, nichts wäre natürlicher als das. Also schon im Interesse seiner Mitglieder sollte der christliche Verband eingreifen und den Leuten das Handwerk legen. Die Ereignisse von Königsberg liegen jetzt daß hier Jahre zurück und noch immer steht die Maurerbeziehung des deutschen Ostens unter dem Eindruck, den der Streikbruch damals hervorrief. Noch immer ist ein Zusammenarbeiten beider Organisationen in wirtschaftlichen Fragen im Osten nicht möglich. Das sollte der christliche Verband bedenken! Es ist eine höchst verderbliche und kurzfristige Latzli, die hier wieder von ihm befolgt wird!

Die nächsten Wochen finden die freien und christlichen Organisationen der baugewerblichen Arbeiter gemeinsam dem Gegner gegenüber. Soll auf diese, durch die beiderseitigen großen Interessen erzwungene Einigkeit der Schattens eines Streiches fallen, der jeden ehrlichen Gewerkschaftler in heller Entrüstung aufklammen läßt? Das wäre sehr schlimm. Wer aber die Verantwortung dafür zu tragen hätte, ist der christliche Verband. Er muß handeln!

Gau Berlin.

In Scinfenberg haben unsere Kollegen über die Putschanten der Firma Hubert & Ulrich aus Finsterwalde die Sperrung verhängt, und zwar aus folgenden Gründen: Am 22. Dezember wurde den Maurern gesagt, daß sie bis zum 6. Januar ausreisen müßten. Als sie sich am 6. Januar wieder einfinden, wurde ihnen erklärt, daß die Firma die Müßigkeit der Arbeiter in Angriff zu nehmen; am 13. Januar könne damit begonnen werden. Als die Kollegen dann am 13. Januar angingen, wurde ihnen eröffnet, daß die Firma den vertraglichen Zuschlag von 5 1/2 pro Stunde nicht zahlen könne, dagegen bereit sei, die Arbeiten im Auford auszuführen zu lassen. Die Kollegen lehnten dies ab und wurden an demselben Tage entlassen. Bei einem Verhandlungsversuch des Zweigvereinsvorstandes lehnte der Geschäftsinhaber Ulrich jedes Zugeständnis mit der Bemerkung ab, er gehöre nicht zum Bezirk Scinfenberg; wenn im vorigen Vertrage auch festgesetzt sei, alle Arbeiten werden im Zeitlohn auszuführen, behalte er sich jederzeit das Recht vor, seine Arbeiten in der Weise auszuführen zu lassen, wie es ihm gefalle. Durch Briefe und Karten verhielt sich Ulrich, aus Berlin, Magdeburg, Coblenz, Finsterwalde, Müßen und Wittenberg Püger zu bekommen. Wir erwidern darum, allen Angebotenen gegenüber mißbilligend zu sein und darauf zu achten, daß kein Maurer nach Scinfenberg geht. Es ist auch zu beachten, daß der Ulrich in Finsterwalde wohnt.

Gau Bremen.

In Hemelingen, Zweigverein Bremen, ist über den Neubau der Biegel an der Bremerbrücke die Sperrung verhängt. Der Unternehmer Rehner weigert sich, den Stundenlohn von 65 1/2 zu zahlen. Nach zweimaligem Verhandeln erklärte er sich bereit, 62 1/2 1/2 fest und 65 1/2 vom 1. März an zu zahlen. Darauf konnte selbstverständlich nicht eingegangen werden, da hier allgemein 65 1/2 pro Stunde gezahlt werden. Der Bezug ist strengstens fernzuhalten.

In Norderney ist am 17. Januar nochmals der Versuch gemacht, mit den Unternehmern zu verhandeln, aber leider vergebens. Das Unternehmertum will nicht mehr und nicht weniger als die bedingungslose Wiederannahme der Arbeit und Anerkennung des christlichen Verbandes, was auch aus beifolgendem Schreiben hervorgeht.

Norderney, den 20. Januar 1908.

An den Zentralverband der Maurer Deutschlands, Zweigverein Norderney.

Auf Ihr an den hiesigen Arbeitgeberbund gerichtetes Schreiben teilen wir Ihnen mit, daß wir es mit Freuden begrüßen würden, wenn der Lohnkampf im hiesigen Baugewerbe beendet wäre. Wie Ihnen aber seinerzeit schon berichtet wurde, können wir nach der uns von der freien Gewerkschaft zugeantene Verhandlung (und betreffs Innehaltung des abgelaufenen Lohnarbeitsvertrages) mit der freien Gewerkschaft der Maurer Deutschlands nicht wieder abschließen. Wie Sie wissen, ist mit der neugegründeten christlichen Gewerkschaft bereits ein Lohnarbeitsvertrag abgeschlossen, und ist es uns deshalb auch schon nicht möglich, noch einen zweiten Lohnarbeitsvertrag abzuschließen. Zu welchen Zwistigkeiten und Differenzen es führen würde, wenn beide Gewerkschaften (die Christlichen und die Freie) nebeneinander arbeiten würden, zeigt der gestrige kräftige Vorfall auf dem hiesigen Gaswerk, der Ihnen bereits bekannt sein wird. Ratjam wäre es jedenfalls, den Streik ihrerseits beizulegen.

Namens des Arbeitgeberbundes des Baugewerbes für den Kreis Norden zu Norderney, R. Pieper, J. Dirks.

Daß die Maurer ihr Recht verlangt haben und keine Ueberkanden nach Willkür der Unternehmer machen wollen, nennen die Unternehmer von Norderney schlecht Behandlung seitens der Maurer. Mit ihr "arbeitswilligen" Maurern haben die Unternehmer einen Vertrag abgeschlossen, das nennen sie dann "christlichen Vertrag". Dann wollen sie in ihrem Schreiben noch auf ein Vorkommnis hin, das sich in den letzten Tagen auf dem Gaswerk ereignet haben soll. Es muß festgestellt werden, daß dort gar keine Bauhandwerker beschäftigt sind, ergo können sie auch keinen Terrorismus verüben haben. Es sollen wieder einmal Lügen produziert werden.

Gau Hannover.

Die Aussperrung in Celle besteht immer noch fort. Verschiedene Verhandlungen vor dem Gewerbegericht hatten keinen Erfolg. Im letzten Herbst hatten verschiedene ge-

meinschaftliche Sitzungen der Vertreter des Arbeitgeberbundes und der Bauleiter und Hauptvorstände stattgefunden; sie sind aber auch gescheitert, da die Unternehmer auf ihrem Vertragsentwurf beharren, der noch schärfere Bestimmungen enthält, als der letzte Normaltarif des Arbeitgeberbundes. Die Kollegen sind nun zu einer anderen Latzli übergegangen. Sie haben beschlossen, ohne Tarif bei einem Stundenlohn von 48 1/2 und vom 1. April an von 50 1/2 zu arbeiten. Es fand sich auch ein Unternehmer, der sich mit seinen früheren Gesellen und Arbeitern einigte; bei diesem ist die Arbeit am 21. Januar aufgenommen worden. Es ist Aussicht vorhanden, daß in kurzer Zeit 30 bis 40 Kollegen da unterkommen können. Am 22. Januar erklärte sich noch ein Unternehmer damit einverstanden; auch hier konnten mehrere Kollegen die Arbeit aufnehmen. Nach diesen Ereignissen ist nun wieder eine gemeinschaftliche Sitzung anberaumt; es ist wohl möglich, daß die Unternehmer jetzt andere Seiten aufzusehen werden.

Gau Nürnberg.

In Ansbach wurden bis zum letzten Jahre die elendesten Löhne im ganzen Gau bezahlt. Im Jahre 1907 ist es unseren Kollegen infolge der guten Baukonjunktur gelungen, diese niedrigen Löhne etwas zu erhöhen; aber der einzige am Orte vorhandene Baupolulant — Unternehmer Reuter — blieb immer noch bei seinen alten Löhnen von 32 bis 35 1/2 pro Stunde, weshalb ihn seine Maurer verlassen. Dadurch war Reuter gezwungen, ebenso wie die anderen Unternehmer, 40 1/2 Lohn pro Stunde zu zahlen. Als aber der Winter näher rückte, zog Reuter jedem Maurer von seinem Lohn 2 1/2 pro Stunde ab, als wenn im Winter die Stunde keine 60 Minuten hätte. Um des lieben Friedens willen ließen sich die Kollegen dies gefallen, was aber wohl nicht ganz richtig war, denn dieser Schritt war nur der Versuch zu weiteren Lohnfälschungen. Am 18. Januar wurde jedem Maurer noch der Lohn von 38 1/2 pro Stunde ausbezahlt, aber schon am 20. Januar, mittags gegen 11 Uhr, hatte jeder Maurer einen Zettel in die Hand gedrückt bekommen mit der Aufschrift: "Ab 20. Januar wird Winterlohn mit 32 1/2 pro Stunde gezahlt." Das war also ein Abzug von 6 1/2 pro Stunde. Dies wurde den mit vieler Geduld ausgetirneten Kollegen doch zu bunt und sie wurden dieserhalb bei Reuter vorstellig, der aber die Kollegen mit nicht wiederzugebenden Worten abwies. Am nächsten Tage wurde auch der Gausvoritzende mit vorstellig, den Reuter auf eine höfliche Anfrage hinauszuberufen drohte. Und dabei ist der Mann mit seiner großen Bildung noch Mitglied des Stadtrates der künftigen Kreisstadt Ansbach! Welche Stellung ein solcher "Volksvertreter" bei Fragen des Schulwesens und dergleichen einnehmen wird, kann man sich leicht denken. Unter solchen Umständen blieb nichts anderes übrig, als über die Bauten des Baupolulanten Reuter die Sperrung zu verhängen, welchem Beschluß sich die Maler und Bauhilfsarbeiter angeschlossen, da Reuter auch mit ihnen in der gleichen Weise verfahren war. Die Bauhandwerker werden auch Herrn Reuter lernen, daß die Stunde im Winter ebenso wie im Sommer 60 Minuten hat.

In Nürnberg ist der im Jahre 1906 abgeschlossene Tarifvertrag am 1. Januar abgelaufen, nachdem er von uns vertragsmäßig gekündigt worden war. Die Unternehmer forderten von uns die Vorlage eines neuen Vertrages bis zum 1. Januar. Dies Verlangen wurde von uns erfüllt, aber eine Antwort haben uns die Unternehmer nicht zugehen lassen. Gefordert wird an Stelle der bisherigen Arbeitszeit von 10 Stunden eine solche von 9 1/2 Stunden pro Tag, und an Stelle des bisherigen Lohnes von 42 1/2 im Durchschnitt ein solcher von 46 1/2 im Minimum.

In Erlangen wurde der Tarif gleichfalls von uns gekündigt, der infolgedessen am 1. Januar sein Ende erreichte. Die Unternehmer teilen uns mit, daß sie entweder den alten Vertrag verlängern oder einen neuer abschließen wollten. Sie wollen uns noch eine diesbezügliche Antwort geben.

In Schweinfurt haben vertragsgemäß im Januar oder Februar mit den Unternehmern Verhandlungen stattgefunden, wobei die Lohn- und Arbeitsbedingungen für das Jahr 1908 zu vereinbaren waren. Zu einer solchen Unterhandlung sind wir bereits für den 28. Januar eingeladen. Ob aber diese erste Unterhandlung zu einer Einigung führt, läßt sich heute noch nicht sagen.

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes. Zur Verschmelzung der Freien Vereinigung der Maurer Deutschlands mit unserem Verband.

Nachdem durch die Konferenz- und Ortsvereinsbeschlüsse die Einigung perfekt geworden, ist über den Umtausch der Mitgliedsbücher zwischen beiden Organisationsleitungen folgendes vereinbart worden:

1. Die Verbandsmitgliedsbücher werden für sämtliche übertretenden Mitglieder der Freien Vereinigung der Maurer Deutschlands in Berlin ausgestellt. Die Ausstellung erfolgt auf dem Bureau der Freien Vereinigung, durch je einen Vertreter beider Zentralorganisationsleitungen.
2. Mit der Ausstellung der Mitgliedsbücher soll am 1. Februar 1908 begonnen werden. Jedes Buch wird mit dem Vermerk: "Uebertritt aus anderen Vereinen unentgeltlich", versehen.
3. Die Ortsvereine der Freien Vereinigung haben die Mitgliedsausweise der einzelnen Mitglieder an ihre Geschäftsleitung in Berlin zu senden.
4. Die neu ausgestellten Verbandsbücher werden zusammen mit den Mitgliedsausweisen der Freien Vereinigung, den Vorständen der in Frage kommenden Zweigvereine übermittleit und, von diesen den Ubertretenden ausgeschrieben. In Fällen, wo ein Ortsverein, aber kein Zweigverein besteht, erfolgt die Sendung an den Vorstand des betreffenden Ortsvereins

In Ausführung der vorstehenden Vereinbarungen ersuchen wir die in Frage kommenden Zweigvereinsvorstände, mit den Vorständen der Ortsvereine der Freien Vereinigung in Verbindung zu treten und für die Ueberführung der Mitgliedsausweise nach Berlin-Sorge zu tragen.

Aus den Mitgliederadressen muß hervorgehen, seit wann die Uebertretenden ununterbrochen einer gewerkschaftlichen Organisation angehören, wann und wo sie geboren und wo sie erstmalig (seit der ununterbrochenen Mitgliedschaft) einer Organisation beigetreten sind. Auch der Vor- und Nachname muß deutlich angegeben sein. Wenn alle diese notwendigen Angaben aus den Mitgliedsausweisen nicht zu ersehen sind, dann ist das Fehlende deutlich auf einen Zettel zu schreiben und beizufügen. Im übrigen verweisen wir die Zweigvereinsvorstände auf die in Nr. 51 des „Grundstein“, Jahrgang 1907, bekannt gegebenen Einigungsbedingungen.

Die Zweigvereinsvorstände werden ersucht, die Mitgliedsbücher der auf Grund §§ 26 und 36 des Statuts vom Beitrag befreiten Kollegen zur Abstempelung einzuliefern.

Geldsendungen für die Hauptkasse sind nur an den Kassierer J. Köster, Hamburg I, Rosenbinderhof 56, zu adressieren. Bei jeder Sendung ist auf dem Postabschnitt anzugeben, wofür das Geld bestimmt ist.

In der Zeit vom 19. bis 25. Januar 1908 sind folgende Beträge eingegangen:

- a) Für Beiträge und Eintrittsgelder.
  - Hamburg A. 4301,64, Polen 3834,20, Gießen 800, Osterode a. S. 817,80, Bergen a. N. 519,36, Grünberg i. P. 422,23, Salzhagen 394,66, Pyritz 378,74, Saalfeld 357,85, Schölswig 367,98, Hagen 329,93, Gerstebach 299,19, Moorburg 376,33, Döberleben 265,88, Zellberg 251,60, Seifenborn 212,26, Riepe 226,04, Brunsbüttelooze 216,70, Wittenberg 200,54, Colbitz 183,84, Freimwalde 170,80, Wodden 148,02, Gilden 140,30, Wegeleben 138,28, Wilmenshald 84,32, Wreschen 78,43, Nötha 68,80, Lübb 75,52, Strasburg i. d. N. 61,20, Wittenberg 55,70, Schillingsthal 48,88, Greifenberg 39,48, Lingen 29,42, Gerford 9,68, Wylau 4, Dresden 21 934,66, Unterweißbach 550, Weitz 409,72, Sprottau 328,17, Ohlhausen 301,88, Salzaufen 235,36, Niederhausen 184,62, Wittenwalde 163,75, Rinnberg 145,85, Welle 129,67, Müding 129, Wilschhausen 102,95, Jellendorf 81,72, Wulferhausen 73,66, Jinnowitz 51,24, Ausleben 50,84, Bremerhaven 1625,51, Blankenb. a. Harz 20, Annaberg 17,44, Harzburg 16, Sameritz i. Westpr. 14,40, Wrielen 13,39, Königs-Wulferhausen 10,73, Fulda 6,06, Danzig 2191,03, Göttingen 2320,56, Werburg 694,28, Gera 552,86, St. Johann 500, Jüterbog 460,06, Calbe 325,04, Colbitz 289,40, Wissa 270,50, Sommerfeld 254,90, Alt-Cosel 211,23, Rühnschütz 200, Mühlentbeck 194, Ehrensdorf 195,94, Hammelfall 190,73, Söhlerrhausen 189,08, Störmthal i. Spreewald 138, Neurode 136,39, Rothenhüt 114,16, Wehau 94,87, Kitz 89,08, Fiddichow 84,66, Jümenau 62,39, Dömitz 67,16, Eiler 56,69, Strehen 52,48, Giechenu 50,58, Burglauer 49, Nötha 55,50, Hermsdorf b. Mühlenschloß 19,06, Gr.-Erden 14,58, Wiedroß 14,30, Klein-Schönbeck 3,30, Nürberg 7129,03, Sandberg 1779,25, Hinterer 327,68, Schloßhain 156,14, Amberg 145,58, Lauf 118,53, Eichershausen 109,78, Angermünde 101,52, Leutenberg 83,38, Arnsmünde 79,34, Sarnau 67, Goltzschken 59,38, Wernietzschken 25,70, Stuttgart 9720,72, Guntz 724,54, Reutlingen 463,88, Ginnwald 408,92, Hof 302,11, Wörlitz 301,56, Heilberg 166,95, Weitzhof 170,21, Arnstadt 135, Baret 130,48, Lindau 100,49, Rothenburg a. d. Tauber 55,08, Simbach 28,01, Freising 22, Wandeburg 1865,81, Erlen 742,43, Eintracht 459,90, Erlangen 219,71, Döberan 204,91, Steinach 112,90, Wölferhausen 60, Rönneburg 40,51, Neuenhagen 36,63, Bremen (Hiddessen) 9,63.
- b) Für Kalender.
  - Polen A. 15, Bergen a. N. 12,50, Grünberg i. P. 10,50, Saalfeld 30, Gerstebach 12,50, Moorburg 10, Döberleben 4, Zellberg 5, Heidenborn 20, Riepe 5, Wodden 7,50, Osterode a. Harz 75, Wilmenshald 2,50, Nötha 7,50, Lingen 7, Dresden 600, Weitz 8, Sprottau 5, Salzaufen 15, Rinnberg 4, Wilschhausen 5, Wulferhausen 5, Ausleben 15, Annaberg 30, Wrielen 6, Wafel 100, Göttingen 15, Werleburg 50, Gera 50, Jüterbog 12,50, Gütibus 15, Wissa 5, Sommerfeld 2,50, Alt-Cosel 15, Mühlentbeck 5, Hammelfall 5, Jümenau 7,50, Hermsdorf b. Mühlenschloß 3, Eichershausen 3,50, Stuttgart 15, Hof 5, Heilberg 65, Arnstadt 15, Oberzug -50, Erlen 15, Erlangen 6.
- c) Für Futterale.
  - Moorburg A. 3, Riepe 1, Erlangen 1.
- d) Für Verbandstags-Protokolle.
  - Pyritz A. 5, Gera 32.
- e) Für Grundstein-Einband.
  - Saalfeld M. 3.
- f) Für Bauarbeiterschnur.
  - Wilschhausen A. 740.

Vom Verbandsvorstande bestätigt sind die neugewählten Vorstandsmitglieder aller Zweigvereine, die in voriger Woche das Wahlprotokoll eingewandt haben und denen nicht brieflich eine andere Mitteilung geworden ist.

Ausgeschlossen sind auf Grund § 37 b des Statuts vom Zweigvereine Herrn Reddinghausen; Andreas Zamarowski (Verb.-Nr. 292 782); Dresden: Heinrich Handrich (19 842); Leipzig: Ernst Schlegel (38 495).

NB. Die Namen derjenigen Kollegen, welche wegen rückständiger Beiträge ausgeschlossen sind, werden unter dieser Rubrik nicht bekannt gegeben.

Aufgefordert, ihren Verpfändungen nachzukommen, werden vom Zweigvereine Eilen a. d. N.: Joh. Kunz, geboren am 21. September 1884 zu Mühlbach (Verb.-Nr. 434 657); Althorst: Joh. Wagner, geboren am 5. Dezember 1887 zu Langfede (386 177); Düsseldorf: Joh. Hölre, geboren am 1. Oktober 1888 zu Winkels (399 153).

Um Angabe ihrer Adresse werden ersucht vom Zweigverein Dönhäusen: Hermann Steffen, geboren am 21. Oktober 1880 zu Köhne (Verb.-Nr. 437 813); Wilhelm Hoffmann, geboren am 4. Juli 1849 zu Neudöhlen (349 153).

Kollegen, denen der Ausfall der Genannten bekannt ist, werden ersucht, dem betreffenden Zweigverein oder uns Mitteilung zu machen.

Achtung! Ausgahler der Reiseunterstützung! Dem am 22. Februar 1880 zu Wöbhausen geborenen Kollegen Joh. Grebing (Verb.-Nr. 211 082) ist die Reise-Legitimationskarte abgenommen und uns zugewendet.

Gefunden sind beim Zweigvereinskassierer in Lebnitz die Reiseunterstützungskarte und die Substanzkarte des Kollegen Ignaz Krederer, geboren am 30. Juli 1881 zu Reihem. Die Sachen sind dort abzufornern.

Abhanden gekommen ist das Mitgliedsbuch nebst Reise-Legitimationskarte, des Kollegen Josef Franz Bellet, geboren am 2. Oktober 1855 zu Rabant (Verb.-Nr. 37 289). Wir ersuchen, Buch und Karte anzuhalten, falls verjücht wird, darauf Reiseunterstützung zu erheben. Der Verbandsvorstand.

### Bekanntmachungen der Gauvorstände. Gau Bremen.

Im Einverständnis mit dem Verbandsvorstand wird die nächste Konferenz am **Sonabend, den 14. März 1908, abends 9 Uhr**, und den folgenden Sonntag nach Bremen, Lokal Vereinshaus, Gantenstraße 21/22, einberufen.

Die vorläufige Tagesordnung wird wie folgt festgelegt: 1. Geschäfts- und Kassenbericht. 2. Agitation. 3. Lohnbewegung. 4. Allgemeine Anträge und Wahlen.

Jeder Verein muß vertreten sein. Mitgliedsbuch- und Mandat gilt als Legitimation der Delegierten. Der § 6 des Gauregulativs besagt über die Wahlen folgendes: Die Zahl der Delegierten zu den Gantagen richtet sich nach der Stärke der Mitgliedschaft und beträgt bei einer Mitgliedszahl bis 150-einen; für je 300 weitere Mitglieder kann ein Delegierter mehr entsandt werden.

Der Gauvorstand. S. A.: Carl Hiddessen, Vorsitzender.

### Agitation der Gauvorstände. Gau Leipzig.

Die Bautenindustrie war in vier Fünfteln aller Orte im Gau sehr gut, in den übrigen Orten leidlich. In Leipzig war die Baupopulation fast völlig unerkennbar. Es wurden gegen das Vorjahr 1300 Wohnungen weniger hergestellt. Die Zahl der beschäftigten Maurer war jedoch im Sommer dem Vorjahre gleich. Der Ausgleich wurde durch die Erweiterung der Bahnhofsgebäude sowie durch die Ausführung mehrerer städtischer Gebäude geschaffen. Im Monat September wurde der Arbeitsmangel sehr stark fühlbar und hielt auch trotz der guten Witterung bis zum Jahresabschluss an. Die übrigen großen Städte, Halle, Chemnitz, Plauen, Gera, Zeitz hatten leidliche Bautätigkeit. Besonders sehr gut wie in Zwickau und Jena. In Chemnitz, Jena und Weissenfels. In Leipzig haben auch in diesem Jahre eine ganze Anzahl Arbeiter Lohnenden ausbezahlt. In neun Fällen war es möglich, die Lohnausfälle im Betrage von M 212,81 von den Nachfolgern der verkränkten Bauunternehmer zu erlangen.

Die Entwicklung des Verbandes war sehr gut. Neu aufgenommen wurden mehr als 4000 Mitglieder. Am 1. Oktober 1906 betrug die Mitgliederzahl 19 641 und am 1. Oktober 1907 22 398, so daß eine Zunahme von 3224 zu verzeichnen war. Im Gau bestanden 108 Mitgliedschaften; von diesen wurden im Berichtsjahre neun gegründet. Die Mitgliederzahl vermehrte sich in 61 Mitgliedschaften, blieb in 15 derselben gleich und verminderte sich in 32 Mitgliedschaften durch Bezug um 504. Die Mitgliedschaft Gieschke a. d. E. ist eingegangen. Der im Jahre 1906 vertretene Streit hat die Kollegen nutzlos gemacht. Auch fehlte es an einem tüchtigen Kollegen, der sich der nötigen Arbeit widmete.

Besonders gute Fortschritte hat der Verband in Chemnitz, Plauen, Zwickau, Jena und Jüterbog gemacht. In diesen Orten wurden 2256 Mitglieder neu aufgenommen. Neue Mitgliedschaften wurden gegründet in Naucha, Stollberg, Ludenau, Mügeln, Waldenburg, Rietzsch, Vörsdorf, Langenborsdorf und Oszmünde, weise zur Zeit 360 Mitglieder zählen. In Schwarzenberg i. Erzgeb. fand die Mitgliedschaft infolge Abnahme der Bautätigkeit sowie durch Erhebung der Extraleistungen von 112 im zweiten Quartal auf 31 im dritten Quartal.

In 68 Orten wurden Lohnforderungen eingereicht. Durchgeführt wurden sie in 56 Orten. In der Bewegung waren 9393 Maurer beteiligt. Für 39 Mitgliedschaften mit 4370 Maurern wurde die Lohnbewegung durch Vereinfachung geregelt. In 10 Orten mußte die Lohnhöhe durch Streiks erzwingen werden. An den Streiks sowie den Aussperrungen waren 5023 Maurer beteiligt. Die sämtlichen Lohnbewegungen wurden mit Erfolg für die Kollegen beendet. Erreicht wurde für 9393 Maurer eine durchschnittliche Lohnhöhe von 4 1/2 pro Stunde, Verhinderung der Arbeitszeit von 11 auf 10 Stunden erreichten 2538 Maurer. Ferner wurde die Arbeitszeit für 247 Maurer um eine halbe Stunde pro Tag gekürzt, und zwar von 10 auf 9 1/2 Stunden, und von 9 1/2 auf 9 Stunden.

Die Arbeitszeitverkürzung erstreckte sich auf 17 Mitgliedschaften. In sieben Fällen wurden auch noch sonstige Verbesserungen erreicht. Wenn in zwei Orten auf die Durchföhrung verzichtet wurde, so lag es daran, daß die Organisation an Orte noch nicht sämtliche Maurer, welche dort beschäftigt waren, umfaßte. Die Streiks waren in der Mehrheit von kurzer Dauer, nur in Halle, Bitterfeld, Weissenfels, Rannburg und Chemnitz wurden die Kämpfeitens der Unternehmer von vornherein zu Nachproben gemacht. Die Kosten belaufen sich auf etwas über M 100 000.

Die Polizei verhielt sich in den meisten Orten neutral, nur aus einigen Orten sind Beschwerden bekannt geworden. Insbesondere wird über die Hallische Polizei geflagt, obwohl über ihr Verhalten den Streikposten gegenüber als auch bei anderen Gelegenheiten. In Weissenfels nahm die Bahnpolizei eine aufgeweckte, scharfe Stellung gegen die Streikenden ein; diese wurden nicht nur aus der Bahnhöfswirtschaft hinausgewiesen, sondern auch noch wegen „Hausfriedensbruchs“ benannt.

Die Agitation unter den Mitgliedern sowie die Heranziehung neuer Mitglieder erfolgt in regelmäßigen Versammlungen und auf den Arbeitsplätzen. Im Frühjahr wurde auch von sämtlichen Mitgliedschaften Gausagitation betrieben. Im allgemeinen war der Erfolg der Agitation erfreulich. Eine ganze Anzahl Städte haben heute fast völlig geschlossene Organisation, d. h. es sind an Orte nur noch wenige Maurer, die dem Verbands nicht angehören. Andere Maurerorganisationen sind im Gau nicht vorhanden.

Die Gründung neuer Mitgliedschaften war im dritten Quartal etwas von der Erwartung beeinflusst. Unser Wunsch, im oberen Erzgebirge neue Mitgliedschaften zu gründen, wurde nicht erfüllt. Wir werden auch in diesem Jahre unsere volle Kräfte auf die jetzt bestehenden Mitgliedschaften verwenden müssen.

Die Auf- und Kassenführung läßt immer noch viel zu wünschen übrig. Es gibt noch eine ganze Anzahl Mitgliedschaften, wo erst am Quartalschluß Eintragungen in die Kassenbücher gemacht werden. Jeder Kollege, der mit der Führung der Kassenbücher von seinen Kollegen beauftragt wird, mußte es sich doch zur Ehre anrechnen, alles in bester Ordnung auszuführen. Auch die Revisionen erfüllen in vielen Fällen ihre Pflicht nicht. In drei Mitgliedschaften: Zwickau, Zwickau und Weichenbach, sind M 1300 unterschlagen worden. Hätten die Revisionen dem Statut entsprechend stattgefunden, so konnte sich so etwas nicht ereignen. In weiteren wird es Aufgabe der Versammlungen sein müssen, zu dem Amte eines Kassierers nur die moralischsten Kollegen zu wählen. Die Revisionen müssen sich auch nach den Bekanntmachungen im „Grundstein“, die nach ihrem Ort gesandten Marken regelmäßig notieren; denn die Geldunterstützungen werden nur durch Prüfungen der Markenbestände möglich.

In Sachen des Bauarbeiterschnur sind noch keine wesentlichen Verbesserungen zu verzeichnen. Die Behörden glauben genug getan zu haben, wenn ihrerseits Bestimmungen erlassen sind. Kontrollen darüber, ob die Bestimmungen auch eingehalten werden, erfolgen nur, wenn Anzeigen eingehen. Verbesserungen auf diesem Gebiet dürften allgemein erst dann eintreten, wenn sich in den Kreisen der Arbeiter viel stärker als bisher der feste Wille kund gibt, die Wistsände nicht mehr leiden zu wollen.

Die Bautätigkeit im Jahre 1908 dürfte sich schlechter als im Vorjahre gestalten. Im Jahre 1907 hatten die mittleren Industriezweige gute Bautätigkeit; deren Bedürfnis dürfte beträchtlich sein. In den größeren Städten kann auf Baupopulation trotz der Wohnungsnot infolge der Geldknappheit nicht gut gerechnet werden, so daß die allgemeine Bautätigkeit nicht zufriedenstellend sein wird.

Vom Gauvorstand wurden 277 Versammlungen und 131 Vorforderungen abgehalten. Außerdem wurden von ihm 59 unangemeldete Revisionen vorgenommen. Briefe, Postkarten, Postchen und andere Sendungen gingen ein 1021, verwendet wurden 1494 Postfächer. Der Gauvorstand mußte in der Hauptsache keine Arbeitskraft den Lohnbewegungen zuwenden, welche im Berichtsjahre an Zahl noch höher waren als 1906.

Die Abrechnung für das Jahr 1907 ergibt:

Einnahme.	
Kassenbestand am 1. Januar 1907.....	M. 13660,99
Anlagen für Streiks zurück.....	878,55
Beiträge der Zweigvereine.....	4462,78
Zinsen vom Jahre 1906.....	538,90
<b>Summa.....</b>	<b>M. 19561,22</b>

Ausgabe.

Beamtentgehalt.....	M. 4074,97
Entgangener Arbeitsberdienst.....	22,40
Wägen.....	2268,50
Fahrtgeld.....	1399,15
Bureauanteile, Reinigung, Licht usw.....	343,20
Drucksachen.....	54,80
Porto und Schreibmaterial.....	158,50
Berichterstattung.....	48,98
Vorstandsbesprechungen.....	45,75
Schriften usw.....	21,74
Revision.....	13,50
Rechtsanwaltskosten.....	14,25
Zuschuß für Agitation in Schleiß und Merane.....	55,-
<b>Summa.....</b>	<b>M. 8520,72</b>

Bilanç.

Einnahme.....	M. 19561,22
Ausgabe.....	8520,72
<b>Kassenbestand.....</b>	<b>M. 11040,50</b>

Bei der Sparrkaffe befehlt M. 11000,- G. Jacob, Vorsitzender. W. Berthold, Kassierer.

### Gau Mannheim.

Am 4. August 1907 tagte für die Zweigvereine Elsaß-Lothringens in Straßburg eine Konferenz, die nach eingehender Würdigung der Verhältnisse zu dem einstimmigen Beschluß kam, für Elsaß-Lothringen einen besonderen Gau zu errichten. Aus Zweckmäßigkeitsgründen wurden dem neuen Gause die Zweigvereine Ströden im Baden mit dem Weiselsal und der Zweigverein Kries angegliedert. Die Unternehmer in Weiselsal bilden zusammen mit den Unternehmern im Ober-Elsaß einen Bezirksverband. Die Gründe für die Trennung des Gaus Elsaß-Lothringens liegen in dem raschen und starken Anwachsen der Mitgliedschaften. Bei der Errichtung des Gaus 1901 waren kaum 1000 Mitglieder zu verzeichnen, während im 3. Quartal 1906 die Zahl auf 14 624 gestiegen war. Nun ist ja bekannt, daß es viel leichter ist, neue Mitglieder zu gewinnen, als die gewonnenen dauernd zu

halten. Die vielen Tausende neuer Mitglieder sollen zu überzeugten Anhängern der Genossenschaftsbewegung herangebildet werden. Das Ganze war bei uns wie ein gänzlich unbekanntes Wesen. Überall gab es einzeln und nachher vereinigt. Die Zahl der Lohnbewegungen wuchs von Jahr zu Jahr. Die Unternehmer lernten von uns und organisierten sich. Die Lohnbewegungen wurden schwieriger, die Verantwortung größer. Trotz vieler Mißhills war die Arbeit von einer Stelle aus nicht mehr zu bewältigen. Der Verbandsvorstand erkannte unseren Antrag auf Anerkennung als berechtigt an, und so erfolgte der einstimmige Ernenntungsbeschluss. Der praktische Durchführung fehlten sich noch einige Schwierigkeiten entgegen. Für den als Gausvorsitzenden gewählten Kollegen Böigt mußte in Straßburg Offizial geschaffen werden; deshalb ist die Ernenntung offiziell erst mit dem 1. Januar 1908 in Kraft getreten. Wir nahmen vorher in einem Zirkular von dem in Betracht kommenden Zweigvereinen Abschied, die Vorstände und Mitglieder ersuchend, unter der neuen Leitung ebenfalls ihre volle Saldigkeit zu tun.

Die Bautätigkeit, von der wir im vorjährigen Bericht sagten, daß wir wohl eine kleine Besserung, aber keine Sachtonjunktur erwarteten, hat nicht gehalten, was sie versprach. Ueber die Ausichten für 1908 läßt sich bis heute noch wenig sagen. Wohl liegen auch für dieses Jahr zahlreiche Projekte für Staats- und Kommunalbauten vor, doch ob sich auch die Privatbautätigkeit belebt, ist schwer voraus zu sagen. In Staatsbauten liegen vor: 17 Bauten der Zrennanstalt Wiesloch; ein Kasernebau in Mühlheim und Straßburg, Bahnhofsneubauten in Durlach, Karlsruhe, Offenburg, Wiesel und an mehreren weiteren Orten, ferner ein Bahnebau im Wurgthal, der Neubau von Bahnwerkstätten in Ertler, der Neubau der Universitäts in Freiburg usw. Da in manchen Städten Wohnungsmangel vorhanden ist, so ist die Möglichkeit vorhanden, vorausgesetzt daß der Gelbmangel behoben wird, daß die Bautätigkeit 1908 nicht allzu schlecht wird.

Die Agitation ist 1907 recht lebhaft betrieben worden. Im Winter (Februar 1907) nahmen wir uns besonders die hiesige Pfalz vor. Dort sitzen etwa 3000 Maurer, die im Sommer in dem Saar- und dem lothringischen Industriegebiet arbeiten. Da wir dort zum großen Teil Verammlungslokale nicht zur Verfügung haben, so ist in den Arbeitsorten die Aufklärungsarbeit sehr erschwert, und deshalb ist nötig, die Kollegen im Winter in ihren Wohnungen aufzufuchen. Der Gausvorstand hatte hierzu ein Flugblatt herausgegeben, das von Haus zu Haus getragen wurde. Im Anschluß daran fanden in allen Orten, wo dies möglich war, Verammlungen statt. Da etwa 50 Orte zu bearbeiten waren, nahm diese Tour etwa 14 Tage in Anspruch. Auch im Oberrhein und in Mittelbaden (Rastatt, Baden-Baden, Wehl, Igern usw.) wurde ähnlich so gearbeitet. Während die Pfalz und der Oberrhein von Mannheim-Ludwigshafen aus bearbeitet wurden, geschah dies in Mittelbaden von Karlsruhe aus.

Der Erfolg war diesmal nicht sehr groß. Das ist auch erklärlich, da ein erheblicher Teil der aufgesuchten Kollegen bereits organisiert war. Zu Beginn der Bautätigkeit wurde dann das vom Verbandsvorstand herausgegebene Flugblatt verbreitet. Die Wirkung desselben ist immer gut; es gibt eine Fülle von Anregungen und Diskussionen darüber. Damit kommt die Agitationsarbeit bei vielen Kollegen ebenfalls in Fluß. Dieser zweiten Flugblattverbreitung folgten größere Verammlungen. In den großen Zweigvereinsgebieten Karlsruhe und Mannheim fanden Massenverammlungen statt, auch wiederholt im Bezirk Landau. Am Freitagabend hatten wir nochmals 13 Verammlungen in der hiesigen Pfalz. Dann kam die Agitation für den Extrabetrag. Wir haben sofort nach Bekanntgabe der Einführung eines Extrabetrages unsere Redner zu einer Besprechung nach Straßburg eingeladen. Dort wurde eine Verhandlung über die Agitation herbeigeführt. Es wurden dann in allen Zweigvereinen des Gaus Verammlungen abgehalten und den Kollegen die Notwendigkeit dieser Maßnahme klar gemacht. Diese Agitation hat uns dann bis in den Winter hinein beschäftigt. Im November wurden nochmals in allen Zweigvereinen Verammlungen abgehalten mit dem Thema: Der Arbeiterlohn in der Gesehung. Doch es zeigte sich von neuem, daß der Herbst nicht die geeignete Zeit zur Abhaltung größerer Verammlungen ist.

Zum ersten Male wurde im Berichtsjahre die Agitation unter den vielen Tausenden italienischen Mauern und Bauarbeitern planmäßig betrieben. Das Flugblatt des Gausvorstandes war überreicht worden und wurde unter den Italienern verbreitet. Später kam auch ein vom Verbandsvorstand in italienischer Sprache herausgegebenes Flugblatt zu guter Verbreitung. Dann war es möglich, einige Kollegen als Agitatoren zu gewinnen, die der deutschen Sprache etwas mächtig waren. Aufnahmen italienischer Kollegen sind dadurch wohl in großer Zahl herbeigeführt worden, doch hält es schwer, die Italiener zu ständig zahlenden Mitgliedern heranzubilden. Viele edeln sich damit heraus, sie seien in Italien organisiert und zahlten dort ihre Beiträge. Zum Teil mag das zutreffen. Doch wurden bisher in Italien nur sehr geringe Beiträge erhoben, so daß viele der hier beschäftigten Maurer dort noch nicht organisiert sind, um sich von den höheren Beiträgen in Deutschland zu drücken. Ähnlich lagen bisher die Dinge in der Schweiz. Auch dort wurden nur geringe Beiträge erhoben, außerdem konnte von einer Organisation kaum die Rede sein. In der Schweiz scheinen sich jedoch die Dinge zu bessern. Auch in Frankreich ist von gewerkschaftlicher Organisation nicht viel vorhanden. Und da die Italiener beständig zwischen Italien, der Schweiz, Frankreich und Deutschland hin- und herpendeln, bald in diesem, bald in jenem Lande arbeiten, so ist es verständlich, daß sie glauben, sich auch in Deutschland von der Zahlung von Beiträgen drücken zu können. Hierin ist noch manche Schwierigkeit zu überwinden. Erwünscht sei nur, daß im Winter der Sekretär des schweizerischen Maurerverbandes schwer erkrankte. Wir wurden ersucht, die Schweizer agitatorisch zu unterstützen. Das haben wir selbstverständlich auch getan.

Die Mitgliederbewegung hat unter der schlechten Bautätigkeit einzelner Städte sehr zu leiden gehabt. So haben

wir in Karlsruhe seit 1906 einen Rückgang von 2034 auf 2247, also um 787 Mitglieder zu verzeichnen. In Pforzheim einen Rückgang von 630 auf 858, in Freiburg von 800 auf 900 Mitglieder, in Wehr von 1023 auf 427 Mitglieder, in Heidelberg von 907 auf 750 Mitglieder. In diesen fünf Zweigvereinen haben wir also allein einen Verlust von 2502 Mitgliedern zu verzeichnen, der in der Hauptsache auf die schlechte Konjunktur zurückzuführen ist. In Wehr und Freiburg spielen allerdings auch noch andere Faktoren eine Rolle. Hier mußte ein Personalwechsel erfolgen, dessen Begleiterscheinungen recht schädlich wirkten. In beiden Orten haben wir auch stark mit Italienern zu rechnen, in Wehr bis zu 80 pSt. In beiden Orten gab es Differenzen mit den italienischen Kollegen um die Organisations-einrichtungen. Die italienischen Mitglieder wollten sich unseren Einrichtungen nicht fügen, sondern eine besondere Organisation innerhalb unserer Organisation bilden (eigene Sektionen, eigene Vorstände usw.). Da dieses Statutenwidrig ist, außerdem dabei für die Italiener selbst größere Gefahren entstehen, so ist ihnen dieses verweigert worden. Darauf hat sich ein Teil von uns fengebalten, und was noch schlimmer ist, gegen uns agitiert. Wir glauben jedoch, auch diese Dinge bald überwinden zu haben.

Wir haben vor einigen Jahren viel Mühe darauf verwendet, den leibigen Streit aus den Verammlungen zu verbannen. Er schien, als wenn uns dies auch ziemlich gelungen sei. 1907 sind jedoch in einigen Orten wieder recht unheimliche Fankereien entstanden. Besonders schlimm war es im Zweigverein Mannheim-Ludwigshafen. Besonders hervor tat sich hier ein Kollege namens Jakob. Dieser arbeitete 1906 in der Partie Kollignon am Neubau der abgebrannten Walzmühle. Die Partie wurde entlassen, weil die Arbeit zusammenbrach. Kollignon, Jakob und die anderen Kollegen erklärten darin eine Maßregelung. Auf ihre Veranlassung wurde die Zweigvereinsleitung bei dem Unternehmer vorstellig, doch ohne Erfolg. Die Angelegenheit wurde der Schlichtungskommission übertragen. Auch diese erklärte keine Maßregelung in der Entlassung. Darauf wurden alle noch an der Walzmühle arbeitenden Maurer zusammengerufen und ihnen die Sache zur Entscheidung übertragen. Die Kollegen erklärten, sie könnten ebenfalls in der Entlassung keine Maßregelung erblicken. Damit waren alle Instanzen erschöpft und die Zweigvereinsleitung konnte in der Sache nichts mehr tun. Dennoch schob Jakob alle Schuld an der Entlassung der Zweigvereinsleitung in die Schuhe. Da an der Walzmühle in Alford gearbeitet wurde, erklärte Jakob, sie (die Mitglieder der Partie Kollignon) seien um mindestens 5 000 geschädigt worden. Jakob ließ keine Gelegenheit vorbeigehen, ohne die Zweigvereinsleitung seine Klage fühlen zu lassen; er erob die unheimlichen Vornahme. Da durch den Extrabetrag sowie die Zustimmung unter den Kollegen war, bemühte dies Jakob in jeder Verammlung zu stärken. Das führte soweit, daß in der letzten Generalversammlung die beiden Angestellten Sauer und Geelle ihre Posten händigten. Diesen unheimlichen Fankereien wird beigeiten ein Ende bereitet werden müssen, soll nicht die Organisation in ganz erheblicher Weise geschädigt werden. Auch in einigen anderen Orten festete es nicht an Fankereien, wenn sie auch nicht so ausgeartet sind wie in Mannheim.

Eine weitere unheimliche Erscheinung sind die Unterstellungen. Jeden Monat sandte der Gausvorstand ein Zirkular an die Zweigvereine, worin aufgeführt wurde, die selber an die Hauptkasse abzugeben. Lobreden haben es einzelne Vereine nicht getan. Auch an Revisionen hat es nicht gefehlt. Die Kassierer sind seit Jahren angewiesen, mit den Kassierern wöchentlich abzurechnen. Dies erfolgt aber vielfach nicht, und dann ist das Ende in der Regel eine Unterstellung. Wir werden 1908 die Veranrechnung rüchrichtlos zur Anzeige bringen. Auch in der Buchführung ist noch Besserung in einigen Orten nötig.

Der Mitgliederstand entspricht im Jahre 1907 nicht unseren Erwartungen. Wenn auch die geachtete Steigerung der letzten Jahre nicht so anhalten konnte, so hätte die Mitgliederzahl doch höher sein können. Wir hatten im vierten Quartal 1906 eine Mitgliederzahl von 13 024. Dazu hatten wir in den einzelnen Quartalen 1907 folgende Neuaufnahmen: im ersten Quartal 1077, im zweiten 2030, im dritten 902 und im vierten Quartal 357, zusammen 4366; das ergibt zusammen 17 390 Mitglieder. Es sind am Jahresabschluss jedoch nur rund 12 000 Mitglieder vorhanden. 5390 sind also wieder verloren. Wenn wir auch die große Hälfte aus Italienern rechnen können, die über Winter in ihre Heimat gereist sind, so verbleiben immer noch über 2000, die nur durch die Organisation durchgegangen sind. Dieser Erscheinung wird noch mehr als bisher nachgegangen werden müssen.

Als gegnerische Organisation kommt nur der christliche Bauhandwerkerverband in Frage; er ist aber in den meisten Orten der Zahl nach so schwach, daß er fast nirgendwo ernstlich in Frage kommt. Der „christliche“ Sekretär Prendel ist plötzlich aus St. Johann verschwunden; das ist eigentlich schade, er hätte noch einige Jahre dort bleiben sollen.

Berwunderlich ist nur, daß die Christlichen trotz ihrer geringen Mitgliederzahl eine Anzahl Sekretäre besoldeten können. Der „christliche“ Sekretär Post in Karlsruhe findet eifrige Unterstützung bei dem konservativen Parteisekretär in Heidelberg, ebenso bei dem Freiherrn v. Götter in Sulzfeld. Das läßt tief blicken.

Die Unternehmer sind im Gau Mannheim ebenfalls erwacht. Die Mannheim-Ludwigshafener haben sich dem Mitteldeutschen Arbeitgeberverband angeschlossen. Außerdem besteht ein badischer Landesverband, der sich in 13 Bezirksverbände gliedert. Für die Pfalz besteht ebenfalls ein Verband mit dem Sitz in Kaiserslautern. In Elsaß-Lothringen besteht der Elsaß-Lothringische Landesverband. Außerdem besteht ein „Arbeitgeberverband“ für das Saargebiet. Mit der Schweiz stehen die Herren im Kartellverhältnis. Mit Frankreich wurde dasselbe beabsichtigt, ob es gelungen ist, wissen wir noch nicht.

In Lohnbewegungen hatten wir insgesamt 77. Davon wurden erledigt durch Unterhandlungen 28, durch Sperren 14, durch Verzicht 4, durch Streiks anderer Verze 11 und durch eigene Streiks 20. Einen schwereren Kampf mußten unsere Kollegen in Basel führen, wodurch wir erheblich in

Mitteldeutscher gezogen wurden, und große Opfer zu bringen hatten.

In 52 Fällen wurde eine Lohnhöhung von 2 bis 19 1/2 pro Stunde für 4125 Maurer erzielt. In 17 Fällen eine Verkürzung der Arbeitszeit um eine Stunde und in drei Fällen um eine halbe Stunde pro Tag für zusammen 1883 Maurer. Verbesserungen in anderen Punkten wurden ebenfalls erzielt.

Der Bauarbeiterlohn läßt nach wie vor zu wünschen übrig. In Baden wurde ein neues Baugesetz herausgegeben. In Hessen wird die Regierung der Kammer eine Vorlage unterbreiten. In Bayern wird von neuem eine Petition an die Regierung gerichtet werden. Elsaß-Lothringen bleibt auch in dieser Beziehung hinter den anderen süddeutschen Staaten zurück. Hier hat die Regierung in der Frage des Bauarbeiterlohnes noch nichts getan.

Der Gausvorstand erledigte seine Arbeit in 13 Sitzungen. Posteingänge wurden 1136, Ausgänge 1554, zusammen 2690 Sendungen erledigt. Die Kassenverhältnisse geben folgendes Bild:

Einnahme.		
Kassenbestand	.....	M. 2378,56
Beiträge	.....	7174,67
Umlagen für Streitleitung	.....	1346,90
Beiträge der Zweigvereine	.....	2519,97
Zufuß	.....	56,14
Sonstiges	.....	9,50
<b>Summa</b>	<b>.....</b>	<b>M. 13535,74</b>

Ausgabe.		
Gehalt	.....	M. 2100,—
Entgangener Arbeitsverdienst	.....	1999,87
Däten	.....	3219,98
Fahrtgel	.....	1913,17
Büroausgabe und Umlagen	.....	399,40
Druckkosten	.....	1440,61
Porto und Schreibmaterial	.....	155,79
Vericherung	.....	54,86
Zeitung	.....	21,88
Zufuß für Mantelkassen	.....	138,30
Zufuß für Mantelkassen	.....	60,—
Verchiedenes	.....	43,52
<b>Summa</b>	<b>.....</b>	<b>M. 10546,88</b>

Bilanz.		
Einnahme	.....	M. 13535,74
Ausgabe	.....	10546,88
<b>Defizit</b>	<b>.....</b>	<b>M. 2988,86</b>

B. Spitzer, Gausvorstand.

**Gau Stuttgart.**

In unserem Bericht für das Jahr 1906 sagten wir, daß für 1907 eine gute Bautätigkeit zu erwarten sei. Diese unsere Meinung hat leider keine Bestätigung durch die Tatsachen erfahren, was schon in Nr. 1 des „Grundstein“ bargelegt worden ist. In den allermeisten Städten unseres Gaus war die Arbeitslosigkeit unbefriedigend, und dieser Zustand machte sich natürlich auch bei der Lohnbewegung drückend bemerkbar. Wir mußten recht vorsichtig sein, um nicht den Unternehmern Gelegenheit zu geben, mit Hilfe der nächsten Baukonjunktur unsere Organisation auf Jahre hinaus lahmlegen oder gar vernichten zu können. Die Schaarmanier in Stuttgart freuten sich schon auf einen solchen Kampf. Der Vorstand des Württembergischen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe hatte bereits ein ganzes Jahr lang alle möglichen Vorbereitungen getroffen, um in allen Hauptorten Württembergs, vor allem in Stuttgart, Heilbronn, Göttingen, Reutlingen usw., seine Auspersperrensamt an uns auszulassen zu können. Überall wurde die Flaubheit des Arbeitsmarktes künstlich vermehrt, dringende Arbeiten wurden während der Wintermonate so schnell wie möglich fertiggestellt und fast allen Bauverträgen wurde die sogenannte Streikfrist eingefügt, wonach sich der Termin zur Fertigstellung der übernommenen Arbeiten um die Dauer eines Streiks oder einer Auspersperrensamt verlängert. In Reutlingen wurde bereits zu Ostern der Antrag zum allgemeinen Kampfe gemacht; sämtliche organisierten Maurer wurden ausgepersert, weil sie den vorjährigen Vertrag nicht auch wieder für dieses Jahr anerkennen wollten. In Stuttgart wurde am 16. April die Auspersperrensamt auf den 1. Mai angebroht für den Fall, daß nicht bis dahin ein neuer Vertrag zu stande kommen sollte. Vorbeugung zu etwaigen Verhandlungen war aber die Beibehaltung der gewöhnlichen Arbeitszeit und der vierstündigen Lohnzahlung. Der Kampf hier vielen Kollegen unpopulär. Die Leitung unserer Organisation war sich aber ihrer großen Verantwortung wohl bewußt und hat durch Umficht und geschicktes diplomatisches Vorgehen es zuwege gebracht, daß es doch zu Verhandlungen kam, ohne daß die Vorbedingung der Unternehmung, das Fallenlassen von zwei wichtigen Forderungen, erfüllt war. Bei den Verhandlungen selbst mußten dann allerdings diese Forderungen für die Dauer des Vertrages preisgegeben werden; dafür wurde aber eine Lohnhöhung von 8 1/2 pro Stunde in den drei Jahren der Vertragsdauer zugesagt. Heute dürften auch wohl diejenigen Verbandskollegen anderer Meinung geworden sein, die beim Abschluss des Vertrages glaubten, es sei besser, wenn es zum Kampf komme. — Nach Abschluss des Stuttgarter Vertrages war die Wahn frei für andere Orte. Die erfolglosen Tarifabschlüsse für die Maurer in Göttingen mit 5 1/2 Lohnhöhung, in Heilbronn mit 7 1/2. Auch in Reutlingen, wo der Kampf sich für uns nicht günstig gestaltete, konnte durch geschickte Ausnutzung einer von Unternehmern in dummschweifiger Weise herbeigeführten Zeitungsdebatte ein Tarifabschluss mit 5 1/2 Lohnhöhung erzielt werden. Die Maurer in Reutlingen konnten ebenfalls einen Tarif abschließen, der eine Lohnhöhung von 4 1/2 in diesem und weitere 2 1/2 im nächsten Jahre enthielt. In Württemberg kam es im Hochsommer noch zum Streit, weil die Unternehmer nichts bewilligen wollten. Der Kampf endete mit dem Abschluss eines Vertrages, in welchem der Lohn für 1907 auf 46 bis 47 1/2 und 48 bis 49 1/2 für 1908 festgelegt wurde. Dies ist der erste Vertrag unseres Verbandes auf dem Schwarzwalde.

In Waiblingen, Tübingen und Heilbronn wurde bei entsprechender Lohnbewegung die Arbeitszeit von 11 auf 10 Stunden verkürzt, von einem Vertrag wurde aber vorläufig noch Abstand genommen. In Waiblingen wurde das gleiche erreicht und mit der größten Firma am Orte vertraglich festgelegt.



Joppot und Oliva an. Wegen die erlassenen Zahlungsbefehle erhob Kallos Widerspruch. Als wir dem Unternehmer dann aber die Sperre androhten, schloß er mit uns einen Vertrag, indem er sich verpflichtete, bei jeder fälligen Bauparte einen bestimmten Betrag an uns zu zahlen. In diesem Vertrag waren die Löhne für die christlichen Kollegen mit einbezogen. Für diese mit einzutreten, fühlten wir uns verpflichtet, weil die christlichen Kollegen sich an uns wandten und ihre Leistung sich um nichts zu kümmern schienen. Der Unternehmer zahlte dann die erste Rate auch pünktlich, während er die zweite aber schon verzögerte. Nun stellte auch der Unternehmer die Arbeit ein. (Dieser hatte die Ausführung der Arbeiten übernommen, nachdem Kallos unseren Kollegen den Lohn nicht gezahlt hatte.) Unsere Forderung an Kallos, entweder zu zahlen, oder ihm würde der Bau gesperrt werden, wurde nun dadurch unwirksam gemacht, daß ein christlicher Maurer aus Joppot, namens Diekmann, und der Vorsitzende der christlichen Baustelle in Danzig, Wittfod, die Arbeit in Auftrag übernahmen. Unsere Vorhaltungen, daß Kallos nur durch die Stilllegung des Baues zur Zahlung gezwungen werden könnte, beantworteten beide damit, daß sie erklärten, im Einverständnis mit ihrem Bezirksleiter zu handeln. Als nun zwei Kollegen von uns zu dem Bezirksleiter Müller gingen und ihm dieses vorschrieben, erklärte dieser, von nichts zu wissen, versprach jedoch, die Sache zu untersuchen. Als nun auch noch nicht das mindeste geschah, wurde Kollege Grünhagen beauftragt, mit dem Kallos mündlich zu unterhandeln. Als er K. zu Hause nicht antraf, ging er nach der Baustelle und fragte den dort arbeitenden christlichen Maurer Angewandt, ob Kallos da sei. Als er dann noch auf Veranlassung des Angewandten einige Worte mit diesem wechselte, kam der schon genannte Diekmann und verbot ihm, unter Androhung einer Klage wegen Hausfriedensbruchs, die Baustelle. Er meinte, Kallos hätte ihm dieses befohlen. Das nennt diese Gesellschaft dann noch gewislich, indem sie, jeder Solidarität bar, ihre eigenen Kollegen um ihren Lohn bringt und den, der sich als Gegner um das Recht der Arbeiter und ihrer gleichgestellten Kollegen bemüht, auf Befehl eines betrügerischen Bauführers vom Bau weis.

Veranlassungslafale sehen uns in den Jährlichen Praust, Dirschau, Pelpin, Ziegenhof, Schöneberg, Stutthof, Rauenburg, Joppot, Oliva und Schöndorf nicht zur Verfügung. In der Jährliche Schönbaum ist das Lokal mangelhaft. Nur in Danzig, Pr. Stargard, Rieve und Reuteich genügt es den Ansprüchen einigermaßen. In den erstere Orten ist es uns daher auch schwer möglich, unsere Kollegen über wichtige Fragen aufzuklären zu können. Unsere preussische und römische Polizei glaubte allerdings unsere Bewegung dadurch vernichten zu können, daß sie so eifrig dahinter ist, uns die Kofale mit allen möglichen und unläutersten Mitteln abzutreiben. Möge sie sich diesem Glauben hingeben, die Katsachen reden eine andere Sprache.

Lohnbewegungen waren im verfloffenen Jahre in Praust, Rauenburg, Pelpin, Dirschau, Schönbaum und Joppot. In Rauenburg hatte die Bewegung seinen günstigen Abschluß. Hier traten die Kollegen aus dem Verbands aus, als die Forderungen eingereicht wurden. Sie glaubten, daß sie sich mit ihrer „Unvollständigkeit“ die Gunst der Unternehmer verschaffen würden. Überall haben wir die Erfahrung gemacht, daß die Kollegen während einer Lohnbewegung empfänglicher für die Organisation sind; in Rauenburg ist das Gegenteil der Fall, dort reihen sie aus, wie die Schafe vor dem Wolf. In Joppot, wo die Christlichen diesmal mit uns gemeinsame Sache machen mußten, infolge der Haltung der Unternehmer, gingen die letzteren zur Auslieferung über. Nach kurzer Zeit waren sie aber schon gezwungen, die Auslieferung aufzugeben. Der nun beginnende Streik endete dann am 10. September mit dem Abschluß eines Vertrages, der bis zum 31. März 1909 Gültigkeit hat. Auch während dieser Bewegung suchten die Christlichen ebenfalls, trotz Verabredung und Ehrenwort hinter unserem Rücken im Verborgenen zu sitzen. Der Zufall aber wollte es, daß wir von diesen Treibereien Kenntnis erlangten und den Bezirksleiter Müller in der Wohnung des Unternehmers Schulz, der sich hier ganz allein wohnete, begrüßen konnten. Mit dieser Aktion war es uns dann auch gelungen, weiteren Treibereien ein Ende zu bereiten. Wenn dann der Artikkelfreiber aus Verger über diese Blamage in der „Baugewerkschaft“ einige Puzelbäume schlägt und uns schlechte Vertretung der Arbeiterinteressen anfligt, so fühlen wir mit ihm die Meere in seinem Zitatensad.

Die Lohnbewegungen brachten in Joppot eine Erhöhung des Lohnes von 46 auf 53  $\frac{1}{2}$ ; in Praust von 42 auf 50  $\frac{1}{2}$  und eine Verkürzung der Arbeitszeit von 11 auf 10  $\frac{1}{2}$  Stunden, in Pelpin von 34 auf 40  $\frac{1}{2}$ ; in Dirschau von 40 auf 45  $\frac{1}{2}$  und in Schönbaum von 40 auf 43  $\frac{1}{2}$ . Insgesamt für 414 Kollegen eine Erhöhung des Lohnes von im Durchschnitt 6,02  $\frac{1}{2}$  pro Stunde, oder pro Wodje  $\text{M} 1495,37$ .

Die Klassenverhältnisse haben sich nur wenig über den vorjährigen Stand erhoben. Es betrug die gesamte Einnahme für: 335 Eintrittsmarken  $\text{M} 226$  (1906:  $\text{M} 331,50$ ), 54 116 Beitragsmarken  $\text{M} 24 356,75$  (1906:  $\text{M} 22 107,35$ ), 51 531 Zuschlagsbeiträge  $\text{M} 5 2576,55$  (1906:  $\text{M} 2483,35$ ), 15 025 Kopportagemarken  $\text{M} 10 3$   $\text{M} 1562,50$  (1906:  $\text{M} 1427,10$ ), 11 499 Extramarken  $\text{M} 40$  und 50  $\text{M} 5431,50$ , Verschiedenes  $\text{M} 1406,82$  (1906:  $\text{M} 1001,02$ ); Zusammen  $\text{M} 35 620,42$  (1906:  $\text{M} 27 850,32$ ).

Die Mitgliederzahl betrug im Jahresdurchschnitt 1461 (1906: 1377), wolle 40 Wodjen haben bezahlt 1353 (1906: 1291), der Markenumsatz betrug pro Mitglied  $\text{M} 87,04$  (1906:  $\text{M} 87,49$ ), der Umsatz an Extramarken betrug, den Bestand von 1628 Mitgliedern am Schluß des dritten Quartals an grunde gelegt, pro Mitglied  $\text{M} 7,52$ .

An die Hauptkasse wurden eingehandt insgesamt  $\text{M} 21 696,36$ . Für Streiks wurden verwendet  $\text{M} 1472,45$ , für Reiseunterstützung  $\text{M} 49,50$ , für Rechtschutz  $\text{M} 659$ , für Gemeinnützigkeitsunterstützung  $\text{M} 36,80$ , für Krankenunterstützung  $\text{M} 1345,70$ , für Strebenunterstützung  $\text{M} 547,50$ . Die Kassafrage hatte eine Einnahme von  $\text{M} 15 530,35$  und eine Ausgabe von  $\text{M} 10 604,84$ . Der Kassenbestand der Kassafrage betrug am Jahresschluß  $\text{M} 4925,51$ .

Die geschäftlichen Angelegenheiten des Zweigvereins wurden erledigt in 27 Sitzungen und 14 Mitgliederversammlungen. Außerdem fand eine öffentliche Versammlung

statt in der der Kollege Silberförmigt-Berlin referierte. Der Kollege der Zweigvereins weist folgende Zahlen auf: Es gingen ein: Briefe 612, Postkarten 333, Druckfachen 67, Kopparweisungen 73, Telegramme 7, Rotele 479; zusammen 1471. Es gingen aus: Briefe 483, Postkarten 404, Druckfachen 10 841, Kopparweisungen 36, Telegramme 3, Rotele 341; zusammen 12 113. Die große Anzahl der ausgehenden Druckfachen ist auf den Umstand zurückzuführen, daß den in den Dörfern wohnenden Kollegen der „Grundstein“ wöchentlich unter Druckfache mit der Post ins Haus gelangt wird. Die Ausgaben für Porto betragen demzufolge auch 1906  $\text{M} 768,63$ , 1907  $\text{M} 921,08$ . Außerdem wurden noch für Mitglieder angefertigt 31 Klagen an das Schiedsgericht der Bauinnung, 22 Klagen an das Amtsgericht, 17 Klagen an das Schiedsgericht für Arbeiterverficherung und 63 sonstige Schreiben an Behörden usw. Im neuen Jahre wird es nun unsere Aufgabe sein, mit doppelter Energie auch Wert zu gehen, Allen Feinden zum Trotz.

**Deutscher Chlan.** Nach einer Frist von einem Jahre gelang es dem Zweigvereinsvorstand, am 12. Januar eine Mitgliederversammlung abzuhalten. Zunächst erstattete der Kassierer den Jahresbericht. Mitglieder waren am Schluß 1907 230 vorhanden. Neu eingetreten sind 42, davon waren 17 schon früher Mitglieder. Zugereist sind 4, abgereist 7, zum Militär eingezogen 5, wegen unfähiger Beiträge gestrichen 10. Außerdem sind noch 34 Kollegen mit Beiträgen im Rückstand. Extrabeiträge haben 40 Kollegen voll bezahlt, der Rest von 230 hat noch keine Extrabeiträge bezahlt. Kassenbestand der Kassafrage 1906  $\text{M} 293,72$ ; Einnahme 1907  $\text{M} 404,94$ , Ausgabe 1907  $\text{M} 271,95$ , bleibt Kassenbestand  $\text{M} 426,71$ . Hierauf schiederte der Gausvorsitzende, Kollege Schwarz, die wirtschaftliche Verhältnisse im Baugewerbe. Auch hat der Gausvorsitzende den Kollegen klargelegt, welchen Zweck die Extrabeiträge haben. Weil den meisten Kollegen die Sache nicht klar war, darum sind sehr viele mit den Extrabeiträgen rückständig geblieben. Schuld daran ist, daß wir nicht früher ein Lokal bekommen konnten, um die Kollegen aufzuklären zu können. Die Kollegen, die noch Extrabeiträge zu zahlen haben, wollen das noch in den Wintermonaten erledigen. Es wurden zum ersten Vorsitzenden der Kollege G. Stelzner, zum ersten Kassierer Strohs gewählt. Als Entschädigung erhielten die Vorstandsmitglieder zusammen  $\text{M} 50$ .

**Dresden.** Am 21. Januar tagte hier eine öffentliche, gut besuchte Maurerverammlung. Kollegs Friedrich berichtete über die bisherigen Verhandlungen mit dem Arbeitgeberverband, die leider infolge des hartnäckigen Verhaltens der Unternehmer bis jetzt zu keiner Verständigung geführt haben. Einige im alten Vertrage enthaltene Paragraphen sind auch wieder in den neuen aufgenommen worden, es sind aber solche, die wenig Bedeutung haben. Eine Lohnserhöhung konnte auch nicht erreicht werden; eine solche lehnen die Unternehmer rundweg ab. Hierin hat der Tarif eine Verschlechterung erfahren, indem die Unternehmer eingestanden: „Der übliche Lohnsatz wird nur „lächelnd“ Arbeitern gezahlt.“ Die Unternehmer wollen also freien Spielraum haben und selbst darüber entscheiden, wer ein „lächelnd“ Arbeiter ist. Ferner ist im neuen Tarif ein Postus eingefügt, wonach jede Agitation auf der Arbeitsstätte verboten ist. Ein solches Anfinnen muß entschieden zurückgewiesen werden; denn was eigentlich Agitation ist, würde ebenfalls nur wieder der Unternehmer zu entscheiden haben. Der Schlußpassus im neuen Tarif ist besonders zu beachten, da heißt es: „Der Tarif gilt vom 1. April 1908 bis 31. März 1910, kann aber auch früher vom Arbeitgeberverband aufgehoben werden.“ Wegen dieses, sowie die anderen Punkte ist auf das entscheidende protestiert worden, aber die Unternehmer gaben nicht nach. Die Verhandlungen sind noch nicht abgeschlossen; die Lohnkommission will weiter versuchen, zu einer Einigung zu gelangen. Sollten die Unternehmer auf ihrem Standpunkt beharren, dann ist das Signal zum Kampfe gegeben. Kollege Friedrich hob zum Schluß hervor, daß er der Kollegenschaft einen Tarif, wie den vorliegenden zur Annahme nicht empfehlen könne. In der Debatte sprachen sich alle Kollegen kurz und scharf gegen den Tarif aus. Wir sind nicht gewillt, uns einen Tarif aufzuzwingen zu lassen, der nichts als Verschlechterungen enthält. Die Unternehmer werden uns auf dem Posten finden. Der von den Unternehmern vorgelagerte Tarif wurde dann von der Versammlung einstimmig abgelehnt. Die Einmütigkeit war musterhaft und die Veranlassung besonders impopant.

**Essen a. d. Ruhr.** (Jahresbericht.) Die Dantäufigkeit im Stadt- und Landgebiet war eine mittelmäßige und reichte an die gute Konjunktur des Jahres 1906 nicht heran. Eine Ausnahme bildete Vortrop. Hier war durch die neuen Wohnanlagen, Kolonie- und Kommunalbauten die Arbeitslosigkeit gut. Daß dies im ganzen Gebiet abflauende Konjunktur nicht an der Ueberproduktion von Wohnungen, sondern an dem teuren Gelde liegt, beweisen folgende Zahlen über die Entwicklung des Essener Wohnungsmarktes in den Jahren 1900 bis 1907:

Jahr	Es fanden leer von je 100 vorhandenen		
	Klein- Wohnungen	Mittels- Wohnungen	Groß- Wohnungen
1900	1,27	1,58	1,02
1901	2,83	2,29	1,58
1902	5,12	4,50	1,66
1903	6,01	4,18	1,95
1904	3,47	2,93	1,71
1905	1,86	0,82	0,45
1906	1,60	2,09	1,50
1907	1,92	1,98	1,55

Rät man die vom Deutschen Verein für Gesundheitspflege für den Wohnungsmarkt als Norm festgestellte Verhältniszahl von 3 pht. als richtig gelten, so kam der Essener Wohnungsmarkt in der letzten drei Jahren nicht mehr als normal bezeichnet werden. Die Mitgliederzahl betrug am Schluß des ersten Quartals 1907: 1472 (1906: 1351), zweiten Quartals: 1775 (1618), dritten Quartals: 1825 (1816), vierten Quartals: 1850

(1916); im Jahresdurchschnitt 1608 (1500). Die Zahl der verkauften Beitragsmarken ist von 67740 im Jahre 1906 auf 63091 im Jahre 1907 gefallen; auf jedes Mitglied entfallen 39,23 (1906: 38,40) Wochenbeiträge. Die Einnahme des Zweigvereins betrug (ohne Kassenbestand und Extrabeiträge)  $\text{M} 49 755,80$  (1906:  $\text{M} 42 788,05$ ). Extrabeiträge wurden 13 448 oder pro Mitglied 3,96 geleistet. Die harte Zinnahme der Einkünfte ist auf darauf zurückzuführen, daß die Mitglieder zehn Beiträge  $\text{M} 50$   $\frac{1}{2}$  für den Fonds zur Errichtung eines Gewerkschaftshauses zu zahlen hatten. Der Bestand der Kassafrage betrug am Jahreschluß  $\text{M} 11 294,84$ .

Wie im ganzen Ruhrbezirk, so sind die christlichen Gewerkschaften auch in unserem Zweigvereinsgebiet stark verbreitet. Nachfolgende Tabelle berichtet über die Mitgliederzahl und die verkauften Beitragsmarken vom zweiten und dritten Quartal 1907 sämtlicher Organisationen des Baugewerbes.

Namen der Organisationen	Zahl der Mitglieder im 2. Quartal		Verkaufte Beitragsmarken im 2. Quartal		Zahl der Mitglieder im 3. Quartal		Verkaufte Beitragsmarken im 3. Quartal	
	2. Quartal	3. Quartal	2. Quartal	3. Quartal	2. Quartal	3. Quartal	2. Quartal	3. Quartal
<b>Freiorganisierte</b>								
Bauarbeiter	530	6043	620	6929				
Dachdecker	102	1087	133	1597				
Maurer	1775	19886	1835	23212				
Steinarbeiter	98	1173	89	1123				
Stenhyger	70	873	75	1049				
Stukkateure	339	3346	306	3694				
Zimmerer	377	4514	380	4908				
<b>Summa der freiorganisierten Bauhandwerker</b>	<b>3286</b>	<b>36922</b>	<b>3438</b>	<b>42612</b>				
<b>Christliche Bauhandwerker</b>	<b>2529</b>	<b>26918</b>	<b>2445</b>	<b>29252</b>				

Daraus geht zunächst die zahlenmäßige Ueberlegenheit unserer Organisationen hervor, und weiter, daß bei uns ein Gewinn von 152 Mitgliedern eintrat, während die Christlichen einen Verlust von 84 Mitgliedern hatten. Auf die Mitglieder unserer Organisationen entfallen im zweiten Quartal 11,20 Wochenbeiträge, auf die Christlichen 10,60; im dritten Quartal auf unsere Mitglieder 12,07, auf die Christlichen 11,95. Wir haben uns der Mühe dieser Berechnung unterzogen, um einmal die Legende von der Ueberlegenheit der christlichen Gewerkschaften in Essen zu zerbrechen. Im großen und ganzen ist das Berichtsjahr ziemlich ruhig gewesen. Zu einer Lohnbewegung kam es bei der Sektion der Kruppischen Maurer. Die Kollegen waren besorgt, den im Tarif mit dem Arbeitgeberverband festgelegten Lohn zu erzielen. Bei der „Wohlfahrtsfirma“ herrschte nämlich noch durchweg das Affordblystem. Der Stundenlohn betrug noch immer am 20. März 1907 aufgenommener Statistik 51  $\frac{1}{2}$ . Von der Sektion wurden Abschlüsse der Affordarbeit und Einführung des 55  $\frac{1}{2}$  Stundenlohnes gefordert. Nach langem Verhandeln erzielte man, daß der Stundenlohn auf 52  $\frac{1}{2}$  erhöht wurde. Die Affordarbeit wurde beibehalten. So kommt eine Firma, welche im Vorjahre wieder  $\text{M} 28 000 000$  Reingewinn aus den Knochen der Arbeiter herauswirtschaftete, ihren Lohnfahnen entgegen. Mögen die Kruppischen Kollegen bald zu der Ueberzeugung kommen, daß sie sich samt und ionbers unsrer Verbände anschließen müssen, wenn sie ihren Willen durchsetzen wollen. Die Organisationsverhältnisse der Maurer auf dem Kruppischen Werk sind am 20. März und 28. Juni 1907 festgestellt worden; des allgemeinen Interesses halber geben wir das Ergebnis hier wieder.

Aufgenommen	Freiorganisierte		Christlich Organisierte		Unorganisierte		Gesamtsatz	
	20. März	28. Juni	20. März	28. Juni	20. März	28. Juni	20. März	28. Juni
Im Vorfach beschäftigte Maurer	155	197	55	50	95	77	305	324
In den Feuerbetrieben beschäftigte Maurer	60	65	71	64	80	75	211	204
<b>Summa der Maurer</b>	<b>215</b>	<b>262</b>	<b>126</b>	<b>114</b>	<b>175</b>	<b>152</b>	<b>516</b>	<b>528</b>

Beilich möchten wir darüber wachen, daß seitens der Unternehmer der vereinbarte Arbeitsvertrag innegehalten wurde. Wenn er sich für die Zukunft bewähren soll, dann muß aber von den einzelnen Unternehmern mehr als bisher auf eine reelle Innehaltung des Vertrages gesehen werden. Alle diesbezüglichen Sünden der Unternehmer hier anzuführen ist nicht möglich. In den in unserem Gebiet antretenden „Schlichtungskommissionen“ haben wir jedes Vertrauen verloren. Sie kommen sich nicht einmal dazu aufzuklären, in einigen Fällen, wo bei Mitgliedern des Arbeitgeberbundes ausländische Maurer 11 Stunden arbeiten, den vertraglich festgelegten Arbeitstag einzuführen. Man gab uns anheim, selbst dafür zu sorgen, daß von diesen Kollegen die richtige Arbeitszeit innegehalten würde. Ist denn der Vertrag nur dazu da, daß er unversiebt innegehalten wird? Es fehlt nur noch, daß das neue Vereinsgesetz eingeführt wird, nach dem die Ausländer in den Veranlassungen sich in ihrer Mutterprache nicht unterhalten dürfen, und das Unternehmerverbot nicht fertig. Mit aller Dantäufigkeit geht hieraus aber hervor, daß wir nur durch die Vorteile des Vertrages genießen können, wenn wir unsere Organisation stärken. Streitigkeiten, die aus dem Arbeitsverhältnis entstehen, werden von dem Gewerksgericht ausgetragen. Die Essener und Vortroper Gewerksgerichte urteilen in den meisten Fällen nach dem abgeschlossenen Vertrag, während dieses bei dem Altesener und Stoppenerberger nicht der Fall ist. Die vielen Baunfälle beweisen, daß die Unfallversicherungsbedingungen sowie auch die bestehende Baupolizeibehörde nicht innegehalten werden. Es liegt einmal an der heftigen Produktionsweise, immer billiger zu produzieren, und da spart man sehr häufig, indem man die Bauarbeiterqualifikationen in der leichtfertigen Weise unbedacht läßt. In aufmerksamkeit werter Weise beruht es die Bauarbeiterqualifikationen, diesem Uebel zu Leibe zu gehen, indem sie periodisch Vautenkontrollen vornimmt. Die hierbei festgestellten Mängel werden der Baupolizeibehörde zur Erleuchtung übermittelt. Auf diese Weise ist es natürlich unmöglich, die Mängel zu beseitigen. Da sich die Stadtverwaltung aufzuklären wird, Kontrollen aus Arbeiterkreisen anzustellen, die durch fortwährende Kontrollen für Innehaltung der Bauarbeiterqualifikationen sorgen? Wir glauben es nicht. Gut Ding will Weile haben! Die Kollegen müssen sich also

selbst helfen, indem sie bei Mifständen auf den Bauten entgegen-treten, und hierbei wird ihnen die Organisation behilflich sein. Die beste Selbsthilfe ist aber immer, selbst jedes Geschäft usw. solide zu bauen. Zur Information hat die Bauarbeiter-schaftskommission eine neue Broschüre herausgegeben, die Auszüge aus der neuen Baupolizeiverordnung, außerdem die ab-gewänderten Unfallverhütungsvorschriften der rheinisch-westfälischen Baugewerkschaften sowie andere für uns wichtige Bestimmungen enthält. Diese Broschüre ist zum Selbstkosten-preise von 5 A in unserem Bureau zu erhalten. Werte Kollegen! Wie Ihr aus diesem kurzen Bericht sehen könnt, ist die Situation ernst. Dem Unternehmertum ist in Anbetracht der Krise der Kamm mächtig geschwollen. Den unseren Vorständen unter-breiteten Entwurf zu einem neuen Vertrage will man zur Anerkennung bringen. Die Unternehmer bereiten sich zum Kampfe vor, indem sie durch Hinandriehben der Bauqualität die Krise künstlich verschärfen, um uns wider zu machen. Sorgt daher dafür, daß die Unternehmer bei dem bevorstehenden Kampfe einen Gegner finden, der ihnen gewachsen ist. Stärkt unsere Organisation, dann geht es vorwärts trotz alledem!

**Stühne.** Hier fand am Montag, den 13. Januar, eine Mitgliederversammlung statt, die gut besucht war, und in der Kollege Wiß, Schulz aus Posen anwesend war. Kollege Schulz revidierte die Kasse und fand sie in Ordnung. Er bedauerte nur, daß es überhaupt noch Kollegen gibt, die die Extramarken nicht bezahlen wollen, und daß einige Kollegen bis jetzt noch nicht eine einzige Marke bezahlt haben. Dem Kassierer, Kollegen Wyrwa, wurde für seine so lange, trotz vorgehenden Alters, geleistete Thätigkeit als Kassierer die höchste Achtung ausgesprochen. Es ist der erste Kassierer, der kein Amt zu betwaltet hat, daß es der Zweig-verein aus einem guten Lokalfonds gebracht hat. Bei der Neuwahl des Vorstandes wurden gewählt Robert Turek als Vorsitzender und Wyrwa als Kassierer. Bei der Wahl eines Delegierten zur Gautonferenz fiel das Mandat auf den Kollegen Wagemann-Kreuz. Nach einem kräftigen Schlußwort des Kollegen Schulz, in dem er die Kollegen aufforderte, im Jahre 1908 tapferer auf dem Posten zu sein als im vergangenen Jahre, wurde die Versammlung geschlossen.

**Frankenhäufen.** Sonntag, den 12. Januar, fand unsere regelmäßige Mitgliederversammlung statt, die aus-nahmsweise einmal zufriedentellend besucht war. Nach Verlesung der Rechnung vom vierten Quartal bemerkte der Revisor, Kollege Peter, daß die Abrechnung geprüft und für richtig befunden worden sei. Zum Jahreschlusse hatten wir einen Lokalfondsbestand von A 393,13; hiervon waren A 800 auf der hiesigen Sparkasse angelegt. Am Schlusse des Quartals betrug unsere Mitgliederzahl 107, hiervon waren zwei Ehrenmitglieder. Hierzu bemerkte unser Kassierer, daß noch einige Mitglieder mit ihren Extrabeträgen im Rückstande wären. Nach kurzer Debatte wurde beschlossen, daß alle Mitglieder, die die Extrabeträge bis 1. März nicht bezahlt haben, getrichen werden. Ein Antrag, die Entschädigung für den Vorsitzenden und Kassierer um je A 5 jährlich zu erhöhen, wurde angenom-men. Ein weiterer Antrag, die vierteljährliche Entschädigung des Sechshäuser Pilskassierers von A 6 auf A 10 zu erhöhen, wurde ebenfalls angenommen.

**Härfenwalde.** Am 19. Januar hielt der hiesige Zweigverein seine regelmäßige Mitgliederversammlung ab. Der Vorsitzende wünschte der Versammlung ein frohes neues Jahr und hielt eine Ansprache. Dann folgte die Abrechnung vom vierten Quartal und die Jahresabrech-nung, die vom Vorsitzenden und den drei Revisoren geprüft und für richtig befunden wurde. Der Kassierer wurde ent-lasst. Dann folgte die Neuwahl des Gesamtvorstandes, die zur Befriedigung der Versammlung verlief. Drei Kollegen wurden bejubelt, Kubararbeiten in Afford über-nommen zu haben, während in unserem Zweigverein laut Versammlungsbeschlusse Affordarbeit verboten ist. Diese drei Kollegen sollen vom Vorstand schriftlich zu einer Sitzung geladen werden.

**Gummern.** In der am 18. Januar abgehaltenen Mitgliederversammlung gab zunächst der Kassierer den Quartals- und Jahresbericht. Beides wurde für gut be-funden; dem Kassierer wurde Entlastung erteilt. Als-dann wurde der bisherige Vorstand wiedergewählt, mit Ausnahme des Kollegen Weisner, der eine Wiederwahl ab-lehnte; an seine Stelle tritt der Kollege P. Blume. Dann wurde von der Versammlung beschlossen, aus den Zinsen des Vermögens der Lokalkasse eine Bibliothek einzurichten.

**Gottesberg.** Zum 23. Januar war hier eine Mit-gliederversammlung auf vielseitigen Wunsch der Kollegen einberufen worden, die jedoch so schlecht besucht war, daß dies unbedingt in der Öffentlichkeit gerügt werden muß. Einschließlich des Referenten, Kollegen Müller, hatten sich doch nach langem Warten neun Kollegen eingefunden. Wir sahen uns nun bedrückt, da die Besucherzahl nicht größer anwuchs, die Versammlung ausfallen zu lassen. Daß hier eine Gleichgültigkeit herrscht, die jeder Beschädigung spottet, beweist dieser und auch der Versammlungsbefuch im ver-flossenen Jahre. Die Maurer von Gottesberg und Um-gegend sind doch gewiß nicht so rosig geteilt, daß sie es nicht mehr nötig hätten, an Versammlungen teilzunehmen, in denen die Verbesserung ihrer Existenz angestrebt wird.

**Gagen i. W.** Der hiesige Zweigverein hielt Son-natag, den 19. Januar, seine Jahres-Generalversammlung ab, die sich eines guten Besuchs zu erfreuen hatte. Kollege Deege gab den Jahresbericht. Im verlossenen Jahre tagten 116 Mitgliederversammlungen, eine öffentliche Versamm-lung und vier Konferenzen. In Gagen wurden 22 Ver-sammlungen abgehalten, die übrigen in den Bahnhöfen. Vorträge wurden 38 gehalten und 57 Vorstandssitzungen haben stattgefunden. In einer Reihe von Fällen war der Angefallte für den Gauvorkand tätig. Infolge der lebhaften Bauqualität und der großen Zahl der unorganisierten Kollegen machte es sich notwendig, daß ein zweiter Kollege für ein halbes Jahr eingesetzt wurde. Die Agitation mußte unter den schwierigen Verhältnissen geführt werden. Neben den deutschen Kollegen arbeiten Italiener, Dester-reicher und Böhmen, die sehr schwer zu organisieren sind. Trotzdem sind gute Erfolge zu verzeichnen. Der Versamm-lungsbefuch muß besser werden, hauptsächlich in den Bah-

stellen muß reger für den Besuch agitiert werden. Die Schlichtungskommission hielt zwei Sitzungen ab, in denen die Erörterung der zehnjährigen Arbeitszeit besprochen wurde. Da eine Einigung nicht erfolgte, wurde die An-geliegenheit an das Einigungsamt in Essen verwiesen. Das Einigungsamt beschloß, daß die zehnjährige Arbeitszeit einzuhalten sei. Es muß festgestellt werden, daß der Arbeit-geberverband nicht das geringste zur Durchführung der zeh-njährigen Arbeitszeit getan hat. Die Organisation mußte deshalb über neue Unternehmer und 14 Arbeitsstellen die Sperre verhängen, weil sich die Unternehmer weigerten, zehn Stunden arbeiten zu lassen. Sogar bei dem früheren Vorsitzenden des Arbeitgeberverbandes, Post, mußten fünf Baustellen gesperrt werden. Der Erfolg war ein negati-ber, da genügend Streikbrecher vorhanden waren. Die Mitgliederzahl betrug im ersten Quartal 1907 710, im zweiten 1045, im dritten 800 und im vierten Quartal 493. Das ist eine Durchschnittszahl von 762. Die Situation der Mitglieder ist sehr groß. Es muß ernsthaft gerügt werden, daß von 1003 Kollegen, die abtreten, ein Drittel sich nicht abgemeldet hat. Neu aufgenommen wurden 510 Kollegen. Die Einnahme und Ausgabe für die Hauptkasse betrug A 13 113,85. Die Lokalkasse hatte eine Einnahme von A 9330,43 und eine Ausgabe von A 8955,53; Gleich-stand A 374,90. Extramarken wurden 5351 Stück = A 2675,50 verkauft. Die Einnahmen wurden bedeutend höher sein, wenn alle Kollegen, die nach hier kommen und einige Kollegen hier arbeiten, während dieser Zeit ihre Bei-träge hier zahlen würden; dies geschieht aber leider nicht immer. Nachschuß wurde in zehn Fällen erteilt. Neun Fälle sind erledigt, davon sieben Fälle zu Gunsten der Kol-legen; eine Klage schwebt noch. Der Bauarbeiterbund liegt sehr im argen. Immer noch gibt es eine Anzahl von Unter-nehmern, die sich über die gesetzlichen Bestimmungen zum Schutze der beschäftigten Arbeiter auf Bauten hinwegsetzen. Neben den gesetzlichen Bestimmungen hat die Bauarbeiter-berufung verschärfte Bestimmungen, betreffend die Arbeiter-fürsorge auf Bauten, seit dem 1. November 1907 erlassen. Auch diese Bestimmungen stehen für die Unternehmer nur auf dem Papier, in Wirklichkeit werden sie nicht beachtet. Auf Grund der fortgesetzten Anzeigen über Mißstände hat sich die Polizeibehörde veranlaßt gesehen, die Unfallver-hütungsvorschriften sowie einen Auszug aus der Bau-polizeiverordnung für die Stadt Gagen i. W. und die Polizeiverordnung betreffend Arbeiterfürsorge auf Bauten, in Broschüren herauszugeben und der Organisation 1000 Stück kostenlos zu übermitteln, mit dem Wunsch, sie unter die Maurer zu verbreiten und die Bestimmungen des öfteren in den Versammlungen zu behandeln. (Dies wird stets getan.) Allen Angelegen nach wird die Konjunktur auf zu werden. Deshalb ist es notwendig, daß wir unsere Organi-sation kräftiger gestalten, indem wir nur immer neue Mit-glieder zuführen. Die Wochenbeiträge und Lokalmarken müssen pünktlicher bezahlt werden. Schleunigst bezahlt werden müssen auch die noch fehlenden Extrabeträge. Ferner wurde bekannt gegeben, daß im Monat Februar Diskussionsabend abgehalten werden, woran die Kollegen sich recht zahlreich beteiligen sollen. Die Vorstandswahl ergab, daß Kollege Deege als erster Vorsitzender und Ge-samtsführer und Kollege Freyberg als Kassierer gewählt wurden. Den stellvertretenden Kassierer wurde Weuermann. Der Vorsitzende erwiderte dringend, den Arbeitsnachweis Leher zu pflegen und sofort auf dem Bureau zu melden, wo Leute untergebracht werden können. Mit dem Wunsche, daß die Kollegen unermüdet für die Organisation wirken, denn nur Einigkeit, Disziplin, Mut, Entschlossenheit und Ausdauer führten uns vorwärts, wurde die Versammlung geschlossen.

**Samm i. W.** Am 19. Januar hielt der hiesige Zweig-verein seine Generalversammlung ab, an der 28 Kollegen teilnahmen. Das frühe Hinziehen des treuen Kollegen Vogel wurde durch Erheben von den Plätzen gelehrt. Der Kassierer verlas die Abrechnung vom vierten Quartal 1907 und die Jahresabrechnung, die von den Revisoren geprüft und für richtig befunden wurde. Hierzu wurde dem Kassierer Dedache erteilt. Die Einnahme für die Lokalkasse betrug mit Kassenbestand vom vorigen Jahre A 325,50, Ausgabe A 1818,40, Kassenbestand A 760,98. Bei der Sparkasse hinterlegt A 514,53. Bei der Neuwahl des Vorstandes wurde der bisherige Vorstand einstimmig wieder-gewählt. Erster Vorsitzender Kollege Gustav Buchholz, als erster Kassierer Kollege Wilhelm Wiese. Die Bauqualität in der Stadt ließ im verlossenen Jahre zu wünschen übrig. Dagegen war auf den Felsen eine rege Baulust. Auf Beche Maximilian wurden 20 Koloniehäuser, 3 Be-antmen- und 2 Maschinenhäuser gebaut, und dabei sind noch viele im Angriff. Jede „Haborb“ erbaute 200 Koloniehäuser, 8 Maschinenhäuser und 13 Beamtenhäuser. Jede „Denndel“ baute 70 Koloniehäuser und 2 Schulen. Der Vorsitzende rügte stark, daß von 180 Kollegen, die noch am Orte sind, nur 28 die Versammlung besucht hatten. Weiter wurde angeführt, daß der zweite Kassierer jeden Sonntag von 11 bis 1 Uhr mittags bei „Kassid“, Ritterstr. 7, die Beiträge in Empfang nimmt. Unser Versammlungstotal befindet sich Kassenstrasse 84. Ein kranker Kollege wurde mit A 20 bedacht; hierauf wurde die Versammlung ge-schlossen.

**Keupien.** Sonntag, den 19. Januar, tagte unsere Generalversammlung, die nicht dem Wunsche entsprechend besucht war; es waren von den jetzt noch am Plage befindlichen circa 100 Kollegen nur 38 anwesend. Meistens sind es aber gerade die besten Kollegen, die das ganze Jahr hindurch draußschimpfen und denen es keine Verwallung recht machen kann. Und dabei hat uns doch die letzte Zeit gelehrt, wie notwendig es ist, sich fest und treu zu-mannenzuschließen. In wenigen Wochen finden die Wahlen zur Ortskrankenkasse statt. Wenn wir gesunde Zustände schaffen, so muß der letzte Mann seine bestmögliche Pflicht erfüllen, gilt es doch, gerade bei dieser Wahl unsere Liste durchzubringen. Der Vorsitzende gab einen Jahres-bericht bekannt, und der Kassierer verlas den Kassenbericht, Beide Berichte wurden mit Befriedigung entgegen-genommen. Bei der Wahlhandlung wurde der erste Vor-sitzende Feis wiedergewählt. Wegen Ueberlastung mit Partei- und gewerkschaftlichen Arbeiten mußte unser alt-behörter Kassierer seinen Posten niederlegen; an seine Stelle wurde Joh. Scholt gewählt. Es wurde auch für die

italienischen Kollegen ein Veritaensmann (Basoli) auf-gestellt und ebenfalls ein Soldat für die Innehabt. Zum Schluß schiederte Kollege Stadler aus München die Lage im Baugewerbe; er meinte, daß es in diesem Jahre zu heilen Kämpfen kommen werde, und daher müßten alle Mann überall auf dem Posten sein, sonst würden unsere Köhne wieder bedeutend heruntergebrückt. Es solle auch jeder Kollege den „Grundstein“ fleißig und gründlich studieren, um immer informiert zu sein.

**Riffingen.** Montag, den 13. Januar, fand die General-versammlung des hiesigen Zweigvereins statt, zu der auch Kollege Engelhardt aus Würzburg erschienen war. Der Kassierer verlas die Quartals- und Jahresabrechnung. Die Einnahme vom vierten Quartal betrug für die Hauptkasse A 638,43. Die Jahreseinnahme für die Lokalkasse betrug A 604,97, die Ausgabe A 206,11. Kassenbestand A 358,56. Hierzu wurde die Neuwahl vorgenommen. Gewählt wurden als erster Vorsitzender Philipp Riesel, als Kassierer Stephan Riesel. Dann hielt Kollege Engelhardt aus Wür-zburg einen Vortrag über das Ausprägungsjahr 1908. Ferner rügte er den gegenseitigen Saß zwischen den Kollegen von Riffingen und Kimpur. Bekanntlich veröffentlichte der Zweigverein Riffingen in Nr. 49 des „Grundstein“ 1907 einen Artikel über die Affordarbeit in Riffingen von seiten der Kollegen aus Kimpur. Hierzu nahm der Zweigverein Kimpur in einer Versammlung Stellung; die Kollegen meinten, wenn Differenzen zwischen den beiden Zweig-vereinen beständen, so sollte mündlich darüber verhandelt werden. Hierzu müssen wir den Kollegen aus Kimpur ant-worten, daß in diesem Falle mündliche Unterhaltung nichts nützt; denn wenn ein Vertrag mit einem Unternehmer ab-geschlossen worden ist, dann ist es zu spät. Auch waren nicht alle Kollegen von Kimpur gemeint. Jedenfalls dürfte den dortigen Kollegen auch nicht alles über die Angelegen-heit bekannt sein. Wenn die Kollegen von Kimpur ferner der Meinung sind, überall arbeiten zu dürfen, so ist das ganz recht, nur sollen die Kollegen in Stundenlohn und nicht in Afford arbeiten. Denn, wie jeden Kollegen be-kannt ist, strebt der ganze Zentralverband danach, die Affordarbeit zu unterbinden. In unserem Zweigverein gibt es auch viele Kollegen, die das ganze Jahr drauhen arbeiten müssen und die nur in Stundenlohn arbeiten. Hierzu wurde nun folgender Beschluß gefaßt: Bei der nächsten Gelegenheit soll eine öffentliche Versammlung in Riffingen stattfinden, wozu die Kollegen von Kimpur, die in Riffingen arbeiten, eingeladen werden sollen, um einen Beschluß zu fassen, wodurch die Affordarbeit vollständig be-zogen wird.

**Konitz.** In dem Bericht in voriger Nummer befindet sich ein Fehler, indem gesagt wird, wir wollten die Rechnungs-gewinne für das verlossene Jahr beknäueln. Die Abrechnung gilt vielmehr nur für das vierte Quar-tal; der in der Abrechnung erwähnte Kassenbestand ist nicht der vom vorigen Jahre, sondern vom dritten Quar-tal.

**Kronach.** Hier tagte am 16. Januar eine General-versammlung. Bei Beginn der Versammlung wurde das Andenken des verstorbenen Kollegen Konrad Kolb durch eine Ansprache des ersten Vorsitzenden und Er-hebung von den Plätzen gelehrt. Zur Bezirkskonferenz nach Weyreuth am 23. Februar wurde Kollege Bauern-sachs einstimmig gewählt. Die Berichte der Kassen-berverwaltung und der Vorstandsfahrt, sowie der Revisoren wurden zur Kenntnis gebracht. Beschlossen wurde, daß die Kollegen, die in Nürnberg arbeiten, denselben Bei-trag zu leisten haben, wie die Nürnberg'er Kollegen auch. Diese Beitragsmarken sind vom Zweigverein Kronach zu agitation, mit Rücksicht auf die kolossalen Ausgaben für Agitation, die unser Zweigverein zu leisten hat. Bei der Wahl der Verwallung wurden gewählt: erster Vor-sitzender Georg Bauernsachs von Breitenloß b. Kronach, Kassierer Josef Weisbacher von Kronach, Friedhofstraße 167, 8. Beschlossen wurde, daß Monatsverwallungen jeden zweiten Sonntag des Monats in dem oben er-wähnten Lokale abgehalten werden.

**Leipzig.** Am 16. Januar beschäftigten sich die Kol-legen in einer im Volkshaus abgehaltenen öffentlichen Versammlung mit der Wahl von Delegierten zu der am 16. Februar in Leipzig stattfindenden Gautonferenz. Ge-wählt wurden die Kollegen, Wusch, Bauersfeld, Risting, Saksentorn und Eselung. Der Bericht vom Gewerkschafts-riatel erstattete Kollege Weisbach. In Vertretern im Par-ziel wurden die Kollegen Weisbach, Wusch, Bauersfeld und Saksentorn bestimmt. Unter „Veranstaltungsmöglichkeiten“ be-richtete Wusch über die dem Agitationskomitee in der letzten Versammlung zur Untersuchung überwiesenen Angelegen-heiten. Er beantragte, die Angelegenheit-Rinold, sowie Schlegel gegen Bauersfeld als erledigt zu betrachten, hin-gegen den Kollegen Schlegel wegen seines Bedachtens bei der Bautenkontrolle aus dem Verband auszuschließen. Die Versammlung beschloß demgemäß. Eine Meldung über Ueberstundenarbeit in der Brauerei Naumann-Plagwitz wurde dem Agitationskomitee überwiesen.

**Meißen.** (Jahresbericht.) Sonntag, den 19. Januar, hielt der hiesige Zweigverein seine General-versammlung ab. Der Vorstandsbefuch erwünscht fol-gendes: Unter dem Einfluß einer regen Bauqualität hat unser Zweigverein recht erfreuliche Fortschritte gemacht. Die Agitation, zu der ein Kollege einige Monate außer Arbeit war, da sie sich hauptsächlich auf die Bahnhöfen erstreckte, zeitigte das Resultat, daß die Mitgliederzahl im dritten Quartal auf 469 stieg. Das sind circa 100 mehr als im selben Quartal des Vorjahres. Der Ge-samtmarkenverkauf betrug in diesem Jahre: Eintritts-markten 279, Beitragsmarkten 11 097, Extramarken 2092. Im Jahre 1906 wurden an Eintrittsmarken 190, und an Beitragsmarkten 7278 verkauft. Besonders gut entwickelte sich die Bahnhöfenliste. Die Mitgliederzahl, die sonst nicht über 80 betragen hatte, stieg auf 102. Aber auch in den Bahnhöfen des Wolmetals entwickelte sich be-sonders im zweiten Quartal die Organisation so gut, daß wir in den Orten, die bisher nicht zum Beitragsgebiet gehörten, in eine Lohnbewegung eintreten konnten. Es gelang auch fast ohne Arbeitsüberlegung (nur ein Tag wurde bei einer Firma getreilt) in den Orten Halber, Schalkmühle, Brüggel, Kietzpe und Meinersbach, den

Rohn um 2 bis 4 pro Stunde zu erhöhen und die Arbeitszeit von 11 auf 10 1/2 resp. 10 Stunden zu verkürzen. In Wittenbeide sah sich die Behörde endlich auf fortwährenden Drängen unserer Organisation gezwungen, Vorschriften zum Schutze der Bauarbeiter zu erlassen. Wenn die Bestimmungen auch manches enthalten, womit wir nicht einverstanden sein können, so bedeuten sie immerhin gegenüber dem jetzigen Zustand einen gewissen Fortschritt. Unsere Kollegen müssen nun Sorge tragen, daß die Bestimmungen nicht lediglich auf dem Papier stehen. Bei der Vertreterwahl zur Ortskrankenkasse der Bauhandwerker ist unsere Liste nochmals dem Mißgeschick unterlegen, dank der Raubheit unserer eigenen Kollegen. Besonders war es das letzte Mal. Bei der Gewerbevereinswahl errang die Liste der freien Gewerkschaften dagegen einen glänzenden Sieg. Wir erhielten 5, die vereinigten Gegner nur 2 Stimm. Drei von unseren Kollegen wurden gewählt. In zehn Fällen wurden Kollegen vor dem Gewerbegericht vertreten und ihnen M. 182,58 gerettet. Die Geschäfte des Zweigvereins wurden erledigt in 3 Zweigvereinsversammlungen und 16 Vorstandssitzungen. Der Besuch war in Wittenbeide mäßig in den übrigen Bezirken durchweg befriedigend. In der Zahlstelle Palzer können Versammlungen nicht abgehalten werden, weil uns dort kein Lokal zur Verfügung steht. Nach dem Jahresabschlußbericht hatte die Lokalfasse inklusive Kassenbestand eine Einnahme von M. 2031,86 und eine Ausgabe von M. 1910,16, Bestand M. 1021,70. Die Einnahme für die Hauptkasse betrug inklusive Extrabeiträge M. 6544,15, die Ausgabe M. 6534,15, Bestand M. 10. In Unterlieferungen wurden gezahlt aus der Lokalfasse an 14 Kranke M. 344,10, Sterbeunterstützung an 3 Mitglieder M. 137,50, Reiseunterstützung an Streckende und im Winter an 44 Mitglieder M. 48, Nachschuß an 10 Mitglieder M. 48,35, Gemahregelunterstützung an 2 Mitglieder M. 41,60, für Streiks M. 192,40.

**Schwanau.** Am 18. Januar tagte unsere diesjährige Generalversammlung. Leider war aber der Besuch sehr schwach; von 33 Mitgliedern waren acht erschienen. Der Vorsitzende verlas zuerst die Abrechnung vom vierten Quartal 1907. Bei der Wahl eines Delegierten zur Gaukonferenz wurde unser Vorsitzender Kollege Arthur Schaefer einstimmig gewählt. Hierauf gab der Vorsitzende bekannt, daß im alten Jahre 12 Mitgliederversammlungen einberufen wurden, wovon aber vier nicht abgehalten werden konnten, weil niemand erschienen war; in den anderen acht waren bedauerlicherweise immer nur ein und dieselben Kollegen, sage und schreibe ganze fünf oder sechs Mann erschienen. Der Vorsitzende ermahnte die Kollegen, die Träumenden aufzurütteln und darauf zu halten, daß die Versammlungen besser besucht würden. Als dann noch einige Angelegenheiten besprochen und erledigt waren, wurde die Versammlung mit einem dreifachen Hoch auf den Zentralverband der Maurer Deutschlands geschlossen. Der Vorsitzende ermahnte die Kollegen, die Träumenden aufzurütteln und darauf zu halten, daß die Versammlungen besser besucht würden. Als dann noch einige Angelegenheiten besprochen und erledigt waren, wurde die Versammlung mit einem dreifachen Hoch auf den Zentralverband der Maurer Deutschlands geschlossen.

**Bosen.** Am 19. Januar tagte hier eine Generalversammlung des Zweigvereins. Vor Eintritt in die Tagesordnung erwie die Versammlung das Andenken der verstorbenen Mitglieder Otto Bansen und Jakob Kuzma in bildlicher Weise durch Erheben von den Plätzen. Kollege Schulz erstattete den Jahresbericht des Vorstandes, den wir folgendes entnehmen. Das Jahr 1907 war für den Zweigverein ein Jahr der Ruhe. Die Lohnfrage trat in den Hintergrund, indem der Tarifvertrag ein weiteres Jahr dauerte und durch ihn vom 1. April ab eine Lohnserhöhung von 2 % eintrat. Der Vorstand sowohl wie die Kollegen konnten sich deshalb der Agitation zuwenden, und es ist doppelt erfreulich, konstatieren zu können, daß trotz schlechter Arbeitslosigkeit sich in den Vorjahren die Zahl der Mitglieder von 1012 am Schlusse des Jahres 1906 auf 1121 am Schlusse des Jahres 1907 steig; die Zunahme beträgt 109. Das Ende des Jahres brachte aber Sturmrisiko für das neue Jahr. Da die Kollegen nicht der Ansicht waren, den bestehenden Tarifvertrag zu kündigen, wurde er von den Unternehmern unter Verhängung eines Tarifentwurfs; Normaltarif genannt, am 1. Dezember gefestigt. Wenn bisher noch nicht genügend zu diesem Entwurf Stellung genommen worden ist, so liegt dieses daran, daß der Entwurf tief einschneidende Bestimmungen enthält, die über Nacht nicht beraten werden konnten. Der Zweigverein erledigte seine Aufgaben in 22 Mitglieder- und 6 öffentlichen Versammlungen. Der Vorstand hielt 21 Sitzungen ab, Revisionen der Kasse fanden 14 statt. Die Beitragszahlung ist gegen die Vorjahre besser geworden, doch würde eine noch größere Pünktlichkeit keinen Schaden bedeuten. Die Hauptkasse hatte folgende Einnahmen erzielt: An Eintrittsgeldern M. 223,50, wöchentlichen Beiträgen M. 2139,25, Extrabeiträgen M. 5003,20, Zuschuß zum Streik in Schwere M. 800, Streibeiträgen in Arbeit stehender M. 176, privaten Zuwendungen M. 10, Erbschaften M. 4,75, Summa M. 27596,70. Ausgaben: Für abgegebene Gelder an die Hauptkasse M. 18626,20, Reiseunterstützung im Winter M. 2,25, Reiseunterstützung an Streckende M. 65,50, Streikunterstützung in Schwere M. 1202,15, Nachschuß und Inhabitiertenunterstützung M. 732,25, Krankenunterstützung M. 1337,95, Sterbeunterstützung M. 427,50, Verweisung an die Lokalfasse M. 5110,65, Summa M. 27596,70. Die Lokalfasse hatte folgende Einnahmen: An Kassenbestand vom Jahre 1906 M. 1566,92, Anteil an den Beiträgen zc. M. 5110,65, dritten Zuschlagsbeiträgen M. 1149,60, Lohnentschädigung vom Gau Berlin zurück M. 194, Kalendern und Protokollen M. 88,60, Futteralen für Mitgliederbücher M. 22,80, zurückgezahlten Darlehen M. 49, Ueberüberschub von Berganlagungen M. 85, sonstigen Einnahmen M. 69,50, Summa M. 8276,07. Ausgaben: für 150 Verbandskalender M. 75, Verbandsstagsprotokolle M. 31, Futterale der Mitgliederbücher M. 20, Beiträge an der Gauvorstand M. 220, Beiträge an das Gewerkschaftskartell M. 550, den Wohlfonds M. 50, Miteinzuschuß (Streik in Schwere) M. 22,50, Gemahregelunterstützung M. 10,95, Unterlieferungen in Notfällen M. 78,46, Bischofset M. 87,10,

Agitation im Zweigverein M. 23,90, statische Maßnahmen M. 10, Ehrung verdienstvoller Mitglieder M. 20, Gehalt des Vorsitzenden M. 1294, Entschädigung des Kassierers M. 130, Zuschüsse M. 296,40, Sitzungsentwädigungen M. 49, Revisionen M. 24,25, sonstige persönliche Verwaltungskosten M. 75,73, Eingehen der Beiträge (Kopiergelder) M. 1642,59, Porto und Beteiligte M. 116,02, Schreibmaterial M. 18,45, Druckkosten M. 214,50, Saal- und Bureaukosten M. 49,50, sonstige fadliche Verwaltungskosten M. 19, Summa M. 5133,75. Einnahme M. 8276,07, Ausgabe M. 5133,75, Kassenbestand M. 8142,32. Die Disposition über den Kassenbestand und Kassenbericht sowie die Berichterstattung der Kartelldelegierten wurden verlas; diese Punkte sollen auf die Tagesordnung der nächsten Versammlung gesetzt werden. In den Vorstand wurden gewählt: B. Schulz, Vorsitzender, Bal. Tulliska, Kassierer.

**Reichenbach i. V.** Sonnabend, den 18. Januar, fand hier eine öffentliche, auf besuche Versammlung der Maurer statt. Der Gauleiter, Kollege Jakob aus Leipzig, referierte über: „Die wirtschaftliche Lage der Arbeiter“. Der anderthalbstündige Vortrag stellte die Anwesenenden allgemein zufrieden. Der Referent legte jedem ans Herz, nicht bloß seine Steuern an die Gewerkschaft zu zahlen, sondern sich auch mehr als bisher um die inneren Angelegenheiten der Gewerkschaft zu kümmern. Zum Schluß forderte er die Anwesenden auf, unverzüglich Leser der Arbeiterpresse zu werden. Als Delegierter für die Gaukonferenz wurde ebenfalls Kollege Ludwig einstimmig gewählt. Unter „Gewerkschaftliches“ entspann sich eine lebhaft Debatte. Allgemein wurde die Unterwerfung des früheren Kassierers Kraetz einer scharfen Kritik unterzogen. Es wurde ein Vorschlag von M. 895 festgestellt. Der Vorschlag teilte hierzu mit, daß der Fall bei der Staatsanwaltschaft zur Anzeige gebracht worden sei und der ungetreue Kassierer seiner Strafe entgegenstehe. Mit einem Appell an die Versammlung, die Worte des Referenten zu beherzigen und auch Mitglieder des Bauvereins zu werden, wurde die imposante Versammlung geschlossen.

**Riesa i. S.** Am 19. Januar tagte hier eine Generalversammlung. Es wurde die Abrechnung vom vierten Quartal und der Jahresbericht von dem Kollegen Kothke vorgelesen. Darauf wurde dem Kollegen Kothke auf Antrag Decharge erteilt. Die Einnahme für die Hauptkasse betrug für 1907 M. 6865,60, die Ausgabe M. 6865,60. Die Einnahme für die Lokalfasse betrug M. 3185,76, die Ausgabe M. 2102,11, Kassenbestand M. 1063,35; davon sind auf der Sparkasse in Riesa M. 1017,48. Als Vertrauensmann wurde Kollege Kothke wiedergewählt. Es wurde dann von bescheidenden Kollegen bemängelt, daß die Versammlungen immer seltener besucht werden. Bedauerlich sei, daß sich die jüngeren Kollegen von allen Meetings, besonders vom „Grundstein“ abträgen und von der Agitation drücken. Es wurde auch auf die Arbeiterpresse aufmerksam gemacht, da noch so viele Kollegen die bürgerliche Presse unterstützen.

**Schwerin a. d. W.** In der am Montag, den 19. Januar, abgehaltenen Mitgliederversammlung des hiesigen Zweigvereins, die leider nur mäßig besucht war, wurde zunächst die Abrechnung vom vierten Quartal vorgelesen und hierauf der Kassierer Decharge erteilt, nachdem die Richtigkeit der Abrechnung konstatiert worden war. Zum ersten Vorsitzenden wurde Oskar Eilers und zum Kassierer Gustav Siebe gewählt. Die Wahl eines Delegierten zum Gau auf nach Berlin wurde verlas. Unter „Verständenes“ wurde noch unsere Lohnfrage erörtert. Da unser Vertrag am 31. März abläuft und alle Lebensmittel im Preise gesiegen sind, so fühlten wir uns veranlaßt, eine Lohnforderung an die Unternehmer zu stellen. Es wurde beschlossen, mit dem christlichen Verband Hand in Hand zu arbeiten, um die Lohnforderung durchzusetzen. Zum Schluß ermahnte der Vorsitzende die Kollegen, recht kräftig für die Agitation des Verbandes einzutreten. Darauf wurde die Versammlung mit einem dreifachen Hoch auf den Zentralverband der Maurer Deutschlands geschlossen.

**Schwerin i. Meckl.** Am 15. Januar tagte unsere regelmäßige Mitgliederversammlung. Zuerst erstattete der Vorsitzende den Jahresbericht. Das Jahr 1907 war für unseren Zweigverein nicht besonders günstig. Unser mit der Zunahme abgeschlossener Tarif endete am 14. März. Leider hatten wir mit der Aufstellung eines neuen Tarifs nicht viel Glück; wir mußten uns mit der Aufbesserung des Lohnes von 50 auf 62 % begnügen, im übrigen verliefen die Verhandlungen resultatlos; wir mußten den alten Tarif auf weitere zwei Jahre wieder anerkennen und zwar bis zum 14. März 1909. Das eine Entprieche ich hierbe herausgenommen, indem die Zunahme bei den diesmässigen Lohnverhandlungen die beiden Vorsitzenden der Maurer und Zimmerer zuletz, während sie bei früheren Verhandlungen nur mit dem Gesellenauschuss verhandelte. Schuld an dem geringen Erfolg war in erster Linie die schlechte Bautätigkeit, die gleich von Beginn des Jahres 1907 an herrschte. In den vorhergehenden Jahren waren im Zweigverein durchgehends 250 bis 300 Kollegen beschäftigt gewesen. Zu Beginn des Jahres 1907 verringerte sich die Zahl gleich auf 190, und obgleich augenblicklich noch 175 Mitglieder an Orte sind, arbeiteten im vierten Quartal nur noch ungefähr 50 Kollegen in Schwerin, alle übrigen arbeiteten auf dem Lande und in kleineren Städten, und ein großer Teil war arbeitslos. Hiernit ist also deutlich ausgedrückt, daß Schwerin seit Jahren eine derartig schlechte Konjunktur nicht gehabt hat. Leider besteht keine Aussicht, daß es in diesem Jahre besser wird; es sind allerdings von der Stadt einige Neubauten geplant und auch bereits genehmigt, aber wie es scheint, nimmt der Magistrat und Bürgervertretung die Sache nicht allzu ernst. Erst kürzlich, gelegentlich einer Petition des Gewerkschaftskartells, betreffend Herstellung von Postlandarbeitern, erklärte ein liberaler Bürgervertreter, daß von einem allgemeinen Postland keine Rede sein könnte. — Im Jahre 1908 war von den Bauberufen das Baudelegiertenkomitee eingeführt worden, und es hatte sich auch ganz gut bewährt, aber infolge der schlechten Bautätigkeit wurde auch dieser schöne Anfang wieder begraben. Der Versammlungsbesuch ließ ebenfalls viel zu wünschen übrig; von 170 Kollegen waren in glücklicherem Falle 60 in der Versammlung, die meisten Versammlungen waren noch viel schlechter besucht; in einigen war der Vorstand mit acht Kollegen anwesend, ja, es haben sogar Versammlungen ausfallen müssen, weil sogar nur der Vorstand da war.

Es ist dies zu rügen, denn gerade angesichts der schlechten Zeiten haben wir erst recht recht Ursache, Mann für Mann in die Versammlungen zu gehen und uns fester denn je zusammen zu fetten. Die Beitragszahlung kann man als gut bezeichnen; wenn auch bei Ausdehnung der Extrabeiträge etwas Mißstimmung laut wurde, so ist deren Entfaltung mit einigen Ausnahmen doch glatt von statten gegangen. Die Kollegen haben es sich doch wohl überlegt und sich davon überzeugt, daß ein starker Kriegszustand da sein muß angesichts der drohenden Gewitterwolken, die an unterm gewerkschaftlichen Horizont heraufziehen. Die Mitgliederzahl ist in allen vier Quartalen ziemlich dieselbe geblieben. Es waren bei Beginn des Jahres vorhanden 190, im zweiten Quartal 178, im dritten Quartal 170 und im vierten Quartal 175 Kollegen. Neu eingetreten sind im Berichtsjahr 19 Kollegen; davon war einer früher schon einmal Mitglied. Angemeldet sind 41, abgemeldet 87, ausgetreten 1, gestorben 1, zum Militär gingen 4, wegen rüchständiger Beiträge gestrichen wurden 7 Kollegen. Regelmäßige Versammlungen haben 20 stattgefunden, außerdem noch fünf öffentliche und 26 Vorstandssitzungen. Im Dezember fanden die Neuwahlen zum Gesellenauschuss statt, wobei die von uns vorgeschlagenen Kandidaten per Affirmation einstimmig gewählt wurden. Inorganisierte sind in Schwerin 16 vorhanden; es sind hier einige darunter, die für die Organisation überhaupt nicht in Betracht kommen, so daß man wohl behaupten kann, die Schweriner Maurer sind ziemlich gut organisiert. Über von einer strengen Organisation kann keine Rede sein, das beweist in erster Linie der schwache Versammlungsbesuch. Auch mit der politischen Bewegung liegt es ähnlich. Als wir das Baudelegiertenkomitee hatten, erzielten wir schöne Erfolge, jowohl für die Arbeiterpresse wie für die Parteiorganisation; aber jetzt ist das Interesse hierfür mehr und mehr wieder verschwunden; die Kollegen haben es größtenteils nicht begriffen, daß die Arbeiterpresse, die „Medienbutterische Volkstg.“, das einzige Blatt ist, das unsere Interessen vertritt, und daß sie mit dem Fehlen der bürgerlichen Blätter unsere Gegner nur Munition zu unserer Befämpfung liefern. Auch hier muß unbedingt Beförderung eintreten, wenn gleich zugegeben werden muß, daß das hier in Medienburg bestehende unfreie Vereins- und Versammlungsrecht viel Schade mit trägt. Die Abrechnung vom vierten Quartal brachte eine Einnahme für die Hauptkasse von M. 900,40, für die Lokalfasse M. 669,18. Die Ausgabe betrug M. 299, so daß ein Kassenbestand von M. 429,18 verbleibt. Kollege Gierz als Revisor beauftragt, daß Bücher und Marken in besserer Ordnung waren, worauf dem Kassierer Decharge erteilt wurde. Bei der Vorstandswahl wurden sämtliche Vorstandsmitglieder wiedergewählt, die auch alle, mit Ausnahme des zweiten Kassierers, ihr Amt wieder annehmen. Hierauf legte der Vorsitzende in seinem Bericht von der Bauarbeiterkonferenz in Hamburg den Kollegen ans Herz, mehr auf die Bestimmungen des Bauarbeitergesetzes zu achten; weiter teilte er mit, daß am 16. Februar in Rübek eine Sitzung größeren Umfanges stattfinden, um nochmals zu den Unfallversicherungsbestimmungen Stellung zu nehmen. Im weiteren Verlauf wurde der Wunsch laut, demnächst Referenten zu gewinnen, um durch Vorträge die Kollegen mehr beanzugeln. Hierauf erfolgte Schluß der ziemlich gut besuchten Versammlung.

**Spanau.** Dienstag, den 7. Januar, tagte unsere regelmäßige Mitgliederversammlung. Der Kassierer, Kollege Geh, erstattete den Kassenbericht vom vierten Quartal. Danach hatte die Lokalfasse einen Bestand von M. 2067,61, wovon M. 900 auf der Sparkasse angelegt sind. Die Extrabeiträge ergaben eine Einnahme von M. 433,20. Die Mitgliederzahl betrug am Schlusse des Quartals 364, darunter 3 Ehrenmitglieder. Nachdem verlas der Kollege Abraham die Jahresabrechnung und erstattete den Bericht des Vorstandes. Nach dessen Ausführungen wurde die Schlichtungskommission in drei Fällen angerufen. Die Bautenkontrolle zeigte dasselbe Resultat wie im Vorjahre, hauptsächlich waren Mißstände zu verzeichnen bei Wägung in Döberitz. Sodann machte Kollege Abraham der Versammlung den Vorschlag, den Ort Kladow aus dem Spanauer Lohngebiet womöglich ganz auszuscheiden, weil es unmöglich ist, die dort beschäftigten Kollegen von außerhalb zu kontrollieren, und diese erklärt haben, sie gebeten zu Wanne. Der Postbericht erstreckte sich auf zehn Briefe in der Stadt, nach außerhalb 40. Postkasten in der Stadt 134, nach außerhalb 25. Die Wahl des ersten Vorsitzenden mußte auf Antrag des Kollegen Goltz bis zur nächsten Versammlung verlag werden, weil sich bedauerlicherweise kein Kollege dazu fand, den Posten anzunehmen. Anstatt des Kollegen Paul Wollmann als erster Kassierer wurde Kollege Otto Borisch gewählt. Hierauf rügte Kollege Solinski die lange Arbeitszeit von verschiedenen Kollegen im Grunehald, worauf Kollege Abraham die Verhältnisse dort kurz schilderte, indem er anführte, daß unsere Bestimmungen dort nicht gut durchzuführen sind, erstens weil das Arbeitsgebiet zu Berlin gehört, und zweitens, weil die Firma meistens Ausländer beschäftigt, die sich um unsere Bestimmungen nicht kümmern. Darauf begnugnehmend, schilderte Kollege Goltz in kurzen Zügen die gegenwärtige Baukonjunktur, die Arbeitsbestimmungen und ihre Befolgung. Nachdem Kollege Jakob den Revisionsbericht erstattet hatte, wurde dem Kassierer Decharge erteilt. In „Verständenes“ meinte Kollege Solinski, man solle den Vorsitzenden befehlen; ein Antrag wurde jedoch nicht gestellt, sondern die Sache bis auf weiteres verlag. Die regelmäßigen Mitgliederversammlungen finden wieder wie im Vorjahre jeden Donnerstag nach dem ersten jeden Monats bei Kume statt.

**Spremberg.** Am 19. Januar tagte die Generalversammlung unseres Zweigvereins. Der Vorsitzende erstattete den Jahresbericht. Die Bautätigkeit im verfloffenen Jahre war im Bereichszugut. Voraussetzlich ist für das Jahr 1908 die Konjunktur auch noch gut. Lohnbewegungen haben sich abgewickelt, aber die Arbeit ist nicht eingestellt worden. Für die Stadt wurde ein Vertrag auf zwei Jahre abgeschlossen, der die Kollegen befriedigte. Für das Landgebiet wurde ein Vertrag auf ein Jahr abgeschlossen. Im Landgebiet Budow sind bei dem Unternehmer W. Tharan größtenteils Maurer aus dem Zweigvereinsbezirk Cottbus beschäftigt. Auch hier glaubte man, einen Vertrag abzuschließen zu können; aber leider erklärten die

Maurer dem Unternehmer, sie wollen lieber pro Stunde 6 S billiger arbeiten, wenn es nur freien Schnaps gebe. Daraus ist zu ersehen, was es heute noch für rückständige Arbeiter gibt. Im Bezirk Döberensdörflich mußte ebenfalls trotz guter Konjunktur die Forderung zurückgezogen werden, weil die Organisation der Kollegen viel zu wünschen übrig ließ; trotzdem ist der Lohn um 4 S gesiegen. Differenzen entstanden zwei, die durch die Kommission geregelt wurden. Maßregelung hat eine stattgefunden, die aber nicht unterstützt wurde. Agitiert wurde in befriedigender Weise. Die Tätigkeit der Deputierten hätte teilweise besser sein können. Die Hausagitation durch die „Grundstein“-Verbreiter war im vorletzten Jahre gut, indem es jedem Kollegen möglich gemacht wurde, am Jahresabschluss sein Buch in Ordnung zu haben. Der Versammlungsbefehl war möglich. Der Vorstand erledigte seine Arbeiten in 17, die Hausagitationskommission die ihrigen in 8 Sitzungen. Dann erfasste der Kassierer die Abrechnung vom vierten Quartal. Die Einnahme für die Hauptkasse betrug M. 1077. Die Lokalkasse hatte eine Einnahme von M. 991,08 und eine Ausgabe von M. 987,71. Kassenbestand M. 623,37. Die Jahresereinnahme für die Hauptkasse betrug M. 8301,40. Die Jahresereinnahme für die Lokalkasse betrug M. 1476,34 und die Ausgabe M. 862,97. Die gesamte Einnahme für Extramarten betrug M. 864,40. An Krankentürrücklage wurden an 12 Mitglieder M. 259 ausgezahlt. Im Herbstunterstützung an einen Kollegen M. 30. Dienstunterstützung an 14 freitende Kollegen wurden M. 21 gezahlt. Die Mitgliederzahl betrug am Jahresabschluss 1906 183, am Jahresabschluss 1907 210. Hieraus erfolgte die Vorstandswahl, und wurde der Kollege K. Langer zum ersten Vorsitzenden und Kollege W. Kolpe zum ersten Kassierer wiedergewählt. Unter „Verschiedenes“ gab der Vorsitzende einen Überblick im allgemeinen und zeigte, in welcher Weise durch fröhliche Agitation unser Verband gestärkt werden kann. Nachdem sich noch einige Kollegen darüber ausgesprochen hatten, kam der Zweigverein zu der Einsicht, daß alles aufgegeben werden muß, um den letzten Maurer im Bezirk der Organisation zuzuführen. Zum Schluss machte es der Vorsitzende jedem einzelnen Kollegen zur Pflicht, sich politisch zu organisieren und besser die Arbeiterpresse zu unterstützen. Mit einem Hoch auf unsere Organisation schloß der Vorsitzende die Versammlung.

**Zittau.** (Kassierbericht.) Das Berichtsjahr ist verhältnismäßig ruhig verlaufen. Wohl kam es hier und da zu kleinen Differenzen, sie konnten aber immer binnen kurzer Zeit beigelegt werden. Als Lohnbewegung kommt nur ein Fall in Betracht. Der Betriebsleiter im Bergwerk zu Wiesmannsdorf war es eingefallen, die Löhne der Belegschaft zu reduzieren, und auch unsere dort beschäftigten Kollegen sollten sich eine Lohnkürzung gefallen lassen. Statt wie bisher M. 3,50 wurde nur noch M. 3,40 pro Schicht gezahlt. Die Folge war, daß sämtliche Kollegen die Arbeit niederlegten. Obwohl sich der Betriebsleiter die bereitwillige Hilfe aus, Arbeitswillige heranzubekommen, gelang ihm das nicht. Er war genötigt, nach fünfwöchigen Kämpfen die alten Löhne einzustellen und höheren Lohn zu zahlen, als vorher. Die Baulätigkeit war im Laufe des Jahres gut, zeitweilig reichten die vorhandenen Arbeitskräfte nicht aus. Verschiedene Unternehmer waren gewandig, bedeutend höhere Löhne zu zahlen, als der Tarif vorschreibt. In Hirschfelde z. B. zahlten einige Unternehmer sogar 10 S pro Stunde mehr. Da in den früheren Jahren schwere Kämpfe geführt werden mußten, so kann das verfloßene als ein Jahr des Friedens bezeichnet werden. Diese Zeit ist aber weidlich ausgenutzt worden, um die Organisation für spätere Kämpfe vorzubereiten. Die Zunahme der Mitglieder, die wir in den früheren Jahren hatten, ist auch in diesem Jahre wieder eingetreten. Am Schlusse des Jahres 1906 hatten wir 729 Mitglieder, am Schlusse 1907 aber 994; das ist eine Zunahme von 265 Mitgliedern. Um über den Stand der Organisation in den einzelnen Orten zuverlässig unterrichtet zu sein, wurde eine genaue Zählung vorgenommen und diese ergab, daß innerhalb unseres Zweigvereinsgebietes, das sich über 67 Ortschaften erstreckt, 1312 Maurer wohnen. Davon sind organisiert 1006, und zwar im Zentralverband 961, in anderen Organisationen 45, davon 35 im christlichen Verband. Außerhalb des Bezirks verstreut hat unsere Organisation noch 33 Mitglieder. Unorganisiert sind 306 Maurer, davon arbeiten im Beruf 192, von denen 72 über 60 Jahre alt sind. Zieht man diese von den 192 im Beruf Arbeitenden ab, so ergibt sich, daß noch 120 Kollegen im Bezirk vorhanden sind, die unbedingt der Organisation zugeführt werden müssen. Die Jahresereinnahme der Hauptkasse betrug M. 15 535,55, an die Hauptkasse abgeliefert wurden M. 13 100,77. Die Einnahme der Lokalkasse betrug M. 7422,97, die Ausgabe M. 4388,70; es bleibt somit ein Kassenbestand von M. 3034,27. Die Beitragszahlung der Mitglieder war gut, 48 Kollegen sind mit ihren Beiträgen noch rückständig, davon nur zwei über 13 Wochen. Die Zahlung des Extrabeitrages ging ebenfalls besser vor, als vorher angenommen wurde; hierin sind noch 35 Kollegen rückständig. Leider zu eigen sich 13 von diesen 35, über haupt etwas zu entnehmen. Es kann diesen Leuten aber heute schon mitgeteilt werden, daß für sie in der Organisation kein Platz mehr vorhanden sein wird, wenn sie nicht bald ihren Verpflichtungen nachkommen. Aufgabe der Kollegen wird es sein, strenge Kontrolle auf den Bauten zu halten, damit jeder einzelne seinen Verpflichtungen nachkommt. So mancher, der bei anderen Gelegenheiten das große Wort führt, steht mit in der Reihenliste. Dies kann aber nur dort eintreten, wo keine Büchertafel abgehalten wird. Es ist dringend notwendig, daß in Zukunft dieser Mißstand beseitigt wird. In der Generalversammlung, die am 12. Januar im Gewerkschaftshaus stattfand, wurde als Vertrauensmann Kollege Müller einstimmig wiedergewählt, nachdem ihm nach lebhafter Debatte M. 300 als Gehalt zugewandt worden waren. Sein Gehalt beträgt nun M. 1500. Als Stellvertreter wurde ebenfalls Kollege Schöne wiedergewählt. Außerdem wurden drei Revisionen gewählt. Weitere drei Revisionen sollen noch in den Mitgliederversammlungen der anderen Ortschaften gewählt werden. Wäge der günstige Jahresabschluss jeden einzelnen Kollegen zu neuer Tat begeistern. Denn wenn wir das verfloßene Jahr als ein Jahr des Friedens bezeichnet haben, so wissen wir noch nicht, ob uns

für das nächste Jahr ebenfalls der Friede erhalten bleibt. Wiederholt bringen Stimmen aus dem Untermergerlager zu uns, daß auch in Zittau eine Ausprägung vorgezogen werden soll. Wir können heute noch nicht kontrollieren, ob etwas Wahres an diesem Gerücht ist; aber jedenfalls muß es uns allen Anlaß geben, auf der Hut zu sein. Auch die Schmarmacher des Zittauer Untermergerlagers lauern auf den Zeitpunkt, wo sie glauben, der verhassten Maurerorganisation das Lebenslicht ausblasen zu können. Wenn jeder Kollege seine Pflicht tut, dann wird jeder Plan der Unternehmer zu scheitern werden.

**Zoppot.** (Christliche Polizeispiegel.) Die organisierte Arbeiterschaft des Ostens weiß ein Lied darüber zu singen, in welchem Maße ihr die Ausübung des freien Versammlungsrechts seitens der Polizei und deren Auftraggebenden, den Junkern, erschwert wird. Auch die christlichen Arbeiter müssen unter den Saalabtreibern leiden. Deshalb stellt es einen Akt, wenn man sieht, daß sich leitende Personen der christlichen Organisation, zu Polizeispiegeln hergeben, um uns die Abhaltung von Versammlungen unmöglich zu machen. Aus diesem Grunde verdient folgender Vorgang niedriger Gehängt zu werden. Hier am Orte steht uns nämlich, dank dem Terrorismus der Polizei, kein Lokal zu Versammlungen zur Verfügung, so daß wir auf allerlei sonstige Ausfallsmittel angewiesen sind. Als dann am 14. Januar unsere Kollegen in der Wohnung eines Mitgliedes zusammenkamen, um einige interne Angelegenheiten zu besprechen, wurden sie von christlich Organisierten beobachtet, als sie die Wohnung verließen. In dieser Besprechung hatte man sich über die Verwaltungspersonen für 1906 verständigt. Als danach dann am Montag, den 20. Januar, in derselben Wohnung die Uebergabe der Verwaltungsgeschäfte an die neugewählten Personen erfolgte, waren die Kollegen nicht wenig erstaunt, vor der Haustür den Vorsitzenden der christlichen Zunftstelle, S. Karpiński, und den Kassierer Grubba in Begleitung eines Polizisten als Posten zu erblicken. Sie hatten gewiß etwas von einer Versammlung läuten hören und glauben nun, den prechtlichen Etat retten zu können, wenn sie das Gebörte erst benutzten und sich dann der Polizei zur Verfügung stellten. Sie schienen sich ihres eckelhaften Treibens auch bewußt zu sein; denn als wir versuchten, diesen beiden Gentlemen ins Gesicht zu sehen, blühten sie wie die erlappten Spitzhüben zur Seite. Als dann am anderen Morgen zwei Polizeibeamte in die Wohnung des Kollegen kamen, um Ermittlungen anzustellen, wurden sie korrekterweise von dem gerade anwesenden Kollegen hinausgeworfen und ihnen beudetet, auf dem vorchriftmäßigen Wege zu kommen.

**Gliesenleger.**

**Barmen-Eberfeld.** Von dort wird uns mitgeteilt, daß die Unternehmer für den 27. Januar eine Aufsperrung der Gliesenleger geplant haben. Ob dem Lohnforderungen zu Grunde liegen, ist uns nicht bekannt, wie uns auch bis zum Schluß des Monats nicht bekannt war, ob die Aufsperrung tatsächlich erfolgt ist. Von unseren Kollegen kommen nur fünf in Frage.

**Essen.** Nach dreitägiger Sperre erkannte die hiesige Firma Köhnen & Grosche den Vertrag an. Die Arbeit wurde hierauf wieder aufgenommen. Also auch hier hat es unser Eingreifen bedurft, um eine tarifmäßige Firma zum Innehaltenden des Vertrages zu bestimmen.

**Aus Oesterreich.**

Wien, im Januar 1908. In den verfloßenen Jahre machte sich schon zeitig die an ihrem Beginn stehende, durch die allgemeine am Weltmarkte herrschende Weltknappheit hervorgerufene Krise bemerkbar. Besonders in Wien war die Baulätigkeit gewaltig abgeklungen. Trotzdem in Wien Wohnraum herrscht, trotzdem der normale Bevölkerungszuwachs — jetzt zirka 30 000 Personen jährlich — in jedem Jahre mindestens den Neubau, nicht den Umbau von wenigstens 3 0 bis 400 Zinshäusern allein notwendig machen würde, waren hier durchschlüssig zirka 5000 Maurer weniger als in den früheren Jahren beschäftigt. Unsere Unternehmer schieben die Schuld an der schlechten Baukonjunktur den „exorbitant hohen Löhnen der Arbeiter“ zu. Eine Verhinderung, die durch ihre stete Wiederholung nichts von ihrer Aburteilung einbüßt. Durch die Verminderung der Baulätigkeit an wichtigsten Plätzen Oesterreichs, in der Reichshauptstadt, haben wir dort auch eine gewaltige Abnahme der Mitgliederzahl unseres Maurerverbandes zu verzeichnen. Im allgemeinen konnte aber diese Abnahme durch den Mitgliederzuwachs in anderen Gebieten fast wettgemacht werden, so daß die Zahl der Mitglieder im ganzen Verband mit 37 000 ziemlich konstant blieb. Die Zahl unserer Zweigvereine hat sich im Vorjahre um 102 vermehrt; im ganzen zählten wir zur Zeit deren 352. Als ein äußerst erfreuliches Zeichen ist das Eindringen des Zentralverbandes in Weichsel und in Galizien zu betrachten. Dadurch wurde unter den polnischen und italienischen Maurern endlich fester Fuß gefaßt. Besonders günstig haben sich die Organisationsverhältnisse im ganzen nördlichen Deutschböhmen gehalten. Von Ails bis Braumau eine lückenlose Kette der Organisation, 70 bis 80 p. Zt. der dortigen Maurer organisiert. Nur der Trautenauer Bezirk macht noch eine unrichtliche Ausnahme. Auch in Ostböhmen und in Mähren, wo die niedrigsten Löhne in Oesterreich gezahlt werden, ging es vorwärts. Nur im slowenischen Gebiet und in den südenslawischen ist von einer Maurerbewegung nahezu keine Rede. Aber wir zweifeln heute nicht mehr, daß das Eindringen der Organisation auch dort nur noch eine Frage der Zeit ist. Obwohl die Zahl der Lohnbewegungen im Berichtsjahre größer als je zuvor war, war die Gesamtbewegung doch ruhiger. Die meisten Differenzen konnten auf dem Wege der Verhandlung ohne Kampf geschlichtet werden. Auf dem Gebiet hat sich ein bemerkenswerter Umschwung vollzogen: Vor drei Jahren noch hieß es bei den Unternehmern: „Wir schließen keinen Vertrag mit euch; mit Arbeitern verhandeln wir nicht!“ Dieses Prinzip hat die Maurerbewegung gestürzt und die Herren haben verhandelt und Vertragschließen gelernt. Im vergangenen Jahre wohl nur, um eine Zeit der Ruhe, Zeit zur Wählung zu bekommen. Im Jahre 1907 wurden der Zentrale 181 Fälle von Lohnbewegungen bekannt. Davon waren 11 Fälle, die sämtlich Notverordnungen und 3 davon auch Arbeitszeitverfügung brachten,

vertragsmäßig bedingt. In 20 Fällen wurden die Forderungen teils zurückgestellt, teils schwerer noch Verhandlungen deswegen; in einem Falle währte noch der Kampf. In 99 Fällen wurde die Bewegung abgeschlossen, in 92 Fällen mit, in 7 ohne Erfolg. In 45 (inkl. den 7 ohne Erfolg) Fällen wurde gestreift, in den übrigen 54 wurde eine Vereinbarung auf gültlichem Wege durch Verhandlungen erzielt. In 6 Fällen dauerte der Streik, unter drei Tagen. Die Erfolge dieser Lohnbewegungen ziffernmäßig ausgedrückt sind:

3 Fälle mit	1280 Maurern	1 Stunde
86 "	"	14556 "
4 "	"	640 "
6 "	"	1279 "
1 Falle "	"	73 "

Während der Dauer der Verträge wird weiter die Arbeitszeit in den nächsten Jahren verfürzt für 5259 Maurer, und zwar in:

2 Fällen mit	105 Maurern	1 Stunde
20 "	"	5094 "
1 Falle "	"	60 "

An Lohnerhöhung wurde erzielt:

In 2 Fällen mit	927 Maurern	10 Heller täglich
" 10 "	"	2120 "
" 23 "	"	5098 "
" 28 "	"	21117 "
" 23 "	"	5179 "
" 14 "	"	2728 "
" 4 "	"	458 "
" 8 "	"	907 "
" 2 "	"	490 "
" 2 "	"	174 "

Es wurde somit im Jahre 1907 für 39 288 Maurer der Lohn, und zwar durchschnittlich täglich um 42 Heller erhöht. Die Erhöhung des Jahresarbeitsverdienstes eines dieser beteiligten Maurer macht durchschnittlich Kr. 84 aus, die Erhöhung der Lohnsumme aller 39 288 Maurer in einem Jahre bei durchschnittlich 200 Arbeitstagen Kr. 3 300 000.

Vertragsmäßig folgt in den weiteren Jahren eine weitere Lohnerhöhung für zusammen 30 892 Maurer, und zwar:

In 2 Fällen	400 Maurern	10 Heller täglich
" 9 "	"	1668 "
" 4 "	"	1889 "
" 23 "	"	20496 "
" 4 "	"	1120 "
" 6 "	"	3744 "
" 1 Falle	"	300 "
" 3 Fällen	"	1300 "
" 1 Falle	"	26 "

Außerdem wurden noch andere Zugeständnisse, wie bessere Bezahlung von Ueberstunden, Nach-, Sonntags-, Feiertagsarbeit, früherer Arbeitsantritt an Lohnzahltagen und anderes erzielt.

Ihrer Art nach waren die Kämpfe, die über drei Tage dauerten, 31 Angriffskämpfe und 6 Aufsperrungen. Abwehrkämpfe hatten wir 6 zu führen, wovon 2 ohne Erfolg endeten. Vier Streikposten allein wurden im Jahre 1897 Kr. 130 957,89 verurteilt, und zwar für Angriffskämpfe Kr. 99 127,55, für Aufsperrungen Kr. 27 788,29, für Abwehrkämpfe Kr. 4042,05. Der kürzeste dieser Streiks dauerte 4 Tage der längste 155 Tage.

Nach alledem können wir sagen, die Organisation der Maurer hat auch im vergangenen Jahre ihren Mann gesteckt, ihre Pflicht erfüllt. Doch noch schwerer sind die Wunden, die sich in nächster Zukunft zusammenheilen werden.

In abgelaufenen Jahre lagte auch der erste Verbandstag der Untermergerorganisation des Baugewerbes. „Unternehmer des Baugewerbes, organisiert euch, daß ihr die starken Arbeiterorganisationen eine ebenso starke Organisation entgegenstellen könnt.“ So schalt es in den Reihen der Unternehmer immer lebhafter. Daneben der furchtliche Kriegszug zum Verdrängungskampf gegen die Arbeiterorganisationen, besonders gegen den in vorerster Reihe stehenden Maurerverband. Daneben trotz aller Vertragsabschlüsse und dem sonstigen freundschaftlichen Ton der perfide Kampf mit den schwarzen Liten.

Also nicht nur die Unternehmer in Deutschland, der Schweiz, Ungarn und in jüngster Zeit in Frankreich, sondern auch unsere überreichlichen Vertragspartner brühen für die nahe Zukunft große Dinge aus.

Mit Hilfe der Gesetzgebung wollen sie die Arbeiterorganisationen knebeln. Einschränkung der Koalitionsfreiheit, Verbot des Streikpotenzienbes, Konfiskation der Streikfahnen, die Gewerkschaftsführer verurteilen und in den Kerker werfen, das ist eine Willenslese vom Wunscheitel der Unternehmer, den sie von der Schwann-Regierung und dem aus dem gleichen Mord hervorgegangenen Volkshaus verzwirlicht sehen wollen. Dann aus eigener Kraft den Kampf gegen die ein größeres Stück Brot gebenden Arbeiter. Im Jahre 1909, wo in 31 Orten mit zirka 30 000 Maurern die Verträge ablaufen, soll der große Verdrängungskampf geführt werden.

Die kommende außerordentliche Zeit wird ganz außerordentliche Mittel brauchen, und die Verbandsleitung wird in kurzer Zeit auch der Gesamtmitgliedschaft Vor schläge machen, die als Vorbeugungsmaßregel geplant erscheinen. Es wird ein Kampf auf Leben und Tod, und wir haben bei diesem unser Mützigen scharf und blank zu machen.

Wenn unsere reichsdeutschen Kollegen in diesem Jahre eine große Feuerprobe abzuliegen haben, so sieht uns das in nächsten Jahre bevor. Aber wir zweifeln nicht: hier wie dort wird die organisierte Arbeit die Probe bestehen.

In Nr. 4 des Verbandsorgans, das übrigens seit dem 1. Januar den Titel „Der Maurer“ führt, ist der Kassenbericht der Zentrale für das Jahr 1907 veröffentlicht. Die Einnahmen betragen in Kronen (1 Krone = 65 S in deutscher Währung) 286 375,60, wozu 11 254,19 an alten Kassenbestand kamen, so daß die Gesamteinnahme Kr. 497 629,79 betrug. An Wobden betragen wurden Kr. 365 271,53 eingemommen. Die Ausgaben betragen Kr. 367 832,69. Der Verband verfügt also in der Zentrale über einen Kassenbestand von Kr. 129 797,10. Von den Ausgaben entfallen auf Agitation Kr. 50 830,29, Verwaltung, persönliche Kr. 9138,70, sachliche Kr. 26 059,12; für

Bildungsmitel (Zeitung und Bibliothek) wurden ausgegeben Nr. 37 447,24, für Unterküngen Nr. 14 017,55, für Lohnbewegungen und Streiks Nr. 142 224,88, der Rest entfällt auf kleinere Ausgaben.

### Zentralkrankenkasse. (Grundstein zur Einheit.)

In der Woche vom 19. bis 25. Januar sind folgende Beträge eingegangen: Von der britischen Verwaltung in Tannitz M. 300, Witzig 200, Mawisch 150, Segeberg 140, Ebergöben 120, Düben 100, Eggersdorf 100, Jäderitz 100, Rummel 100, Wierck 100, Gutzgen 26,90, Lützenwalde 97,40. Summa M. 1534,90. Beiträge erhalten: Berlin A. 4000, Nitzdorf 800, Kiel 600, Danzig 500, Nowawes 500, Varnau 400, Cöln a. Rh. 400, Wilmersdorf 400, Götha 300, Dönnabrick 300, Wittenau 300, Weisig-Neudorf 200, Eldershof 200, Cassel 200, Potsdam 200, Greding 200, Adligsb. i. Pr. 200, Mannheim 200, Wittenberg 200, Dresden-Striehn 200, Genußig 200, Dierberg 200, Lützenau 200, Rangiedebach 150, Altenbrunlar 150, Planfenburg a. Harz 150, Strausberg 150, Zehndorf 150, Eppelheim 100, Böhndorf 100, Gienburg 100, Stammheim 100, Gughagen 100, Schindl. 100, Müllner (Eberhards) 100, Schöpsheim 100, Mariendorf 100, Sagen i. Weiskalen 100, Heideberg 100, Bromberg 75, Altenstein 75, Oberförschweide 60, Plauen i. Vogtl. 50. Summa M. 130,20.

Altona, den 25. Januar 1908. Karl Reich, Hauptkassierer, Wilhelmstr. 57.

### Vom Bau.

#### Anfälle, Arbeiterschutz, Submissiven etc.

Kollegen! Unterlaßt nie, von Unfällen, Vancinfrühen, überhaupt von allen wichtigen Vorkommnissen auf den Baustellen schleunigst einen sachlichen Bericht an Euer Fachblatt zu senden.

Cughaven. An den Fischhallenbauunterstützte in der vorigen Woche ein bei einer Hamburger Firma arbeitender Klempnergehilfe vom Dach der Vorhalle und fiel so unglücklich, daß ihm der linke Unterschenkelknochen zerplatzte und der rechte ausgerückt ward. Mitglieder vom Roten Kreuz brachten den Verunglückten ins Krankenhaus.

L'hrana. Am 7. Januar ereignete sich auf einem Bau der Weisthewerle Kraft ein schwerer Unfall. Man hatte eine Leiter zum Stiebelgerüst nicht befestigt; als die Kollegen Zahn und Sauppe sie passierten, glitt sie aus, und von dem Boden, auf dem sie stand, ab. Beide Maurer sausten drei Stodwerke tief hinab. Zahn hatte einen schweren Schädelbruch erlitten und war gleich tot; Sauppe hatte vier Knochenbrüche aufzuweisen, er lörd kaum jemals wieder arbeitsfähig werden. Wie uns berichtet wird, ist es lediglich auf eine Fahrlässigkeit der Kollegen zurückzuführen, die das Gerüst gebaut haben. Sie hätten auch die Leiter befestigen sollen, ehe sie benutzt wurde. Wir wissen nicht, ob das zutrifft, aber unabhängig davon wollen wir immer wieder aussprechen, daß man für den Bauarbeiterschutz nicht nur in Versammlungen und auf Petitionsbogen wirken kann, da ist der Erfolg meistens sehr zweifelhaft, sondern auch auf dem Bau selber, als Gerüstbauer, als Maurer, indem man jedes Gerüst sorgfältig und solide baut und ruhig prüft, ehe man sich der Arbeit widmet. Das muß geschehen, die Zeit dazu muß da sein. Ohne dies Verantwortlichkeitsgefühl bei der täglichen Arbeit ist alles andere Stückwerk.

### Aus Unternehmerkreisen.

Die Arbeitgeberverbände für das Baugewerbe halten in dieser Zeit in den verschiedenen Teilen Deutschlands ihre Bezirksversammlungen ab. In einer am 11. Januar in Bremen abgehaltenen Versammlung der west- und nordwestlichen Verbände hat der bekannte Herr Schmiedehaus aus Essen einen Vortrag über christliche und getriebene Gewerkschaften gehalten. Der Referent kam zu dem Schluß, daß, abgesehen von feinen Unterschieden, die „christlichen“ und die „sozialdemokratischen“ Gewerkschaften in einem Topf zu werfen seien, daß dagegen die „Gelben“ von den Unternehmernverbänden ganz besonders gefürchtet werden müßten. Es ist ja nichts Neues, was Herr Schmiedehaus vorbrachte; es ist aber doch notwendig, immer wieder darauf hinzuweisen, daß das Unternehmertum schon dahinterher ist, sich aus dem Dumpfproletariat eine Schutztruppe zu bilden und diese unter dem Namen „Gelbe Gewerkschaften“ zu organisieren.

Ein anderer Verhandlungspunkt betraf die Tarifverträge. Es herrschte unter den Anwesenden Einstimmigkeit darüber, daß ein Tarifvertrag für die Unternehmer ein „Mebel“ sei; nur darüber konnte man im Zweifel sein, ob gegenüber der sonst vielfach herrschenden länderlichen Unfreiheit ein Tarifvertrag als „kleineres Übel“ zu betrachten sei. Aber auch die „ständige Unfreiheit“, so wurde weiter ausgeführt, habe, nachdem sich der Bund zu einer Macht entwickelt habe, ihre Schrecken verloren.

In Drauschwitz ist zwischen dem dortigen Arbeitgeberverband für das Baugewerbe und den in Betracht kommenden Baumaterialienhändlern ein Vertrag zu Stande gekommen, der u. a. befragt: Die Mitglieder des Arbeitgeberverbandes verpflichten sich, ihren gesamten Bedarf für die im Stadtbezirk auszuführenden Bauarbeiten nur bei solchen Firmen zu decken, die dem Arbeitgeberverbande angehören oder die dem Vertrag anerkannt haben. Die gleiche Befugnis von Produzenten sind zulässig, doch muß bei gleichen Preisen den untergeordneten Firmen der Vorrang gegeben werden. Im Falle eines Streiks oder einer Ausperrung der Arbeitnehmer dürfen die unterzeichneten Firmen an Nichtmitgliedern des Arbeitgeberverbandes und Privaten überhaupt keine Materialien liefern. Die Abschlüsse der Baumaterialienhändler mit allen

Abnehmern sind so zu treffen, daß sie bei Arbeits-Einstellungen keine Materialien zu liefern verpflichtet sind. Bereits bestehende Abschlüsse, bei welchen diese Klausel nicht vorgesehen ist, werden im Falle eines Streiks oder einer Ausperrung dem Vorliegenden des Arbeitgeberverbandes mündlich mitgeteilt und ist diese Mitteilung vertraulich zu behandeln. Bei Materialarbeiten behalten sich die Baumaterialienhändler das Recht vor, der länderlichen Kaufkraft Materialien zu liefern, doch ist hierüber dem Vorhabe des Arbeitgeberverbandes Kenntnis zu geben.

Für Hamburg, Altona und Wandsee hat eine am 22. Januar abgehaltene Versammlung von Vertretern aller Branchen des selbständigen Baugewerbes beschloffen: in allen Fragen der Lohn- und Arbeitsbedingungen künftig gemeinsamer Stellung zu nehmen. Danach soll den Unternehmern der Gips- und Zementbranche, der Bild- und Steinhauerer etc. in Zukunft nicht mehr gestattet sein, selbständig mit den Arbeitern ihrer Verufe Tarifverträge oder sonstige Vereinbarungen abzuschließen. Als nächstes Geschäftsobjekt haben die „Unternehmervertreter“ die für dieses Frühjahr erforderlichen Forderungen der Steinweger- und Wandbildhauer ins Auge gefaßt. Wahrscheinlich soll darauf mit der Ausübung einer allgemeinen Bauarbeiterausperrung geantwortet werden.

Ein „Säbbaerischer Arbeitgeber-Bezirksverband für das Baugewerbe“ soll mit dem 1. April dieses Jahres ins Leben treten. Vorläufig haben die Verbände München, Landshut, Jungsstadt und Augsburg ihren Beitritt erklärt. Ihren Beitritt in Aussicht gestellt haben Freising, Passau, Reichenhall, Starberg und Straubing.

Die Bauunternehmer Wadens haben am 19., 20. und 21. Januar in Pforzheim ihre Landesversammlung abgehalten, natürlich unter Ausschluß der Öffentlichkeit. Infolgedessen kann man auch nicht sagen, welche Bedeutung dieser Tagung zukommt, viel vermuthlich. Die städtischen Behörden waren durch den Bürgermeister vertreten, jedenfalls hat man sich gleich die bekannte „Anparitätlichkeit“ der Polizei sichern wollen. Im übrigen scheint es bei der Tagung recht hoch hergegangen zu sein, an Festivitäten, Essen und Barkeiten war kein Mangel. Bei einer solcher Gelegenheit hielt der Vorsitzende der Freiburger Bundesfiliale eine Rede über die Aufgaben der Arbeitgeberverbände, aus der wir einige Sätze wiedergeben wollen. Herr Hoppeler schmetterte in den Saal:

„Eine Unmöglichkeit und eine böswillige Verleumdung ist es, zu behaupten, daß der Arbeitgeberbund die Arbeiter unterdrücken wolle. Der deutsche Arbeitgeberbund ist von dem Bewußtsein befeelt, daß Arbeitgeber und Arbeitnehmer zusammengehören, daß ein Teil ohne den anderen nicht bestehen kann. Es ist kein Streben, mit den Arbeitern auf friedlichem Wege auszukommen. (Wachrufen.) Er steht den Arbeitern freundlich gesinnt gegenüber, er wird mit Ruhe und Vernunft das Arbeitsverhältnis regeln, er wird Zugeständnisse machen, so weit sich dies mit der allgemeinen wirtschaftlichen Lage vereinbaren läßt. Die Arbeitgeberorganisationen stehen unter dem Einfluß der Sozialdemokratie, sie fragen nichts nach der wirtschaftlichen Lage des Reiches. Die Sozialdemokratie stellt Forderungen auf, um unzufrieden zu machen, zu schüren und zu hegen. Wozu diese Verheugung der Massen führt, das haben wir vor einigen Tagen in Berlin gesehen. Solchem Vorgehen dürfen wir nicht passiv gegenüberstehen. Auf unserer Seite steht viel auf dem Spiel, und darum ist auch unser Standpunkt entgegen gesetzt zu dem der Arbeiterorganisationen.“

Man sieht, Herr Hoppeler hatte gut gespeist und auch wohl etwas mehr getrunken, als seiner Reibeskonstitution angemessen ist, denn die Gedanken sind bei ihm in einer merkwürdigen Verwirrung. Einmal steht der Arbeitgeberbund den Arbeitern freundlich gegenüber, dann, wenn sich Herr Hoppeler durch den roten Lappen selber wütend gemacht hat, ist der Standpunkt des Arbeitgeberbundes „entgegen gesetzt zu dem der Arbeiterorganisationen“. Da hat Herr Hoppeler seinen Zuhörern doch etwas zuviel zugemutet, wenn sie in fünf Minuten zwei sich diametral entgegengesetzten Ansichten beipflichten sollen. Indes, es war offenbar nach einem opulenten Mahle, und darum soll man nicht lange rechten. Es freut uns natürlich, von einem der unterrichteten Unternehmern zu erfahren, daß der Arbeitgeberbund Zugeständnisse in den Lohn- und Arbeitsbedingungen machen will, so weit es die wirtschaftlichen Verhältnisse nur immer zulassen. Mehr werden auch unsere Kollegen nicht verlangen.

### Polizei und Gerichte.

Genosse Wagner in Waut verurteilt. Als Nachklang zum Streik in Delmenhorst konnte eine Verhandlung vor dem Landgericht in Oldenburg angesehen werden, die am 22. Januar stattfand, in der sich Genosse Wagner als Verantwortlicher des „Norddeutschen Volksblattes“ wegen Verleibung des Stadtwagistrats in Delmenhorst und seines Leiters, Bürgermeisters Koch, zu verantworten hatte. Die Verleibung wurde gefunden: 1. in einer am 21. August v. J. in einer Volksversammlung in Delmenhorst gehaltenen Rede gegen den Bürgermeister Koch geäußerten Redewendung; 2. in einer Reihe von Artikeln vom 8., 11., 13. und 18. August, die sich mit den Streikvorgängen und einer Kritik der aus Anlaß des Verhaltens von Arbeitswilligen durch die Unternehmer verurteilten Polizeiaufsicht beschäftigten. Das Gericht verurteilte Wagner dem Antrag des Staatsanwalts gemäß zu drei Monaten Gefängnis.

„Landfriedensbruch“ in Erfurt. Der Streik in Erfurt hat verschiedene gerichtliche Aktionen nach sich gezogen. Wie unseren Lesern bekannt ist, hatten die Unternehmer arbeitswillige Italiener in großer Zahl heringestellt, wobei besonders die Polizei wichtige Helferdienste leistete. Natürlich stieg die Erbitterung der Streikenden. Als nun wieder einmal ein solcher „Staub Italiener“ von Halle aus mit dem Zuge ankam, verurteilten einige der Streikenden die Italiener von dem Streik zu unterrichten und zur Milderung der Polizei- und Bahnbeamten legen sich ins Mittel und dabei soll es zu einem heftigen Tumult gekommen sein, der zur Anklage führte. Dem

Tumult auf dem Bahnhofsperron ist ein zweiter, größerer auf dem Bahnhofsvorplatz gefolgt. Das hätte alles schon die Strafkammer bestrafen können. Die Strafkammer erklärte sich bei einem Teile der Angeklagten für unzuständig, da Landfriedensbruch vorliegen konnte. Angeklagt waren die Kollegen Grünemann, Groß, Grün, Menge, Hoppel, Jäger, Bogt und die Bauarbeiter Hudolf und Led. Sie sollen sich des Auftrubs, Landfriedensbruchs, Widerstands gegen die Staatsgewalt, Landfriedensbruchs, der Verleibung und des Vergehens gegen § 153 der Gewerbeordnung schuldig gemacht haben. Die Verleibung führten die Rechtsanwältin Jander (Erfurt), Landshera (Magdeburg) und Guthmann (Gotha). Geladen waren 26 Zeugen. Die neun Angeklagten bestritten, sich irgendeiner einer strafbaren Handlung schuldig gemacht zu haben. Sie wollten teilweise überhaupt nicht in der lärmenden Menge auf dem Bahnhofsperron gewesen sein, teilweise wollten sie in ruhiger, gütlicher Weise auf die anstommenden Italiener eingewirkt und nirgendes Gewalt gebraucht haben. Nach der freilich sehr ungenügenden Aussagen der Zeugen — meist Polizei- und Bahnbeamte — haben sich die Vorgänge an dem fraglichen Abend auf dem Bahnhofsperron ungefähr so abgepielt: Vor Anbruch des Zuges, der die Italiener bringen sollte, sind einige der streikenden Maurer nach dem Bahnhofsperron gekommen. Hier war schon der Mairemeister Großmann mit zwei seiner Agenten anwesend. Die Polizei und die diensttuende Oberbahnassistenten waren schon von der Ankunft der Italiener unterrichtet worden. Der letztere hatte sich auf Gerüchen bereit erklärt, die Italiener einen anderen Ausweg nach der Stadt nehmen zu lassen. Hierauf beruhten die Streikenden, die aus anstommenden Italiener heranzukommen. Daran wurden sie vornehmlich durch das Zugwächtertrien der Polizei gehindert. Man suchte die Beamten bestimme zu drängen, Bahnbeamte kamen der Polizei zu Hilfe, die Italiener wurden in die Wagen zurückgedrängt, Rufe wie: Weiter fahren! Wir bezahlen! Hier ist Streik! fielen, und so entwickelte sich in wenigen Minuten eine turbulente Szene, wobei wohl ein Schieben und Drängen stattfand, doch niemand irgendein Verletzt wurde und nichts getrimmert worden ist. Die Polizei hatte inzwischen Verstärkung erhalten und so konnten die Andringenden zurückgehalten und die Italiener nach der anderen Seite des Bahnges herausgelassen werden. Sie wurden über das Geleise nach dem gegenüberliegenden Gütergleis gedrängt, um von da nach der Stadt geführt zu werden. Die Maurer gingen sofort in das Innere des Bahnhofes, um ins Freie zu gelangen und so die Italiener doch noch lassen zu können. Dabei entzündete sich der zweite, weit größere Tumult, der schon vor der Strafkammer erledigt worden ist. Der Staatsanwalt beantragte, bei sechs der Angeklagten Auftrub und Landfriedensbruch zu belegen und die übrigen drei freizulassen. In glänzenden Verteidigertrien traten die Verteidiger der staatsanwaltschaftlichen Anklagen der Auftrubs und Landfriedensbruchs-Paragrafen entgegen. Die Geschworenen bejahten aber die beiden Hauptfragen bei vier Angeklagten. Nach dem Staatsanwalt Gefängnisstrafen bis zu 10 Monaten beantragt hatte, wurde Ladisik 1 Uhr folgendes Urteil verurteilt: Grünemann und Hudolf je 7 Monate Gefängnis, Bogt 7 Monate, 1 Woche Gefängnis, Groß und Grün je 3 Monate, Hoppel 2 Wochen Gefängnis, Led, Menge und Jäger wurden freigesprochen. Revision wird ebenfalls gegen das Urteil eingelegt werden.

Streikführer. Die Kollegen Fr. Polmähler und Carl Pöhlisch zu Weiskalen waren vom Schöffengericht zu Weiskalen je 8 bzw. 14 Tagen Gefängnis wegen Hausfriedensbruchs und Widerstands verurteilt worden. Grund zur Anklage waren Vorgänge während des letzten Maurerstreiks in Weiskalen. Die beiden Angeklagten waren im Juli vorigen Jahres im Bahnhofskaffeehaus und erwarteten ihren Gewerkschaften. Als sie vom Stationsdiener aufgefordert wurden, den Wartesaal zu verlassen, gingen sie nicht. Hierauf wurde der Stationsvorsteher Frenzel geholt, auf dessen Gebot gingen die Angeklagten auch nicht, da sie glaubten, ein Recht zum Verweilen im Wartesaal zu haben und ihnen der Keller Bier verabreicht hatte. Nun mußte sich der Stationsvorsteher nicht anders zu helfen, als die Widerspenstigen hinauszuwerfen. Die beiden Angeklagten kam das Vorangehen des Stationsvorstehers Frenzel etwas unermesslich vor, so daß es vor dem Hinanswerfen zu einem Wortwechsel kam; schließlich gingen die Angeklagten aber doch von selbst. Beim Weggehen soll sich Pöhlisch nach der Verlobung schuldig gemacht haben, indem er ein Bierglas genommen und gelegt haben soll: „Wehe dem, der mich ansieht, den schlage ich.“ Vor der Strafkammer in Altona wurde als Verurteilungsinhalt gab der Stationsvorsteher Frenzel auf die Frage des Verteidigers, ob der Bahnhof für die streikenden Maurer während der Zeit gesperrt gewesen sei, die Antwort, er habe gehört, daß in Erfurt beim Maurerstreik auf dem Bahnhof Unruhen zwischen den Streikenden und Arbeitswilligen vorgekommen wären, und, um solches zu verhindern, hätte er die beiden Kollegen zum Verlassen des Wartesaals aufgefordert; ein anderer Grund habe nicht vorgelegen. Die Verurteilung der Angeklagten wurde verworfen. In der Urteilsbegründung wurde ausgeführt: Frenzel als Beamter der Bahn habe daselbst die Polizeigewalt auszuüben und die Angeklagten müßten der Aufforderung des Stationsvorstehers Folge leisten. Da die Aufforderung, den Wartesaal zu verlassen, zugleich an alle beide gerichtet war und keiner ging, wurde gemeinschaftlicher Hausfriedensbruch angenommen. Den beiden Kollegen ist es ein Mangel, warum der Stationsvorsteher die Befürchtung hatte, daß es gerade an diesem Tage zu Unruhen kommen könnte. Nach diesem Vorfall haben sich die Streikenden stets wieder auf dem Bahnhof aufgehalten und es ist keiner hinausgewiesen worden.

### Eingegangene Schriften.

Die „Neue Zeit“ (Stuttgart, Paul Singer) Heft 17 des 26. Jahrgangs. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: David Friedrich Strauß. — Die Polenpolitik der Regierung und die Klasseninteressen des deutschen Proletariats. Von R. — Die Gewerkschaften in Bulgarien. Von einem Bulgaren. — Wirtschaftliche Rundschau. Von Rudolf Hilferding. Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolportage zum Preise

von M. 3,25 pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 M.

Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Aus dem Verlag von J. H. W. Diez Nachf. in Stuttgart:

**Geschichte des Sozialismus in Frankreich.** Von Paul Louis. Aus dem Französischen übertragen und mit Anmerkungen versehen von Hermann Wendel. Preis broschiert M. 2,50, gebunden M. 3.

Der Uebersetzer sagt über das Buch in seiner Vorrede u. a. „Mit der Uebersetzung dieses Buches glaube ich einem Bedürfnis entgegenzukommen. In der Tat verfolgt das deutsche Arbeiterbewußte Proletariat den Vormarsch der sozialistischen Arbeiter Frankreichs mit einer Anteilnahme und einer Spannung, wie von keiner anderen proletarischen Partei. Das dieser Anteilnahme nicht in allen Fällen die Sachkenntnis entspricht, liegt einmal an den durchaus nicht einfachen und klaren Verhältnissen des französischen Sozialismus, wie auch daran, daß eine zusammenfassende Darstellung der politischen Arbeiterbewegung Frankreichs in deutscher Sprache nicht existierte. Ein Buch, das die Wurzeln und Verzweigungen des französischen Sozialismus bloßlegen will, dürfte also wohl willkommen sein. Möge die Uebersetzung dazu beitragen, die Bande internationaler Waffenbrüderschaft zwischen der deutschen und der französischen Arbeiterklasse, die durch ein paar bunte Grenzspähle getrennt, aber durch eine ganze Welt verbunden sind, noch enger zu knüpfen.“

**Die Philosophie Spinozas.** Von J. Stern. Dritte, stark verbesserte Auflage. Preis broschiert M. 1,50, gebunden M. 2.

Die ununterbrochene Nachfrage nach diesem Buch hat den Verfasser zu einer gründlichen Durchsicht des Textes veranlaßt. Dabei ist eine Reihe von Verbesserungen und Erweiterungen angebracht worden, wodurch das Buch, das ein geschlossenes, philosophisches System auf der Grundlage des Spinozismus und zugleich eine Erläuterung des letzteren darstellt, allgemein verständlicher und leichter lesbar geworden ist.

**Briefkasten.**

\* Mehrere Berichte mußten Raummangels wegen zurückbleiben.

**Zacher, Krankenkasse.** Versammlungsanzeige kam zu spät.

**Solmschen, Schriftführer.** Bericht wird nicht aufgenommen, weil das Papier auf beiden Seiten beschrieben ist.

**C. S. C.** Der Vorstandsvorstand hat einige hundert Exemplare des „Meinertsenführer“ bestellt, die zu Vorzugspreisen an die Zweigvereine abgegeben werden sollen, sie dürften aber erst in zwei Wochen zu haben sein. Veranlasse den Zweigvereinsvorstand zur Bestellung.

**Züllichau.** Auch wenn der Bericht nicht auf beide Seiten geschrieben gewesen wäre, hätte sich wohl der Abdruck nicht gerechtfertigt. Es sei jedoch an dieser Stelle davon Notiz genommen, daß die letzte Versammlung miserabel besucht war und daß der Vorstand für die Generalversammlung ein volles Haus erwartet.

**Treuen.** Versammlungsanzeige muß zu jeder Versammlung eingesandt werden.

**B. G. D.** Wenn zu einem Antrage mehrere Personen vorgeschlagen sind, läßt man am richtigsten immer den Stimmsatzel entscheiden. Die Reihenfolge der Vorschläge sollte eigentlich nicht von Einfluß sein; es ist allerdings üblich, daß man von den Vorgesetzten einen von „oben“ und einen von „unten“ zur Wahl stellt; wir halten ein solches Verfahren aber nicht für korrekt. Zettelwahl hilft jedenfalls am besten über alle Schwierigkeiten hinweg. Bei der Wahl von Kommissionen halten wir die Abstimmung durch Zettel, Handaufheben etc. nur dann für zulässig, wenn zu dem Antrage nicht mehr als die Benannten vorgeschlagen sind oder sich nicht mehr zur Annahme der Wahl bereit erklärt haben.

**Großhadungen, C. G.** Die Kosten der Grenzregulierung müssen beide Besitzer gemeinschaftlich tragen. Das Staket darf nur der einen, dem es gehört, läßt sich der Eigentümer nicht feststellen, so wird vermutet, daß es beiden Grundstücksbesitzern gemeinschaftlich gehört. Solange einer der Nachbarn an dem Fortbestehen der Einsetzung ein Interesse hat, darf sie ohne seine Zustimmung nicht beseitigt oder geändert werden.

**Königsbach.** Den Bericht können wir nicht veröffentlichen, weil wir ihn nicht mehr haben.

**Anzeigen.**

Anzeigen werden nur durch Vermittlung der Zweigvereins- bzw. Zahlstellen- oder Sektionsvorstände angenommen. Geschäftsanzeigen sind ausgeschlossen.

**Danzig.**

Der Zweigverein Danzig sucht zum 1. März 1908 einen zweiten

**Lokalbeamten.**

Neben technischer Begabung wird die genaue Kenntnis der Arbeiterbewegung sowie der Buch- und Kassenführung verlangt. Dem Bewerber schreiben ist ein Nachweis über die bisherige Tätigkeit und ein Aufsatz über die Aufgaben eines Lokalbeamten beizufügen.

Die Bewerber werden ersucht, ihre Offerten mit der Aufschrift: „Lokalbeamter“ bis spätestens zum 15. Februar 1908 an den Unterzeichneten einzusenden.

[M. 4,80] **Friedrich Grünhagen, Danzig, Pfefferstadt 27.**

**Bad Oeynhausen.**

Neue Adressen: [M. 1,80]

**Vorsitzender: Aug. Althoff, Nehme i. W. Nr. 84.**

**Kassierer: Wichard Brandt, Niederbrecken 457.**

**Sterbetafel.**

(Unter dieser Rubrik veröffentlichen wir alle Todesfälle der Verbandsmitglieder, von denen uns innerhalb einer Woche nach erfolgtem Ableben Mitteilung gemacht wird. Die Seite kostet 15 M.)

**Berlin.** (Sektion der Gips- und Zementbranche.) Am 16. Januar starb unser Kollege **Paul Krüger** im Alter von 23 Jahren infolge einer Operation. — Am 17. Januar starb unser Kollege **Wilhelm Jerichen** im Alter von 36 Jahren an Kehlkopfgeschwür.

**Bremerhaven.** Am 20. Januar starb nach kurzer Krankheit unser Kollege **Georg Kahle** im Alter von 51 Jahren an Lungenbrand.

**Breslau.** Am 20. Januar starb der Verbandskollege **Berthold Skiebe** im Alter von 30 Jahren an Lungenbrand.

**Chemnitz.** Am 24. Januar starb unser Verbandskollege **Anton Hohenberger** im Alter von 28 Jahren.

**Groß-Abbin.** Am 21. Januar starb nach langem Leben unser treuer Kollege **Heinrich Rodenburg** im Alter von 68 Jahren.

**Heide.** Am 24. Januar starb unser treuer Kassierer, Kollege **Otto Maass** nach überaus heftiger Krankheit an Bluterkrankung.

**München.** Schwabing. Am 16. Januar starb unser Kollege **Josef Wittmann** nach längerer Krankheit an Nervenleiden. — **Wolfratshausen.** Am 5. Januar starb unser Kollege **Ludwig Holzer** im Alter von 36 Jahren.

**Neubulow.** Am 21. Januar starb nach schwerem Krankenlager unser treuer Kollege **Alex Tschel** aus Gamin im Alter von 55 Jahren an Tuberkulose.

**Odenburg.** Am 21. Januar starb unser treuer Kollege **H. Spalthoff** im Alter von 62 Jahren an Gehirnverletzung.

**Schönebeck.** Am 16. Januar starb unser treuer Kollege **Wilhelm Holstein** im Alter von 63 Jahren an Lungenleiden.

**Schnell.** Am 17. Januar starb unser Verbandskollege **Theodor Meyer** im Alter von 51 Jahren an Lungenentzündung.

**Magdeburg.** Seebaußen. Am 19. Januar starb nach langem Leben unser treues Verbandsmitglied **Friedrich Säge** im Alter von 56 Jahren an Lungenkrankheit.

**Stuttgart.** Am 18. Januar starb unser Kollege **Georg Friedrich Reiz**, Diener in Gostach bei Sreberberg im Alter von 24 Jahren an Tuberkulose.

**Waldenburg i. Schl.** Am 21. Januar starb unser braver Kollege **Paul Lux** im Alter von 27 Jahren an der Proletarierkrankheit. Fast bis zum letzten Augenblicke war er in unserer Sache tätig.

**Wilsier.** Am 21. Januar starb unser Kollege **Ernst Frumpf** im Alter von 57 Jahren.

Ehre ihrem Andenken!

**Duisburg.**

**Erster Vorsitzender: Karl Müller, Chstraße 157.**

**Erster Kassierer: Heinrich Warneke, Liebranzstr. 25.**

**Görlitz.**

Die Adresse des Kassierers ist: [M. 1,50] **Max Scholz, Zittauerstr. 3435.**

**Grosshabersdorf.**

Die Adresse des Kassierers ist jetzt: [M. 1,50] **Georg Behringer, Ausbacherstraße 95.**

**Mülheim-Oberhausen.**

Zahlstelle **Sterkrade-Osterfeld.**

Der Vorsitzende **Adolf Gladisch** wohnt: **Sterkrade, Dorstenstr. 123a.**

Der Kassierer **Otto Wisperreit** wohnt: **Osterfeld, Sterkradest. 47.**

[M. 3] **Der Vorstand.**

**Zentral-Krankenkasse „Grundstein zur Einigkeit“.**

Zahlstelle **Spandau.**

Die Wohnung des Bevollmächtigten **Aug. Rasch** befindet sich **Schönwalderstr. 80, 2. Et.** [M. 2,10]

**Allendorf a. d. W.**

**Sonntag, den 9. Februar:**

**Erstes Stiftungsfest**

im Lokale „Zur grünen Linde“, wozu auch die Kollegen der Umgegend freundlichst eingeladen sind. [M. 2,70] **Der Vorstand.**

**Kissenbrück.**

**Sonntag, den 9. Februar, abends 7 Uhr:**

**Vergnügen** bestehend in **Ball.** Auch die Kollegen der benachbarten Zweigvereine sind dazu eingeladen. [M. 2,40] **Der Vorstand.**

**Neuhaldensleben.**

**Sonabend, den 8. Februar, abends 8 Uhr, feiern wir im Herzogshofen Lokale mit den Zimmerern ein gemeinschaftliches**

**Wintervergnügen**

Die Kollegen werden hierauf ausdrücklich aufmerksam gemacht. [M. 3,30] **Der Vorstand.**

[M. 2,70]

**Züllichau.**

**Sonabend, den 8. Februar, abends 8 Uhr:**

**Wintervergnügen**

im Lokale des Herrn Klopsch, Mojauerstraße. Sämtliche Kollegen von Züllichau und Umgegend sind mit ihren Familien freundlichst eingeladen. **Der Vorstand.**

**Aufforderung.**

Der Maurer **Herrn Finke** (Verb.-Nr. 68381), zuletzt wohnhaft in Bremen, wird von seiner Familie gesucht. Alle, die den Aufenthalt des Kollegen kennen, werden um Nachricht gebeten. **Zweigverein Delmenhorst.**

[M. 2,10] **J. A.: B. Submann, Büldeberg 650.**

Das Mitglied **Johann Jarosch**, geb. am 14. Dezember 1885 zu Deutsch-Krawaren, Verb.-Nr. 146521, wird hierdurch aufgefordert, das der Zentralbibliothek entliehene Buch: „Waldschütz und Weltuntergang“ oder dessen Wert, M. 4,75, sofort einzuliefern.

[M. 1,80] **Der Zweigverein Köln a. Rh.**

Der Kollege **Josef Krutz**, geb. am 12. Dezember 1880 zu B. v. i. B. h. m. n., Verb.-Nr. 258236, wird ersucht, seine Adresse an den Unterzeichneten gelangen zu lassen. Kollegen, die seinen Aufenthalt kennen, werden gebeten, dies mitzuteilen an **Franz Damisch, Schönebeck, Schleierstraße 1.**

[M. 1,80]

Der Maurer **Otto Nendel**, geb. am 23. November 1887 (Verb.-Nr. 158480), wird ersucht, seine Adresse an seine Eltern gelangen zu lassen. Kollegen, die seinen Aufenthalt kennen, werden gebeten, dies an Herrn Nendel, Liebertwollwitz bei Leipzig, Steinmalerstraße, mitzuteilen. [M. 1,80] **Einzelmitgliedschaft Leipzig.**

**Veranstaltungs-Anzeiger.**

Die Verbandskollegen werden dringend gebeten, alle Versammlungen zu besuchen.

**Verbandsversammlungen der Maurer.**

**Sonntag, den 2. Februar.**

**Bitterfeld.** Nachm. 2 Uhr im „Hohenzollern“.

**Elmsborn.** Nachm. 4 Uhr bei G. Schneider, „Bühnenstraße“. E.-D.: Vortrag des Vorstandes über „Maurerbeitung“.

**Glogau.** Nachm. 1 Uhr im „Mittelstr.“. E.-D.: Jahresbericht. Delegiertenwahl zur Gaukonferenz. Bericht des Vorstandes.

**Gransée.** Nachm. 8 Uhr im „Frankenlokal“. E.-D.: Bericht vom vierten Quartal. Wahl eines Delegierten nach Berlin.

**Grosswig.** Nachm. 7 1/2 Uhr bei Thomas in Großwig.

**Lübtheen.** Nachm. 2 Uhr in der „Reichshalle“. Ein Referent ist anwesend.

**Niemegk.** Nachm. 3 Uhr bei Pfeiffer.

**Zerbst.** Nachm. 7 1/2 Uhr im „Spechtischen Lokale“.

**Dienstag, den 4. Februar.**

**Forst.** Im „Gesellschaftshaus“.

**Heide.** Abends 8 Uhr bei W. Hof.

**Ilzeho.** Abends 8 Uhr bei Dietz.

**Mittwoch, den 5. Februar.**

**Wittenberg.** Abends 6 Uhr.

**Donnerstag, den 6. Februar.**

**Danzig.** Abends 8 Uhr bei Herrn Steppuhn in G. v. i. B. h. m. n. E.-D.: Vorträge über die Generalversammlung vom 23. Januar nicht erlegenen Vorstandsarbeiten. Bericht der Beiräte des Züningschiedesgerichts und Stellungnahme zur Neuwahl. Bericht des Vorstandes.

**Sonabend, den 8. Februar.**

**Treuen.** Abends 8 Uhr im „Hotel zum Löwen“.

**Sonntag, den 9. Februar.**

**Annaburg.** Vorm. 11 Uhr bei Wed.

**Herzogenaurach.** Nachm. 2 1/2 Uhr im Restaurant „Winkelmann“ in Nebenb. E.-D.: Neuwahl der Gesamtverwaltung.

**Laut.** Nachm. 3 Uhr Generalversammlung. E.-D.: Bericht und Vorstandswahl.

**Oranienburg.** Nachm. 3 Uhr bei Schumann, Schützenstraße. Wahl eines Delegierten nach Berlin und eines Hilfskassierers. Referent anwesend.

**Reutlingen.** Nachm. 2 Uhr Generalversammlung im „Samen“ in Fronsdorf.

**Ruhrort.** Nachm. 2 Uhr Generalversammlung im „Lokal“ Sondernann in Ruhrort. E.-D.: Quartals- und Jahresbericht. Neuwahl des Zweigvereinsvorstandes. Mitgliedsbuch dient als Legitimation.

**Schweinitz.** Vorm. 10 1/2 Uhr außerordentl. Mitgliederversammlung im Lokale von Schmidt, Schweinitzer Berg. Wichtige Tagesordnung.

**Torgau.** Nachm. 2 Uhr. E.-D.: Verschiedene Wahlen. Mitteilung der Logenkommission. Bericht des Vorstandes.

**Werder a. d. H.** Nachm. 3 Uhr im „Schmidtschen Lokale“ in Gindom.

**Sonntag, den 16. Februar.**

**Züllichau.** Nachm. 3 Uhr bei Herrn Klopsch. E.-D.: Vorstandswahl. Wahl eines Delegierten zur Gaukonferenz. Abrechnung vom vierten Quartal. Mitgliedsbücher sind mitzubringen.

**Zentral-Krankenkasse der Maurer usw.**

**Sonntag, den 2. Februar.**

**Werder a. d. H.** Generalversammlung im Lokale von R. Koch. E.-D.: Vorstandswahl.

**Druck: Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Nier & Co. in Hamburg.**